



GÜTERSLOHER BEITRÄGE

zur Heimat- und Landeskunde

Nr. 85 | 2016

Vergangenheit und Gegenwart in Wort und Bild

Schicksale Gütersloher Familien im Ersten Weltkrieg

JOHANNES W. GLAW

„Den Heldentod fürs
Vaterland starben...“

REBECCA-SOPHIE GLAW und
EDINA LICHTENBERG

Schicksal der Gütersloher
Missionarsfamilie Gottschalk

RUDOLF HERRMANN

Der Bahnhof Gütersloh

Reden zur Einweihung
der Gedenkstätte im
LWL-Klinikum

FRIEDRICH BERNWARD

FAHLBUSCH

Dorf - Minderstadt - Stadt

WILFRIED DIEKMANN

Schlammkohle und gute
Worte

FRIEDRICH BERNWARD

FAHLBUSCH

Teilung der Gemeinheiten

WALTER HOLTkamp

Lebensgeschichte meines
Urgroßvaters

EDMUND RUHENSTROTH

Ludwig Friedrich Ruhen-
stroth



Weltkrieg 1914

Gütersloher

HEIMAT IST, WO ES SCHMECKT.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Ihre McDonald's Restaurants in Gütersloh, Strengerstraße 24 (ZOB)
und An der Autobahn 1 · www.mcdonalds.de



ich liebe es[®]

Vergangenheit und Gegenwart in Wort und Bild

Gütersloher Beiträge

zur Heimat- und Landeskunde

Inhalt

| | |
|---|---------|
| „Den Heldentod fürs Vaterland starben...“ von Johannes W. Glaw | 7 - 15 |
| Das Schicksal der Gütersloher Missionars- familie Gottschalk im Ersten Weltkrieg von Rebecca-Sophie Glaw und Edina Lichtenberg .. | 17 - 20 |
| Der Bahnhof Gütersloh im Ersten Weltkrieg von Rudolf Herrmann..... | 21 - 25 |
| Reden anlässlich der Einweihung der öffentlichen Gedenkstätte im LWL-Klinikum Gütersloh von Matthias Löh..... | 27 - 30 |
| von Maria Unger..... | 31 - 32 |
| von Bernd Meißner | 33 - 36 |
| von Bernd Walter | 37 - 41 |
| Dorf - Minderstadt - Stadt von Friedrich Bernward Fahbusch | 43 - 48 |
| Schlammkohle und gute Worte von Wilfried Diekmann..... | 49 - 57 |
| Die Teilung der Gemeinheiten in Blankenhagen von Friedrich Bernward Fahbusch | 58 - 60 |
| Lebensgeschichte meines Urgroßvaters Johann Heinrich Hornberg von Walter Holtkamp..... | 61 - 64 |
| Ludwig Friedrich Ruhenstroth von Edmund Ruhenstroth..... | 65 - 68 |

Impressum

Herausgeber:
Heimatverein Gütersloh e.V.
Köckerstr. 7-11a, 33330 Gütersloh
Tel.: 052 41/2 66 85,
www.heimatverein-guetersloh.de;
1. Vorsitzende: Renate Horsmann,
August-Wiemüller-Weg 2,
33332 Gütersloh,
Tel.: 052 41/42 12

Redaktion: Dr. Rolf Westheider,
Stadtmuseum Gütersloh,
www.stadtmuseum-guetersloh.de

Grafik: G&D HOSSFELD, Gütersloh
Druck: Gieseler Druck und
Medienhaus GmbH & Co. KG, Bielefeld

Zuschriften und Manuskripte bitte
an den Herausgeber. Nachdruck nur mit
Quellenhinweis und Genehmigung des
Herausgebers.

Schutzgebühr: EUR 3,-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser der
Gütersloher Beiträge,

wiederum sind Kriegserfahrungen auch in unsere Gegenwart des Jahres 2016 getreten. Menschen, die der Marter des Krieges zahlreich zu entkommen suchen, haben Europa verändert und führen in unserem Land zu politischen Verwerfungen, die man noch vor kurzem nicht für möglich gehalten hätte. Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts gebietet es jedoch, den Hilfesuchenden neue Lebensperspektiven zu eröffnen. Vor einhundert Jahren tobte der Erste Weltkrieg in Europa. Auch in Gütersloh waren davon alle Familien und Lebensbereiche betroffen. Zahlreich sind die festgehaltenen Erinnerungen und aufbewahrten Überlieferungen aus der Zeit zwischen 1914 und 1918. In drei Aufsätzen wird im vorliegenden Heft darüber berichtet.

Menschliche und materielle Verluste, soziale Deklassierung und geistige Orientierungslosigkeit ließen in Folge des Ersten Weltkriegs die Ideologie des Nationalsozialismus gedeihen. In ihrem Weltbild hatten Menschen mit geistigen oder körperlichen Behinderungen keinen Platz. Ehe der Opfer der Euthanasie auch in Gütersloh gedacht wurde, hat es lange gedauert. Auf dem Gelände der LWL-Klinik, in der Kreuzkirche, wurde am 29. Oktober 2014 eine Gedenkstätte vorgestellt, die unter anderem an mehr als 1000 Patientinnen und Patienten erinnert, die von Gütersloh aus den Weg in den Tod fanden. In enger Verbundenheit zur ehemaligen Provinzialheilanstalt für Westfalen war es dem Heimatverein Gütersloh ein wichtiges Anliegen, die aus dem genannten Anlass gehaltenen Reden hier zu veröffentlichen.



Ebenfalls eine Rede liegt einem zentralen stadtgeschichtlichen Aufsatz von Friedrich Bernward Fahbusch zugrunde. Der Autor hielt sie anlässlich der Vorstellung seiner Gütersloh-Publikation in der Reihe „Historischer Atlas Westfälischer Städte“. Die Historische Kommission für Westfalen hatte dazu gemeinsam mit dem Heimatverein Gütersloh am 25. November 2014 in die Apostelkirche eingeladen. Fahbuschs Parforceritt durch die Gütersloher Geschichte führt zu interessanten neuen Erkenntnissen.

Stets ist die Schulzeit ein besonders prägender Lebensabschnitt, die Erinnerungen daran bleiben lebhaft. So auch bei Wilfried Diekmann an seine Zeit in der Volksschule Sundern II unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Teilung der sogenannten Gemeinheiten in Blankenhagen, die Lebensgeschichte des städtischen „Flurschützen und Wegewärters“ Johann Heinrich Hornberg sowie jene des Amerika-Auswanderers Ludwig Friedrich Ruhenstroth sind weitere spannende Themen in diesem Heft.

Abschließend bleibt der Wunsch, mit den Gütersloher Beiträgen auch künftig ein zeitgemäßes Sprachrohr der Gütersloher Geschichtskultur anbieten zu können. Möge es eifrig genutzt werden - von Autorinnen und Autoren sowie Ihnen, lieben Leserinnen und Lesern!

Renate Horsmann und
Dr. Rolf Westheider

Renate Horsmann seit 25 Jahren Vorsitzende des Heimatvereins Gütersloh

Am 8. Oktober 1990 wurde Renate Horsmann zur Vorsitzenden des Heimatvereins Gütersloh gewählt. Sie trat die Nachfolge von Otto Walger an, der den Verein zuvor 13 Jahre geleitet hatte. In dieser Zeit waren die Weichen für das Stadtmuseum in den Angenete-Häusern an der Kökerstraße gestellt worden, woran Renate Horsmann maßgeblichen Anteil hatte. Frau Horsmann war in der bis dahin 117jährigen Vereinsgeschichte die erste Frau an der Spitze des traditionsreichen Vereins. Außer ihr gab es seinerzeit im Kreis Gütersloh nur noch zwei weitere Damen, die Heimatvereine leiteten.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde am 8. Oktober 2015 ihr langes und kontinuierliches Engagement von verschiedenen Seiten gewürdigt. Güterslohs ehemalige Bürgermeisterin Maria Unger lobte Horsmanns ständige Präsenz im Verein und ihre unablässige Einsatzbereit-

schaft für das Museum. Auch in finanziell schwierigeren Zeiten sei die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Heimatverein stets tragfähig gewesen. Für den heute amtierenden Vorstand blickte Horsmanns Stellvertreterin Annett Raßfeld auf das Vierteljahrhundert ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zurück. Ebenso lange ist Otto Walger Ehrenvorsitzender des Vereins.

Exakt die Hälfte der Zeit wurde die Arbeit von Museumsleiter Dr. Rolf Westheider begleitet, der die zuweilen unkonventionelle aber immer weitsichtige Führung der Vereinsvorsitzenden würdigte. Archivleiter Stephan Grimm überbrachte Glückwünsche mit dem Hinweis auf die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Archiv und Heimatverein bzw. Stadtmuseum. Renate Horsmann zeigte sich zuversichtlich, dass der Verein auch in Zukunft die wichtige Aufgabe der Trägerschaft des Museums erfolgreich werde leisten können.



v.l.: Maria Unger, Renate Horsmann (Vorsitzende Heimatverein), Dr. Rolf Westheider (Museumsleiter)

Für alle Gourmets.
Und alle, die es werden wollen.



„Den Heldentod fürs Vaterland starben ...“

Schicksale (ehemaliger) Lehrer und Schüler
des Evangelisch Stiftischen Gymnasiums im Ersten Weltkrieg¹

von Johannes W. Glaw

Als vor 100 Jahren der Erste Weltkrieg tiefe Wunden in weite Teile Europas riss, als Tausende und Abertausende junger Männer auf den Schlachtfeldern ihr Leben lassen mussten, blieb auch Gütersloh von seinen Auswirkungen nicht verschont. Zahlreich waren die Opfer innerhalb der Stadt wie auch der angrenzenden Bauerschaften, fast in jeder Familie waren Gefallene oder Schwerverwundete zu beklagen. Die Toten sind auf einer Gedenktafel in der Martin-Luther-Kirche verzeichnet.

Diese Auswirkungen zeigten sich in prägnanter Weise auch im Evangelisch Stiftischen Gymna-

sium (ESG), denn unter den Gütersloher Opfern waren auch (ehemalige) Lehrer und Schüler dieser Schule. Hinzu kamen noch zahlreiche (ehemalige) Schüler, die als Auswärtige im Alumnat des ESGs ein zeitweiliges Zuhause gefunden hatten. Sie waren aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppierungen nach Gütersloh gekommen, hatte doch das ESG damals einen besonderen Stellenwert in religiöser Hinsicht als Ausbildungsstätte von Theologen, zudem aber auch als Eliteschule etwa des deutschen Adels. Insgesamt wurden mehr als 700 (ehemalige) Schüler und Lehrer im Ersten Weltkrieg zum Kriegsdienst einberufen, fast jeder dritte von ihnen verlor dabei sein Leben.



■ EHRENTAFEL DER GEFALLENEN DES ERSTEN WELTKRIEGES IN DER AULA DES ESGs (ZERSTÖRT IM ZWEITEN WELTKRIEG)

¹ Die Ausführungen folgen den Ergebnissen einer Arbeitsgruppe am ESG, zu der neben dem Verfasser als Archivar auch die Geschichtsforscher Hans Werner Klöten, Arne Söker und Moritz Tink sowie die Schüler und Schülerinnen Marjan Baromann, Sebastian Bergmann, Yannick Drewnen, Laura Frank, Rebecca Sophie Glaw, Lorenz Henke, Johann Heber, Edina Lichtenberg, Julia Schwabe und Carlo Wullongrad gehörten.

Das zu Beginn des 20. Jahrhunderts so klar strukturierte Schulleben war massiv vom Kriegsbeginn im August 1914 betroffen². Noch im selben Jahr mussten nämlich acht Lehrkräfte zum Heeresdienst einrücken, die zunächst durch Kandidaten des höheren Lehramtes ersetzt wurden, die mitunter dann selbst nach wenigen Wochen die Frontdienst Richtung Front verließen. Wo personell möglich, setzte sich diese Rotation fort, bisweilen musste in einigen Fächern der Unterricht aber auch ausfallen. Zeitgleich mit den Lehrern verließen auch zahlreiche Schüler der Abschlussklassen das ESG, um sich als Kriegsfreiwillige für den Frontdienst zu melden. Abgelegt hatten sie die Notreifeprüfung, die während der Kriegszeit manchmal nur eine mündliche Prüfung beinhaltete. So berichtete der damalige Direktor, Prof. Dr. Reinhold Nebert, hinsichtlich des Schuljahres 1914/15:

„Die waffenfähigen Schüler der oberen Klassen eilten zu den Fahnen und zwar alle 25 Oberprimaner. ... Zwei von den 25 Oberprimanern traten, weil sich herausgestellt hatte, daß sie die Anstrengungen des Frontdienstes nicht aushalten konnten, in den Dienst der Krankenpflege.“³

Ungeachtet aller unterrichtlichen Schwierigkeiten suchte das ESG Kontinuität im Schulleben zu vermitteln, insbesondere was die Schulvereine betraf: Trommelkorps, Posaunenchor, Turnverein, Spielverein und Stenographen-Verein bestanden weiterhin, in Ansätzen sogar die „Gesellige Prima“. Sie stifteten unter der Schulgemeinde ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, in das die Ehemaligen mit einbezogen waren und das sogar bis an die Front getragen wurde. Denn ab September 1914 gab Anstaltspfarrer Rothweiler regelmäßig den „Gruß aus Gützel - Blätter zur Pflege der Gemeinschaft ehemaliger und jetziger Lehrer und Schüler des Gütersloher Gymnasiums“ heraus, der den im Heeresdienst stehenden Ehemaligen in ihre jeweiligen Truppenverbände nachgeschickt wurde. Dessen Bedeutung im Inferno des Krieges wird aus einem Feldpostbrief deutlich:

„..... was für eine Wirkung der ‚Gruß‘ auf mich ausübt. Er gibt mir moralischen Rückhalt. Und so wird es vielen gehen!“

Gefallene aus dem Kreis der (ehemaligen) Lehrer und ihrer Familien

Dass sich der Krieg über den Schultag hinaus auch direkt im Schicksal einiger (ehemaliger) Lehrer niederschlug, zeigt sich an Gefallenen in der eigenen Familie.

Einer von ihnen war Hans Nebert (* 3. Januar 1898), der einzige Sohn von Direktor Prof. Dr. Reinhold Nebert. Nachdem er 1914 die Schule in der Obersekunda⁴ verlassen hatte, meldete er sich als Kriegsfreiwilliger zum Militär. Im Verlauf des Krieges Leutnant, kurz vor seinem Tod Kompaniechef in einem Infanterieregiment geworden, fiel Hans Nebert am 25. März 1918 bei Maricourt an der Somme,

„als er mit seiner Kompanie einer anderen Kompanie ... zu Hilfe eilte, die, vom Engländer stark bedrängt, ihn um Hilfe bat. Er an der Spitze seiner Kompanie stürmte vor, und auf diesem Wege traf ihn die feindliche Kugel. Von seinen Meldern umgeben und verbunden, starb er bald unter ihren Händen.“⁵

Nur wenige Tage zuvor hatte er seinen Eltern noch geschrieben:

„Liebe Eltern! Ganz kurz vor dem größten Ereignis des Krieges noch einige Zeilen. Wie ich es überstehe, weiß ich nicht; jedenfalls gehe ich gern und sorglos hinein, um Rache für alle toten Kameraden und für die Leiden der Heimat zu nehmen. Gott mit uns! Seid herzlich begrüßt von Eurem Hans.“⁶

Zu den Lehrern, die gleich zu Kriegsbeginn 1914 ins Militär einrückten, gehörte Prof. Dr. Wilhelm Waltemath (* 15. Februar 1860), seit 1896 am ESG tätig. Der ehemalige Offizier trat kurz nach der Mobilmachung als Oberleutnant wieder in

den aktiven Dienst ein, allerdings in einer Verwendung in der Etappe als Verpflegungsoffizier eines Bataillons in der Nähe von Lille (Belgien). Ostern 1916 wurde er aus dem Heeresdienst entlassen und kehrte als Lehrer nach Gütersloh an das Gymnasium zurück. Tragisch hingegen verlief das Schicksal seiner beiden Söhne. Sein ältester Sohn Hermann (* 24. März 1893), von 1903 bis 1912 Schüler am ESG, geriet bereits im



TODESANZEIGE FÜR HANS NEBERT, 1918

September 1914 schwer verwundet in französische Gefangenschaft, aus der er erst kurz vor Kriegsende im Austausch entlassen wurde. Sein Bruder Wilhelm (* 21. Juli 1897) wurde im Juni 1915 nach der Kriegsfreiprüfung direkt an die Front entlassen. In den Abwehrkämpfen am Chemin des Dames (Frankreich) im Oktober 1917 dürfte er am 23. Oktober als Leutnant gefallen sein. Aus einem Frontbericht geht hervor:

„Als dann ... am 23. Oktober der große französische Angriff einsetzte, der rechts und links der Division sofort zum Durchbruch der vorderen Linie führte, so daß eine Umklammerung und Gefangennahme der eingesetzten Teile des Regiments unvermeidlich war, entschloß sich Wilhelm, mit einem Freunde, Leutn. Witte, zurückzugehen und Verstärkung zu holen. Mit knapper Not entgingen beide der Gefangennahme und liefen nun, von den Franzosen verfolgt, des schweren Sperrfeuers und dichter Gasschwaden nicht achtend, dem Regiments-



GRABSTÄTTE DER FAMILIE NEBERT, ALTER FRIEDHOF IN GÜTERSLOH

gefechtsstand zu. Auf diesem Wege muß Wilhelm verwundet oder gefallen sein, denn als Witte ... sich umsah, sah er Wilhelm stürzen, konnte aber nicht mehr zurück ...“⁷

Auch Waltemaths Kollege, Geheimrat Prof. Karl Müller, seit 1875 Lehrer am Gütersloher Gymnasium, verlor einen seiner Söhne im Ersten Weltkrieg. Walter Müller (* 14. August 1879), nach seiner Reifeprüfung Ostern 1899 und einem Jurastudium schon als Rechtsanwalt in seiner Vaterstadt tätig, war als Leutnant d. Res.

„... am 1. Mobilmachungstage vor dem Bahnhof seiner Heimatstadt Gütersloh vorgefahren, feldmarschmäßig, von der treuen Gattin begleitet, um sich am 2. Mobilmachungstage bei seinem Regiment in Metz zu melden.“⁸

² Vgl. Größ aus Gützel, Nr. 5/16, Juni/Juli 1915.
³ Vgl. Größ aus Gützel, Nr. 1/2, August/September 1915.

⁴ Selbst die 1852 von H. L. Lehmann in Gütersloh gegossene Glocke (Durchmesser 0,52 m, Gewicht 85 kg) im Turmchen des Schulgebäudes ist ein Opfer des Krieges geworden, denn sie wurde zu Kriegszwecken eingeschmolzen.

⁵ Vgl. R. Nebert, Evangelisches Gymnasium zu Gütersloh - Bericht über das Schuljahr 1914 - 1915.

⁶ Dies betraf die sog. Primanerklasse, zwei Jahre vor dem regulären Schulabschluss mit der Reifeprüfung.

⁷ Vgl. Größ aus Gützel, Nr. 11/12, Juni/Juli 1918.

⁸ Vgl. ebd.

Als Zugführer

*„an der Spitze seines Zuges in einem jener Kämpfe, in denen die 5. Armee vom 22. bis 25. August den Feind bis an die Maas zurückwarf“*⁹

stehend, fiel er am 24. August 1914 durch einen Herzschuss.

Wie Prof. Dr. Wilhelm Waltemath wurde auch Dr. Hugo Gieseke (* 11. Juni 1887), der als Kandidat des höheren Lehramtes überhaupt erst einen einzigen Monat am ESG war, gleich bei Kriegsausbruch in den Heeresdienst einberufen. Im Schützengraben bei Le Bassée (Nordfrankreich) am Kopf schwer verwundet, starb er am 22. Februar 1915 im nahe gelegenen Feldlazarett, ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben. Auch zwei ehemalige Lehrer des Gymnasiums verloren an der Front ihr Leben: Wilhelm Gornick, von 1912 bis 1913 am ESG, und Eduard Castringius, Hilfslehrer am ESG von 1913 bis 1914. Letzteren

*„traf am 28. August [1914, Anm. d. Verf.] ... die tödliche Kugel beim Vorstürmen an der Spitze seines Zuges im feindlichen Feuer. Gelitten hat er nicht mehr. Der Tod trat sofort ein.“*¹⁰

Gefallene aus dem Kreis des Gütersloher Bürgertums

In welcher verheerender Weise der Krieg auch das Bürgertum in Gütersloh traf, wird beispielhaft an einer Gedenktafel auf dem Kriegsgräberfeld des Friedhofs an der Panikratiuskirche sichtbar. Auf ihr ist zu lesen, dass 13 der Urenkel des Kaufmanns Johann Wilhelm Bartels (1782 - 1851) und seiner Ehefrau Sophie Stahl - ungeachtet der zahlreichen Enkel und Urenkel, denn aus der Ehe gingen allein acht Kinder hervor, darunter Wilhelm (1818 - 1892) und Ferdinand Bartels (1834 - 1905)¹¹ - „fürs Vaterland fielen“. Elf von ihnen waren (ehemalige) Schüler des ESGs.

Zu ihnen gehörten zwei Söhne aus der Familie des Kaufmanns Otto Bartels. Der älteste Sohn

Otto (* 1. Dezember 1897) hatte das Gymnasium von 1908 bis 1916 besucht und nach der Unterprima verlassen, um ins Heer einzutreten. Als Leutnant in einem Infanterieregiment

*„... ist er als vorderster vorstürmend am 24. März [1918, Anm. d. Verf.] durch Bauchschuß tödlich verwundet, am 26. März verstorben...“*¹²



■ TODESANZEIGE FÜR OTTO BARTELS, 1918

Sein jüngerer Bruder Günther (* 2. Juli 1899), von 1910 bis 1917 am ESG, war als Gefreiter in einem Feldartillerie-Regiment. Am 13. Juni 1918

*„... zerschmetterte ihm ein feindlicher Granatsplitter das Bein, als er Wache hielt beim Geschütz. Hilfreiche Kameraden trugen den Schwerverletzten noch zum Verbandplatz und fern von der Heimat ist er dann einige Stunden später im Lazarett gestorben“*¹³

- keine drei Monate nach Ottos Tod.

Ihr Schicksal teilten deren Cousins Wilhelm und Theodor Siebold, Söhne des Pastors Paul Siebold und seiner Frau Elisabeth, einer Schwester von Otto Bartels senior. Wilhelm Siebold (* 16. März 1888), seit 1898 am ESG, war nach der Reifeprüfung 1907 Bankbeamter geworden. Mit Kriegsbeginn rückte er ins Heer ein, und ist schon nach wenigen Tagen



■ THEODOR SIEBOLD

*„... am 25. Aug. [1914, Anm. d. Verf.] in Belgien am Eisenbahndamm ... an der Seite seines Hauptmanns, an der Spitze seines Zuges als wackerer Soldat gefallen.“*¹⁴

Sein jüngerer Bruder Theodor (* 23. Dezember 1891), am ESG von 1902 bis zur Reifeprüfung 1911, begann zunächst ein Theologiestudium, wechselte kurze Zeit später aber zu den Bauingenieurwissenschaften. Im Oktober 1913 trat er in Berlin ins Heer ein, um seiner Dienstpflicht zu genügen, und zog dann im August 1914 mit seiner Einheit voller vaterländischer Begeisterung in den Krieg. In einem Brief¹⁵ schilderte er seine ersten Kriegserlebnisse in Lüttich/Belgien am 20./21. August 1914:

„Hurrah, die Feuertaufe der E.-B.-K. [Eisenbahnregiment, 12. Kompanie, Anm. d. Verf.] ist beendet. Ergebnis: eine lichterloh brennende Häuserfront. Nur schade, daß

alles mit einem Fiasko meinerseits endete: Schuß in den rechten Oberschenkel, aber Gott sei Dank, ohne den Knochen zu treffen...“

Nach einem kurzen Aufenthalt im Lazarett meldete er sich schließlich freiwillig zur Infanterie, kam an die Flandernfront und nahm am Sturm auf Langemarck teil, abermals verwundet. Inzwischen Leutnant und mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet, konnte er aufgrund seiner Verwundungen nicht mehr an die Front zurück - ungeachtet seines ausdrücklichen persönlichen Wunsches. 1916 gelang es ihm endlich, zumindest bei den Fliegern angenommen zu werden. Im Rahmen seiner Ausbildung zum Kampfflieger stürzte er bei einer Landung aus 50 m Höhe ab, überlebte aber wie durch ein Wunder. Schließlich kam er im August 1916 als Flieger zum Fronteinsatz nach Mazedonien, dort wurde ihm aufgrund erfolgreicher Luftkämpfe das Eisenerne Kreuz I. Klasse verliehen. Nach einer Typhuserkrankung wieder zurück bei einer Jagdstaffel in Mazedonien, stürzte er schließlich am 2. Oktober 1917 beim Luftkampf tödlich ab. Sein Staffelführer schrieb im Nachruf¹⁶:

„... wir waren zu vier - und es kam über der Belescza planina zum erbitterten Luftkampf. ... Beim Landen merkten wir, daß Leutnant Siebold fehlte. ... Er wurde tot aufgefunden. In der Nacht wurde er noch überführt und am 3. Abends 6 Uhr auf dem Ehrenfriedhof Kulakowa ... beigesetzt.“

Selbst in der bulgarischen „Kriegszeitung der 2. Armee“ findet sich ein ausführlicher, ausgesprochen pathetischer Nachruf¹⁷ auf Leutnant Siebold und dessen Tapferkeit als Flieger.

Auch zwei der vier Söhne aus der Familie des Fabrikanten Friedrich Wilhelm Bartels, die Brüder Erich (* 25. Juli 1894), bis 1907 Schüler am ESG, und Waldemar (* 21. September 1895), am ESG von 1904 bis zur Notreifeprüfung 1914, fielen im Ersten Weltkrieg. Waldemar starb bereits im März 1915 im Argonnerwald, Erich am 13. Januar 1916.

⁹ Vgl. ebd.
¹⁰ Vgl. Gruß aus Gütersloh, Nr. 2, September 1914.

¹¹ Beide Brüder waren als Kuratoriumsmitglieder eng mit dem ESG verbunden. Der Ältere, Wilhelm, gehörte sogar 1851 zu den Mitbegründern des Gütersloher Gymnasiums.

¹² Vgl. Gruß aus Gütersloh, Nr. 11/12, Juni/Juli 1918.
¹³ Vgl. Gruß aus Gütersloh, Nr. 1/2, August/September 1918.

¹⁴ Vgl. Gruß aus Gütersloh, Nr. 2, September 1914.
¹⁵ Vgl. Gruß aus Gütersloh, Nr. 1, September 1914.

¹⁶ Vgl. Gruß aus Gütersloh, Nr. 3/4, Oktober/November 1917.
¹⁷ Vgl. Übersetzung im Gruß aus Gütersloh, Nr. 5/6, Dezember 1917/Januar 1918.



■ HERMANN JOSTEN (OBERE REIHE, 2. VON RECHTS) AUF EINEM FOTO DER ABITURIENTIA 1914 (VON DEN SECHS HIER ABGEBILDETEN MITSCHÜLERN FIELEN DREI WEITERE IM ERSTEN WELTKRIEG)

Gleich drei Söhne der Familie des Steuerinspektors a. D. Karl Josten ließen im Ersten Weltkrieg ihr Leben.

Hermann Josten (* 22. Dezember 1893), von 1904 bis Ostern 1914 am ESG und nach der Reifeprüfung Student der Medizin, war zwar Kriegsfreiwilliger, wurde aber aufgrund mangelnder Gesundheit zunächst nicht zum Heer einberufen. Also trat er in den Dienst der Krankenpflege ein, bis sein stetiges Bemühen, doch noch als Soldat an die Front zu kommen, im Herbst 1915 schließlich Erfolg hatte. Während der Schlacht an der Somme wurde er am 14. Juli 1916 verwundet und erlag am 4. August seinen schweren Verletzungen.¹⁸ Sein jüngerer Bruder Gerhard (* 25. Januar 1898), der seit 1908 das Güters-

loher Gymnasium besuchte und es 1916 mit der Reifeprüfung verließ, fiel am 22. November 1917 als Fahnenjunker in den heftigen Kämpfen an der Piave (Italien). In einem Brief seines Kompanieführers an die Eltern¹⁹ heißt es

„Unser Bataillon ... hatte den Auftrag, den vielumkämpften Monte Tomba auf dem östl. Piave-Ufer zu nehmen. Gegen 8 Uhr vorm. war der Berg unser ... Durch Gegenangriff und wütendes Feuer suchten die Italiener uns den Erfolg streitig zu machen. Hierbei erhielt Ihr Sohn einen Gewehrscuß durch Oberschenkel und linke Hüfte. Sofort verbunden und in Decken gehüllt, wurde er mit anderen Verwundeten in eine schützende Mulde gelegt Bei sich verstärkendem Feuer überlegener schwerster feindlicher Artillerie, schlug eine Granate in unmittelbarer Nähe der Verwundeten ein, und ein Sprengstück brachte Ihrem Sohn eine sofort tödende Kopfverletzung bei.“

Auch der ältere Bruder Ernst (* 28. Oktober 1892), von 1902 bis zur Reifeprüfung 1912 am ESG, anschließend in der Ausbildung zum Förster begriffen, fiel im Ersten Weltkrieg. Im Herbst 1914 als Kriegsfreiwilliger ins Heer eingetreten, erlebte er schon nach wenigen Wochen die Schlacht an der Marne in Flandern und kam später mit der Infanterie an die Ostfront. Nach mehreren, teilweise schweren Verwundungen schrieb er in einem Brief:

„Ich habe wieder Lust zum Leben, Lust zu schaffen, Lust zu kämpfen, Lust zum freudigen Sterben für die große Idee des heiligen deutschen Vaterlandes!“²⁰

Schon bald meldete er sich wieder für die Front, diesmal nach Frankreich, inzwischen Leutnant geworden. Für seine Tapferkeit mit mehreren Orden ausgezeichnet, hatte Ernst Josten bereits über vier entbehrungsreiche Jahre Frontdienst hinter sich, als er am 7. Oktober 1918 als Führer einer Jägerkompanie im Feld eine schwere Kopfverletzung davontrug, denn

.... ein Sprengstück riß ihm beide Augen aus. Trotz dieser furchtbaren Verwundung rief er erst einen seiner Jäger, über-

gab ihm Karten und Befehle ... betreffs Führung der Kompanie und ließ sich dann zum Verbandplatz zurückführen. Aber ein in der Nähe krepierendes Geschöß riß seinen Führer von seiner Seite. Er betastete den Gefallenen ob er tot sei und, als er den Tod konstatiert hatte, versucht er blind und allein zum Bataillon zu kommen. Schließlich wird er hingeführt und erhält dort den ersten Verband. Von dort kam er schließlich in das Kriegslazarett Carignan. ... Dort hatte ihn seine Mutter noch besuchen können.“²¹

bevor er dann am 26. Oktober 1918 an den Folgen seiner Verwundung starb.



■ GRABTAFELN VON HERMANN, GERHARD UND ERNST JOSTEN, ALTER FRIEDHOF IN GÜTERSLOH

Ein anderer Urenkel von Johann Wilhelm Bartels, Fritz Krebs (* 4. Dezember 1888)²², seit 1899 Schüler am ESG, entlassen mit der Reifeprüfung Ostern 1908, wurde am 30. September 1914 in den Kämpfen bei La Chalate in den Argonnen schwer verwundet und starb noch auf dem Schlachtfeld.

Und auch Walter Niemöller (* 17. Februar 1897), ein weiterer Urenkel, von 1907 bis 1914 am ESG, fiel als Unteroffizier in einem Feld-Artillerie-Regiment am 13. April 1917 bei Harnes-Lens (Nordfrankreich) durch einen feindlichen Volltreffer in den Unterstand.

Gefallene aus dem Kreis der Alumni

Neben den in Gütersloh beheimateten Schülern hatte das hiesige Gymnasium auch zahlreiche auswärtige Schüler, die im Alumnat lebten, einem Internat vergleichbar. Denn das ESG hatte sich seit der Gründung 1851 wegen der religiö-

¹⁸ Vgl. Gruß aus Gütersl., Nr. 5/6, Dezember/Januar 1916/17.

¹⁹ Vgl. Gruß aus Gütersl., Nr. 3/4, Oktober/November 1918.

²⁰ Vgl. Gruß aus Gütersl., Nr. 5/6, Juni/Juli 1919.

²¹ Vgl. ebd.

²² Sein Vater Dr. Friedrich Krebs (1860-1892) war von 1883 bis zu seinem geistlichen Tod 1892 Gymnasial-Oberlehrer am ESG.

sen Ausrichtung, aber auch der strengen Ausbildung deutschlandweit einen guten Ruf erworben. So war es nicht nur Kadenschmiede für Theologen, sondern auch Ausbildungsstätte des deutschen Adels, wobei deren Söhne nicht selten später zur Ritterakademie nach Magdeburg wechselten, um dort auf ihre militärische Laufbahn vorbereitet zu werden.

Zu den Pastoren und Missionaren, die ihre Söhne zur Ausbildung nach Gütersloh schickten, gehörte auch der in China als Missionar tätige Richard Gottschalk. Als er später mit seiner Frau nach Deutschland zurückkehrte, übernahm er in Gütersloh die Leitung des Johanneums, des Wohnheimes für Söhne von Missionaren. Dann brach der Erste Weltkrieg aus und gerade in seiner Familie wird die ganze Tragik des sinnlosen Sterbens deutlich.²³

Auch eine Reihe von Alumni aus dem Adel zählten zu den Opfern des Ersten Weltkrieges, gefallen an den verschiedensten Fronten des Krieges. Dazu drei Einzelschicksale:

Hans von Hopffgarten-Heidler (* 21. September 1888)²⁴, einer alten Offiziersfamilie entstammend, war nur kurz von 1907 bis 1908 Schüler am Gütersloher Gymnasium, um dort im Herbst 1908 die Reifeprüfung abzulegen und dann die militärische Laufbahn einzuschlagen. Als Leutnant zur See auf der S.M.S. Leipzig, einem Kreuzer im Geschwader unter Admiral Graf Spee, erlebte er den Kriegsbeginn. Sich vor Südamerika mit der britischen Kriegsmarine zahlreiche Gefechte liefernd, entschied sich das Schicksal des gesamten Geschwaders in der Seeschlacht vor den Falklandinseln am 8. Dezember 1914. Nachdem beide Panzerkreuzer von den Engländern versenkt worden waren, gab der Kapitän der S.M.S. Leipzig schließlich um 19.17 Uhr in aussichtsloser Lage den Befehl zur Sprengung des Schiffes, um 21.23 Uhr sank die Leipzig. Es überlebten lediglich 18 Seeleute, während 315 Marinesoldaten mit ihrem Schiff in der eisigen See untergingen, unter ihnen auch Hans von Hopffgarten-Heidler.

Wilhelm Graf von Wedel (* 2. September 1882 auf dem Rittergut Haus Sandfort bei Olfen/

Münsterland), war bis 1899 Schüler in Gütersloh, bevor auch er in den Heeresdienst eintrat. Zu Kriegsanfang als Offizier an den Stellungskriegen im Westen beteiligt, kämpfte er dann als Rittmeister und Kompanieführer in den Schlachten in der Champagne (Frankreich). Schließlich war er seit Mai 1915 in Galizien und Russisch-Polen eingesetzt, wo der Rittmeister und Bataillonsführer am 1. August 1915 fiel. Im Nachruf²⁵ heißt es:

„Der Kommand. General des Gardekörps, Frhr. v. Plettenberg, Gen.-Adj. Sr. Maj. D. Kaisers (ein Schwager des Gefallenen) telegraphierte am 2. Aug. an die Geschwister: „Wilhelm gestern abend in treuester Pflichterfüllung durch Kopfschuß gefallen. Wir haben ihn soeben nach würdiger Feier zur letzten Ruhe gebettet.“

Er hinterließ seine junge Frau und eine Tochter von 2 Jahren.

Auch Wilhelm Freiherr von der Recke (* 20. Oktober 1867), Erbmarschall des Fürstentums Minden, besuchte seit 1881 das Gütersloher Gymnasium, um dort im Herbst 1889 die Reifeprüfung abzulegen. Nach einem kurzen Studium in Lausanne schlug auch er die Offizierslaufbahn ein, nahm aber bereits 1901 seinen Abschied vom aktiven Dienst, um mit der Familie das väterliche Rittergut zu bewirtschaften. Im Nachruf²⁶ des Freiherrn von Ledebur ist zu lesen:

„Schon am ersten Mobilmachungstage eilte er zur Fahne. ... Auf Anfrage meldete er sich freiwillig zur Front und übernahm im November 1914 eine Kompanie des 88. Infanterie-Regiments.“

Zu dieser Entscheidung schrieb von der Recke seiner Frau Elisabeth:

„Es ist mir im Gedanken an dich und die [sechs, Anm. d. Verf.] Kinder nicht ganz leicht geworden, mich zu melden, aber als Preuße und als Recke hätte ich mich schämen müssen, beim Ruf nach Freiwilligen an die Front zurückzubleiben.“

Am 13. April 1915 zerschmetterte eine Gewehr- kugel dem Rittmeister im Schützengraben den Oberschenkel. Nachdem er von der schweren Verwundung im Lazarett fast wieder hergestellt

war, erkrankte er an Gehirnentzündung und Genickstarre. Nach qualvollem Leid starb er schließlich am 27. Oktober 1915.

Schon in diesen wenigen der über 200 Einzelschicksale der (ehemaligen) Lehrer und Schüler des Gütersloher Gymnasiums, die im Ersten Weltkrieg ihr Leben verloren, wird die ganze Grausamkeit dieses „Weltenbrandes“ fassbar. Sie war nicht allein auf die Schlachtfelder beschränkt, sondern wirkte auch in die Heimat hinein, in die trauernden Familien wie auch die Öffentlichkeit, denn die Verluste waren allgegenwärtig. Und auch jene Soldaten, welche das Grauen des Kriegsgeschehens an der Front erlebt, es als (Schwer-)Verwundete oder vielleicht sogar körperlich unversehrt überlebt hatten, waren nicht mehr dieselben wie zuvor. Auch ihr Leben erfuhr einen irreparablen Bruch. In einem Feldpostbrief schrieb 1916 der damals 26jährige Unteroffizier Paul Winckler, am ESG von 1900 bis zur Reifeprüfung 1909:

„Der Gedanke, daß so viele Pläne der Lebensgestaltung illusorisch wurden, daß die intellektuelle Entwicklung einen schwer nachzuholenden Verlust erleidet, macht oft sehr niedergeschlagen. Man empfindet gerade als in der vollen freudigen Fortbildung begriffener Mensch, der schon feste Ziele hat, nach denen er mit voller Kraft drängt, den Krieg oft schwer als Lebenshemmung und nicht immer als Förderung. Und dieses Gefühl der Lebenshemmung, das ist es, was für viele und gerade für die Intellektuellen, die eigentliche tiefste Not des Krieges ausmacht.“²⁷

ESG - Missionarskinder

Theophil Gottschalk (* 12. April 1895) ESG 1904-14 RP - Heldentod Huchzermeler (Nr. 11/12 - Juni/Juli 1915) / Nachruf (Nr. 7/8 - Februar/März 1916)

Paul Gottschalk (* 24. Januar 1892) ESG 1902-11 RP; Student - Gefallen (Nr. 1/2 - August/September 1915) / Nachruf (Nr. 5/6 - Dezember/Januar 1915/16)

Johannes Gottschalk (* 3. Juli 1897) ESG 1908-13 - Gefallen (Nr. 9/10 - April/Mai 1918) / Nachruf (Nr. 9/10 - April/Mai 1918)

Quellen

Gruß aus Gützel - Blätter zur Pflege der Gemeinschaft ehemaliger und jetziger Lehrer und Schüler des Gütersloher Gymnasiums, Jg. 1914-1919/ Schularchiv des ESGs

Nebert, Reinhold: Evangelisches Gymnasium zu Gütersloh - Bericht über das Schuljahr 1914 - 1915 / Schularchiv des ESGs
Stadtarchiv Gütersloh (Abb. 2, 4-5)

²³ Dazu gibt es in diesem Heft einen gesonderten Beitrag.
²⁴ Vgl. Gruß aus Gützel, Nr. 7/8, Februar/März 1915.

²⁵ Vgl. Gruß aus Gützel, Nr. 1/2, August/September 1915.
²⁶ Vgl. Gruß aus Gützel, Nr. 11/12, Juni/Juli 1916.

²⁷ Vgl. Gruß aus Gützel, Nr. 1/2, August/September 1916.



BESTE RAHMEN BEDINGUNGEN

SIEDENHANS & SIMON GMBH

Bildrahmung / Galerie / Buchbinderei

Köckerstraße 13, 33330 Gütersloh – neben dem Stadtmuseum

Telefon 052 41 / 2 94 50, www.siedenhans-simon.de

Mo–Fr 9.30–18.30, Mi 9.30–13.00, Sa 9.30–16.00

SIEDENHANS & SIMON



Das Schicksal der Gütersloher Missionarsfamilie Gottschalk im Ersten Weltkrieg

von Rebecca-Sophie Glaw und Edina Lichtenberg

Vor 100 Jahren besuchten sie unsere Schule, das Evangelisch-Stiftische Gymnasium (ESG) in Gütersloh, absolvierten ihr Abitur oder ihre Notreifeprüfung und zogen in den Krieg, um den „Heldentod“ zu sterben. Heute sind wir genauso alt wie sie damals und können kaum glauben, dass die Jungen der Familie Gottschalk tatsächlich freiwillig für ihr Vaterland an der Front kämpfen wollten.

Am Anfang lasen wir nur den Namen „Gottschalk“ auf der Liste der gefallenen Schüler des

ESGs. Nach wochenlangen Recherchen im Schul- und Stadtarchiv fesselte uns die Familientragödie mehr und mehr. Fünf der sechs Kinder der Familie Gottschalk wurden noch nicht einmal 25 Jahre alt; drei von ihnen fielen dem Ersten Weltkrieg zum Opfer. Geschichte, die berührt.

Bevor die Söhne auf das ESG gingen lebte die sehr religiöse Familie in Hongkong, China. Der Vater, Richard Gottschalk, war als rheinischer Missionar Vorsteher des dortigen Berliner Findelhauses. Ihm und seiner Frau Anna wurden in China die ersten vier Kinder geboren: Lydia,



■ DAS JOHANNEUM

Paul, Irene und Theophil. Im Februar 1896 kehrte die Familie wieder in die deutsche Heimat zurück und lebte anderthalb Jahre in Barmen. In dieser Zeit kam ein weiterer Sohn zur Welt: Johannes. Um den Dienst in China weiterzuführen, traten die Gottschalks erneut die Reise dorthin an, ließen aber ihren ältesten Sohn Paul im Gütersloher Johanneum, einem Wohnheim für Missionarssöhne, zurück. Ostern 1906 kehrte die restliche Familie zusammen mit dem acht Jahre alten Richard, den sie in China bekommen hatten, wieder zurück nach Deutschland. Die Familie wohnte im Gütersloher Missionsheim, da der Vater die Vorsteherstelle im Johanneum übernehmen konnte. Die vier Söhne kamen nach und nach auf das ESG, Lydia (* 1890) verstarb schon 1910. Als der Erste Weltkrieg begann traten Paul (* 1892) und Theophil (* 1895) sofort ins Heer ein, Johannes (* 1897) und Richard (* 1898) kurze Zeit später.

Paul Gottschalk

Sein Hauptmann schrieb:

„Die ganze Kompagnie tat, was er befahl, auch in Stellung. Die Leute brauchten nur zu wissen, dass Leutnant Gottschalk die Aufsicht hatte – das genügte schon.“¹

Bereits seit seiner Kindheit lebte Paul Gottschalk (* 24. Januar 1892) ohne seine Familie im Johanneum in Gütersloh und machte im Jahr 1911 seine Reifeprüfung. Während seiner Schulzeit war er lange Mitglied, später auch Präside, des Turnvereins. Weil die Eltern es als selbstverständlich ansahen, dass Paul Theologe werden würde, fing er ein entsprechendes Studium unter anderem in Greifswald, Halle und Berlin an. Als der Erste Weltkrieg ausbrach begann der 22-jährige die militärische Ausbildung zusammen mit seinem jüngeren Bruder Theophil in Döberitz bei Berlin. Später kam er an die französische Front und wurde am 15. Juni 1915 bei einem verlustreichen Gefecht schwer verwundet. Sein Bruder Theophil galt danach als vermisst. Wieder gesund, kämpfte Paul zwei Monate später in der Schlacht um Munster, am Lingekopf, wobei den 23-jährigen Granatsplitter trafen. Mit den Worten „Mein Gott“ sei er am 22. August 1915 gestorben². An die Eltern schrieb der Bataillonskommandeur:

„Wir verlieren in ihm einen sehr lieben Kameraden und einen der tapfersten Offiziere.“³

Durch seine Kameradschaftlichkeit und Herzlichkeit gewann Paul Gottschalk die Liebe und das Zutrauen seiner Kompagnie. Ein anderer Leutnant äußerte über ihn: Er habe

„ein fast väterliches Verhältnis zwischen ihm und den Mannschaften vorgefunden [...]. Und doch war er andererseits auch wieder der Offizier, der mit peinlicher Gewissenhaftigkeit seinen Dienst versah. Darum war mit der Liebe zu ihm auch die Achtung vor ihm verbunden.“⁴



■ GRAB VON PAUL GOTTSCHALK IN HOHRD, FRANKREICH

¹ Vgl. Gruß aus Götzel, Nr. 5/6, Dezember/Januar 1915/16.
² Vgl. ebd.
³ Vgl. ebd.
⁴ Vgl. ebd.

Theophil Gottschalk

Lange galt Theophil Gottschalk als vermisst. Nach 6 Monaten las seine Familie dann die Todesanzeige in der Zeitung. Ein Kopfschuss hatte seinem Leben ein rasches Ende gesetzt.



■ THEOPHIL GOTTSCHALK, PORTRÄT

Nachdem Theophil (* 12. Mai 1895) im August 1914 seine Notreifeprüfung an unserer Schule abgelegt hatte, ging er mit 19 Jahren zusammen mit seinem Bruder Paul freiwillig zum Militär. Während der Grundausbildung in Döberitz erkrankte er wegen der schlechten sanitären Verhältnisse an Gelbsucht. Nach seiner Genesung und der Ausbildung wurde der junge Soldat nach Frankreich an die Front verlegt, wo er letztendlich am 15. Juni 1915 fiel. In der Zeit als Theophil noch als vermisst galt, schrieb Paul an die Eltern:

„Sollte Theophil gefallen sein – so heldenhaft an der Spitze der Kompagnie zu sterben, ist ein herrlicher und leichter Tod.“⁵

⁵ Vgl. ebd.

Johannes Gottschalk

Auf die Frage, ob es nicht möglich gewesen wäre, ihn vom Dienst an der Front zu befreien, weil seine beiden älteren Brüder schon gefallen seien, antwortete er:

„Das möchte wohl möglich gewesen sein, aber dann hätte ein anderer an meine Stelle treten müssen; das wollte ich nicht!“⁶

Johannes Gottschalk (* 3. Juli 1897) verließ unsere Schule im Alter von 16 Jahren ohne Abschluss, um freiwillig in den Krieg zu ziehen. Dort kam er zur Fliegerabteilung und wurde zum Flugzeugführer ausgebildet. Bei einem Erkundungsflug am 21. Februar 1918 wurde er an der Westfront überraschend von sechs feindlichen Flugzeugen beschossen. Dabei brach eine der Tragflächen seiner Maschine und er stürzte ab. Sein Beobachter und Freund starb am Absturzort; er selbst wurde in ein Lazarett gebracht und erlag noch am Abend seinen Verletzungen. Seine Beerdigung fand vier Tage später in Neuville St. Vaast statt, bei der sein Bruder Richard als einziges Familienmitglied anwesend sein konnte.



■ KRIEGSGRAB JOHANNES GOTTSCHALKS IN NEUVILLE ST. VAAST, FRANKREICH

⁶ Vgl. Gruß aus Götzel, Nr. 9/10, April/Mai 1918.

Richard Gottschalk

Von der französischen Front schrieb er an seine Eltern, wie sehr er sein „Gützel“ (Gütersloh) wegen der Menschen dort vermisse.

„Denn ich weiß, mit solchen Leuten kann ich über alles reden, auch über unser Christentum, ohne bei so vielen, vielen Großstadtmenschen, auf Spott und eine Art bedauerndes Lächeln zu stoßen. [...] Es ist doch das wahre ‚Nazareth‘.“

1917 trat Richard Gottschalk (* 25. September 1898) mit gerade mal 18 Jahren in den Heeresdienst ein. Im August desselben Jahres stand er schon im Feld in Frankreich als Telegraphist. Nachdem der Waffenstillstand eingetreten und der Rückmarsch abgeschlossen war, blieb er noch einige Zeit im Heeresdienst. Er war der einzige der Gottschalk Brüder, der den Krieg überlebte. Später machte er an der theologischen Schule in Bethel sein Hebraicum und begann Ostern 1919 an der Universität Münster Theologie zu studieren, da er im Felde während eines heftigen Fliegerangriffs versprochen hatte, sein Leben dem Herrn zu widmen, indem er Pfarrer werde.

7 Vgl. Gruß aus Gützel Nr. 5/6, Juni/Juli 1919.

Richard erkrankte am 10. Juni 1919 plötzlich schwer und starb nach mehreren Operationen am 29. Juni im Gütersloher Krankenhaus.

Über das Evangelisch Stiftische Gymnasium, welches auch wir heute besuchen, schrieb Richard Gottschalk einmal:

„Das ist es ja, was unsere Schule vor so vielen anderen vorraushat: Die Kameradschaftlichkeit [...]. Als Schüler habe ich das nicht einsehen wollen; aber wenn man erst ein Jahr oder noch länger unter fremden Menschen weilt, [...] da merkt man erst, was unsere Schule uns war.“

Erst wenn man diese Geschichte der Familie Gottschalk kennt und erfahren hat, was ihre Söhne im Krieg erlebt haben, dann kann man diese tiefe Verbundenheit mit Gütersloh und der Schule nachvollziehen. Gütersloh war eine helle Welt für sie, der Krieg hat sie ihnen genommen.

Quellen

Gruß aus Gützel - Blätter zur Pflege der Gemeinschaft ehemaliger und jetziger Lehrer und Schüler des Gütersloher Gymnasiums, Jg. 1914 - 1919/ Schularchiv des ESG
Stadtarchiv Gütersloh

Grafik&Design **MISSFELD**
AGENTUR FÜR GESTALTUNG

FON 0 52 41/23 74 77 | E-MAIL info@grafik-missfeld.de

FAX 0 52 41/23 74 78 | Düppelstr. 13 | 33330 Gütersloh

Der Bahnhof Gütersloh im Ersten Weltkrieg

von Rudolf Herrmann

Vor Beginn des Ersten Weltkriegs am 1. August 1914 war der viergleisige Ausbau der Strecke Minden - Hamm von Bielefeld aus bis zum Bahnhof Isselhorst fortgeschritten. Man wollte zuerst die Steigungsstrecke in den Teutoburger Wald ausbauen. In Gütersloh hatte man mit dem Bau des neuen Lokomotivschuppens auf Kleßmanns Höhe im Frühjahr 1914 begonnen. Außerdem hatte man die südöstliche Abfahrt zur neuen Bahnunterführung neben dem Miele-Werk ausgeschachtet.

Schon lange war geplant, den gesamten Bahnhof Gütersloh zu vergrößern und den Bahnhof der Teutoburger-Wald-Eisenbahn (TWE) zu verlegen. Als der Krieg begann und die Mobilmachung an lief, war der Bahnhof Gütersloh der Königlich Preußischen Eisenbahn sehr klein und beengt. Am 15. August 1914 erschien in der Gütersloher Zeitung (GZ) ein längerer Bericht über die Situation auf dem Bahnhof während der ersten Mobilmachungstage:

Die Bahnhofs-Verpflegung der Truppen in Gütersloh

Kaum war des Königs Ruf zu den Fahnen erklingen, da hatte sich auch in unserm Gütersloh, ähnlich wie im Kriege 1870, diesmal auf Veranlassung der städtischen Vertretung, ein freiwilliges Komitee organisiert, um die braven Krieger auf ihrer langen mühevollen Fahrt zu erquicken und zu stärken. Es handelte sich hier um die Insassen der Züge, die hier nur kurzen Aufenthalt nehmen. Mit nimmermüdem Eifer wurden von zahlreichen Damen in der Spreenschen Fabrik (zwischen dem jetzigen Bahnhofgebäude und der Post, Anm. d. Verf.) und später im Hause des Herrn Herm. Marten (Kökerstr. 23, Anm. d. Verf.) gewaltige Mengen Butterbrote, - an die 150 000 - geschmiert. In der Molkerei brauten hilfsbereite Damen den Kaffee, an einzelnen Tagen bis zu 5000 Liter, der von dort zum Bahnhofs geschafft wurde. ... (Die Molkerei befand sich damals in der heutigen Molkereistraße, Anm. d. Verf.). Alle Kräfte gingen bei dieser Verpflegung treulich Hand in Hand. Der Bahnhofscommandant, die Bahnbeamten und vor allem das Komitee gaben unermüdlich helfende Anweisungen.

Wie alle Kriegsvorbereitungen, so klappte auch die freiwillige Verpflegung vorzüglich. Unsere braven Vaterlandsverteidiger aber waren voll freudigen Dankes für die Aufmerksamkeit, was auch in zahlreichen Zuschriften zum Ausdruck gekommen ist. Und wenn in diesen Tagen in Zeitungen und Briefen die Rede war von der vorzüglichen Verpflegung der Truppen in Westfalen, dann konnte man oft lesen, daß gerade Gütersloh besonders Erwähnung fand.



■ EIN ZUG MIT SOLDATEN FÄHRT RICHTUNG WESTEN UND ÜBERQUERT DEN BESCHRÄNKTEN BAHNÜBERGANG KIRCHSTRASSE. VIELE GÜTERSLOHER SIND AN DEN ERSTEN MOBILMACHUNGSTAGEN ZUM BAHNHOF GELAUFEN UND HABEN DEN DURCHFAHRENDEN SOLDATEN ZUGEBELT.

Die Militärverpflegungsstelle

Wohl nur Wenigen mag es in Gütersloh bekannt gewesen sein, daß die Heeresleitung den Bahnhof Gütersloh vor langen Jahren schon zu einer großen Verpflegungsstätte im Mobilmachungsfall ausersehen hat, in der großen Truppentransporten in ausgiebigster Weise warme Nahrung gereicht werden sollte.

Auf dem ausgedehnten Güterbahnhofe entstanden am 1. Mobilmachungstage sozusagen über Nacht mehrere lange Holzhallen, 2 Kriegsküchen und 1 Offiziersküche. Der Güterschuppen war im Nu in einen großen Speisesaal umgewandelt, so daß in diesem und in den beiden Holzhallen an sauberen Tischen mehrere tausend Truppen auf einmal gespeist werden konnten. Hunderte von freiwilligen Helferinnen und viele Helfer stellten sich opferfreudig zur Verfügung. ...

Kommt man in die Nähe der Kriegsküche, dann dringen einem so liebliche Gerüche entgegen, daß man nicht ungeachtet an ihr vorbeigeht. Wir sehen darin 8 große Kessel von je 650 l Inhalt. Die Kochfrauen sind unermüdlich tätig um die gewaltigen Mengen Speisen, die in verschiedenen und guter Zubereitung geboten werden,

auch warme Würstchen, Gütersloher Fabrikat, werden in großen Mengen verspeist und sie munden den braven Marsöhnen vortrefflich. „So viel Fleisch können wir uns bei Müttern nicht leisten.“ – „Bei son Essen muß man ja Kurage kriegen.“ So oder ähnliche Äußerungen hört man nicht selten. An einem einzigen Tage wurden weit über 12 000 wackere Krieger gespeist.

Einige Schwereöter sollen es fertig gebracht haben, daß sie ein halbes Dutzend Würstchen in Papier eingewickelt als „Übriges“ einsteckten. Einer der recht verhärtet aussah meinte treuherzig: „Ach wenn doch meine Frau und mein kleiner Willem davon mitessen könnten!“



■ AUF DER LADESTRASSE WAREN SEHR SCHNELL MEHRERE HOLZHALLEN FÜR DIE TRUPPENVERPFLEGUNG AUFGEBAUT. DER TEXT AUF DEM BILD LAUTET: „WELTKRIEG 1914. TRUPPEN-VERPFLEGUNG AM BAHNHOF GÜTERSLOH“.

Schon am 31. Juli berichtet die GZ, dass in ganz Deutschland die Bewachung der Eisenbahnbrücken angeordnet ist. Hier bei uns gab es zu der Zeit nur eine Eisenbahnbrücke und zwar auf der Strecke der TWE nach Hövelhof in Höhe des jetzigen Pfeilerder-Metallschornsteins über die Staatsbahn. Am 4. August wurden an dieser Überführung zwei Personen verhaftet, die sich verdächtig gemacht hatten.

Die Bekanntgabe der Mobilmachung am Samstagabend, dem 1. August, löste in Gütersloh die Spannung, die den ganzen Tag über alle Gemüter bewegt hatte. Mit Ruhe und Ernst wurde die Nachricht aufgenommen, berichtet die GZ. Am Samstagabend und während des Sonntags war es ungemein lebhaft in den Straßen und besonders am Bahnhof. Auch die Herrichtung der Militär-Speiseanstalt auf dem Güterbahnhof wurde viel beachtigt, berichtet die GZ am 2. August.

Die vielen Armeen mit ihren Soldaten und dem Kriegsmaterial, die auf der Eisenbahnstrecke in Richtung Westen befördert werden mussten, erforderten eine totale Sperrung für den zivilen Personen- und Güterverkehr. Hier war die Strecke noch nicht vierspursig ausgebaut. Angeordnet wurde, vom 3. bis einschließlich 13. Mobilmachungstag den gesamten zivilen Eisenbahnverkehr auf unserer Strecke einzustellen. Es wurden nur noch Militäzüge gefahren. So musste die Milch, die von Gütersloh in den Industriebezirk Dortmund gebracht wurde, zunächst mit der TWE nach Hövelhof und weiter über Paderborn - Soest zum Bahnhof Dortmund gefahren werden.

Am 10. August berichtet die GZ u. a. dass Dank der ausgezeichneten Leistungen der deutschen Eisenbahnen für die Beförderung von Lebensmittel und Vieh wieder je nach Verfügbarkeit Züge



■ GEFANGENE ENGLÄNDER VERLASSEN DEN ZUG, UM AUF DER LADESTRASSE VERPFLEGUNG IN EMPFANG ZU NEHMEN.

eingesetzt werden könnten. Wurden in den ersten Augusttagen nur Soldaten und Kriegsmaterial Richtung Westen befördert, so änderte sich dies bald. Die ersten Kriegsgefangenen mussten ostwärts mit der Eisenbahn befördert werden. Auch sie wurden zum Teil hier verpflegt. Am 28. August meldet die GZ, dass ein Zug mit 2100 gefangenen Belgiern durchkam. 600 von ihnen wurden in Gütersloh verpflegt, die übrigen auf anderen Stationen versorgt.

Besonders zu erwähnen ist, dass die damalige Heilanstalt (heute LWL-Klinik an der Buxelstraße) als Offiziers-Gefangenen-Lager für mehrere 100 Offiziere aus allen Nationen hergerichtet wurde. Auch sie kamen hier mit der Eisenbahn an und wurden dort teilweise mit ihren Burschen herrschaftlich untergebracht.

Waffenstillstandsvertrag und Einstellung der Kampfhandlungen

Am 11. November 1918 diktiert der französische Marschall Ferdinand Foch im Wald von Compiègne in einem Eisenbahnwagen der deutschen Waffenstillstandsdelegation, die vom Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger geführt wird, die alliierten Bedingungen zur Beendigung der Kampfhandlungen.

Die Bedingungen lauten u. a.:

1. Die Deutschen räumen die besetzten Gebiete in Frankreich einschließlich Elsaß-Lothringen, Belgien und Luxemburg innerhalb von 14 Tagen.
2. Die deutschen Armeen räumen innerhalb eines Monats das linksrheinische Gebiet. Alliierte besetzen die Brückenköpfe in Mainz, Koblenz und Köln.
3. Das deutsche Heer überlässt den Alliierten 5000 Kanonen, 25000 Maschinengewehre, 1700 Jagd- und Bombenflugzeuge.

4. Deutschland liefert den Alliierten innerhalb eines Monats 5000 Lokomotiven, 150000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen.
5. Deutschland lässt sämtliche alliierten Kriegsgefangenen unverzüglich frei. Die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen wird erst im Friedensvertrag geregelt.

Die Rückführung der deutschen Truppen in ihre Garnisonen erfordert wiederum Einschränkungen im zivilen Reiseverkehr. Die Eisenbahndirektion Hannover gibt am 19. November 1918 bekannt:

„Vom 22. des Monats ab werden bis auf weiteres Fahrkarten nur an solche Reisende abgegeben, die die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Reise durch schriftliche Unterlagen bei den Fahrkartenausgaben rechtzeitig nachweisen.“

(Ausschnitt aus der GZ vom 19. November 1918)

Die GZ bringt im Dezember 1918 mehrere Berichte über den Rücktransport der deutschen Truppen. Hier der Bericht vom 18. Dezember:

Das 1. Bataillon und die Minenwerfer-Komp. des 5. Grenadier-Regiments hat nach fünftägigem Aufenthalt heute unsere Stadt wieder verlassen, um mit der Bahn in die Garnison (Danzig) befördert zu werden. Die Gymnasial-Kapelle mit dem Trommelkorps an der Spitze begleitete die Truppen heute Morgen mit Musik zum Bahnhof. Die Abfahrt der mit Blumen und frischem Grün geschmückten Soldaten und Wagen erfolgte gegen 1 Uhr (13 Uhr, Anm. d. Verf.). - Heute bezieht der Stab Artillerie-Kommandeur Nr. 112 hierselbst Quartier.

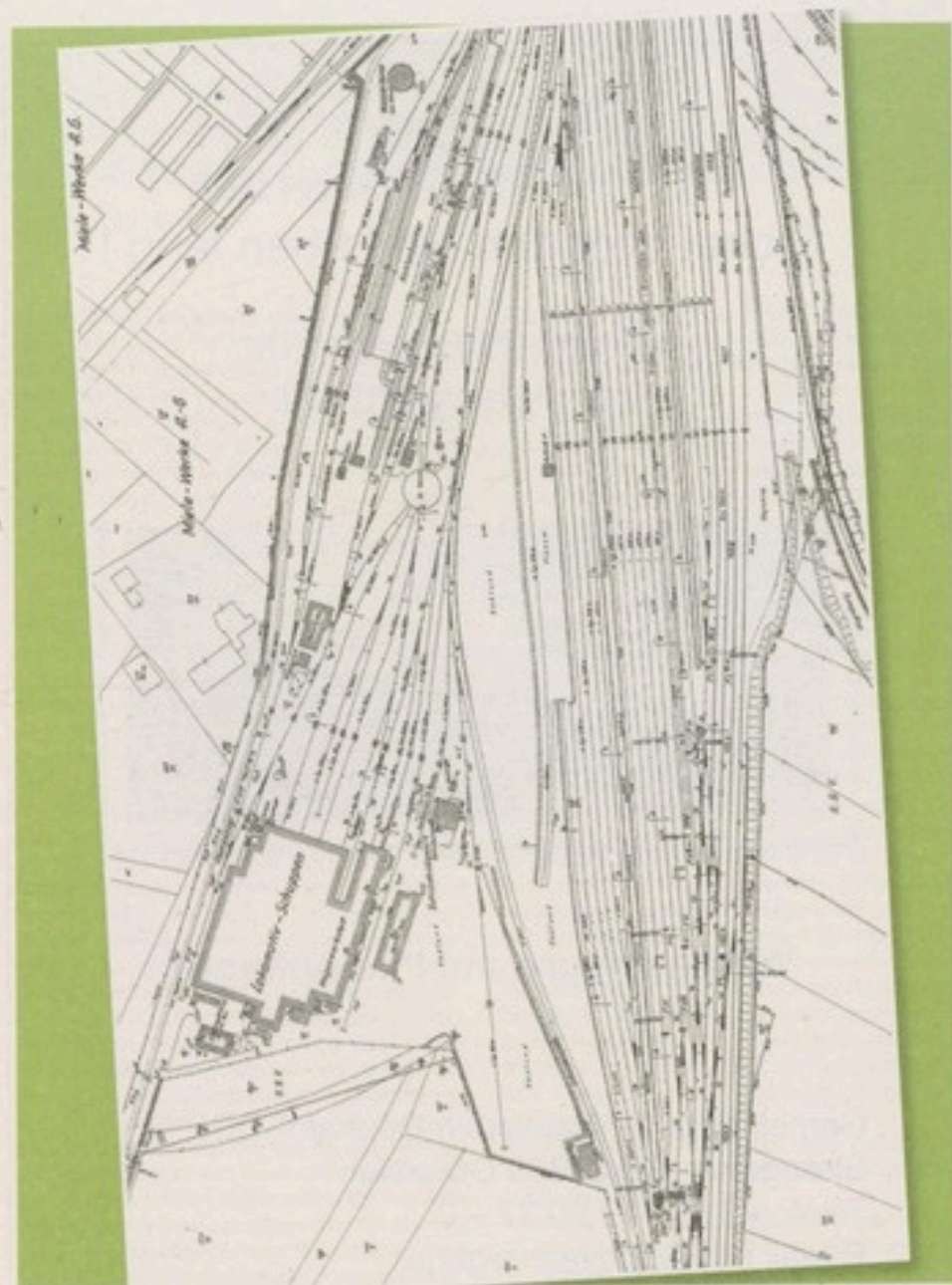
Der 1914 mit dem Bau der Eisenbahnunterführung Carl-Miele-Straße und dem neuen Lokschuppen begonnene große Bahnhofsumbau und die Vergrößerung verzögerte sich wegen Geldmangels durch die schon genannte Ablieferung von Lokomotiven und Wagen, sowie Einbeziehung der Reichsbahn in die Reparationszahlungen bis zum Jahr 1933, mit der Fertigstellung der jetzt leer stehenden Güterabfertigung. Die GZ schreibt am 3. Juni 1925 nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Hannover:

„Trotz häufiger Veröffentlichungen besteht in weiten Kreisen Unkenntnis über den Umfang der Zahlungsverpflichtungen der Reichsbahn-Gesellschaft. Über die allgemeinen Ausgaben hinaus, zu denen für dieses Jahr noch etwa 100 Millionen RM für die Instandsetzung der Rhein- und Ruhrbahnen hinzukommen, muß aus den Einnahmen außerdem die Reparationslast bestritten werden. Und zwar hat die Reichsbahn im ersten Reparationsjahr 200 Mill[ionen] im zweiten 595 Mill., im dritten Jahr 550 Mill und vom vierten Jahr ab 660 Mill Goldmark zu leisten...“

Nach dem Versailler Vertrag und dem Davisplan war die Reichsbahn wegen der guten Ertragslage vor dem Krieg in die Zahlungsverpflichtung eingebunden.

Ein Fazit aus den Erfahrungen, die die Eisenbahndirektion Hannover aus den Erkenntnissen bei der Abwicklung des Eisenbahnverkehrs während der Mobilmachung mit dem zu kleinen Bahnhof Gütersloh gewonnen hat: der 1913 vorgelegte Plan zur Änderung der gesamten Gütersloher Bahnanlagen scheiterte am Veto der TWE, die die geplante Einführung der TWE-Personenzüge in den Staatsbahnhof nicht wollte. Ein 1916 vorgelegter Plan sah u. a. eine geringe Erweiterung der Gleisanlagen im Ostteil des Bahnhofs und eine größere Güterabfertigung vor. Nach Auswertung der Erkenntnisse aus dem Ersten Weltkrieg wurde Anfang der 1920er Jahre ein neuer Plan vorgelegt, der eine Verbreiterung der Bahnanlagen Richtung Stadt und eine Verlängerung Richtung Bielefeld bis zur Hülsbrockstraße hinaus vorsah. Im neu anzulegenden Rangierbahnhof wurde u. a. ein 616 m langer Militärbahnsteig mit sieben Hydranten gebaut.

Die Behinderungen, die uns der viel zu kleine Bahnhof Gütersloh im Ersten Weltkrieg gebracht hat, führte dazu, dass wir anschließend einen schönen und großen Reichsbahnhof erhielten, der aktuell wegen der vielen Rückbauten und Rationalisierungsmaßnahmen nicht wiederzuerkennen ist. Pläne von allen Jahren befinden sich im Stadtarchiv Gütersloh.



■ DAS BAHNBETRIEBSWERK MIT DEM LOKSCHUPPEN OBEN UND DER RANGIERBAHNHOF MIT DEN VIELEN GLEISEN AUF EINEM AUSSCHNITT DES BAHNHOFSPANS NACH BEENDIGUNG DER ERWEITERUNGSARBEITEN 1934. HEUTE SIND DIESE BAHNANLAGEN ZUM GROSSEN TEIL VON DEN FIRMEN MIELE UND PFLEIDERER BEBAUT. DER PLAN ZEIGT 600M VON 2770M GESAMTLÄNGE DES BAHNHOFES GÜTERSLOH. DIESE GROSSEN GLEISANLAGEN GAB ES 1914 NOCH NICHT.



Sicher Wohnen ein Leben lang !

Wir möchten gerne Ihr
Vermieter werden !



Wir freuen uns auf Ihre Anfrage !

Gemeinnütziger Bauverein Gütersloh eG
Strengerstr. 12 33330 Gütersloh
Telefon 0 52 41 / 90 37 – 0
E-Mail info@bauverein-gt.de
www.bauverein-gt.de

Rede anlässlich der Einweihung
der öffentlichen Gedenkstätte zur Erinnerung
an die Opfer des NS-Regimes am 29. Oktober 2014
im LWL-Klinikum Gütersloh

von Matthias Löb

Im Namen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe begrüße ich Sie herzlich zur Einweihung der öffentlichen Gedenkstätte, mit der wir an die in der NS-Zeit ermordeten Psychiatrie-Patientinnen und -Patienten, hier aus unserer Klinik Gütersloh, erinnern wollen. Ich tue dies gemeinsam mit meinem Kollegen, dem Gesundheitsdezernenten des LWL, Herrn PD Meinolf Noeker und der Betriebsleitung, die hier vor Ort Verantwortung trägt: Herr Prof. Kronmüller, Herr Loer und Frau Elpers.

„Geschichte bewahren, Geschichte sichtbar machen, aus der Geschichte lernen!“ Darum geht es uns heute. Wir wollen uns erinnern an die tiefen Schatten, die das dunkelste Kapitel der deutschen Psychiatriegeschichte auch über den idyllischen Park der Klinik Gütersloh geworfen hat. Und mir war es sehr wichtig, dass ich als LWL-Direktor heute persönlich zu Ihnen sprechen kann. Denn es gibt nichts zu beschönigen: der Provinzialverband Westfalen und die westfälischen Provinzial-Heilanstalten als Vorgänger des LWL und der heutigen LWL-Kliniken für Psychiatrie haben sich damals aktiv an Unrechtstaten beteiligt, für die wir heute kaum noch Worte finden. Bereits durch das von den Nationalsozialisten am 14. Juli 1933 verabschiedete „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ zeigte das NS-Regime seine menschenverachtende Gesinnung. Es sah bei bestimmten Krankheiten wie z. B. sogenanntem Schwachsinn, Schizophrenie oder Epilepsie die Sterilisation durch einen chirurgischen Eingriff vor. Denn unterstellt wurde die Erbllichkeit dieser Krankheiten. Die Sterilisation wurde mit Zwang durchgesetzt. Die Ausrichtung der psychiatrischen Versorgung nach rassenhygienischen Grundsätzen begann 1937. Die Zuerkennung von medizinischen Leistungen und Zuwendung richtete sich nach Heilungschancen und der körperlichen Leistungsfähigkeit. In der letzten Konsequenz dieses Denkens

wurde den „gänzlich gemeinschafts- und arbeitsunfähigen“ Patienten das Lebensrecht abgesprochen. Der sogenannte Euthanasie-Erlass Hitlers vom 1. September 1939 gipfelte in der hinterhältigen und menschenverachtenden Aussage, „die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.“

Auch die Patientinnen und Patienten in den damaligen Provinzialheilanstalten haben die Folgen der unsäglichen Politik in der Zeit des Nationalsozialismus ertragen müssen. Ich habe es schon gesagt: nicht als Mitläufer, sondern als aktiv Mitwirkende, als Überzeugungstäter waren dafür verantwortlich an der Spitze des Provinzialverbandes Westfalen der NS-Landeshauptmann Kolbow, aber auch die Anstaltsärzte und Verwaltungsbeamten in den Provinzialheilanstalten. Allein aus der Provinzialheilanstalt Gütersloh wurden in den Jahren 1940 bis 1943 1.017 Patienten Opfer der sogenannten Euthanasie-Verlegungen. Ein Großteil wurde in der Gaskammer von Hadamar, der zentralen Tötungsanstalt für die westfälischen Patienten, ermordet, oder sie starben durch Überdosen an Medikamenten, Hunger, Kälte und den katastrophalen hygienischen Verhältnissen in den Durchgangs- und Zielanstalten. Lassen Sie mich die unvorstellbare Zahl wiederholen: 1.017 Patienten - allein hier in Gütersloh.

Wir können das Geschehene nicht rückgängig machen. Aber wir wollen uns erinnern und dieser Menschen gedenken:

- indem wir diesen „Euthanasie“-Opfern, die häufig in Massengräbern verscharrt wurden, Namen geben und sie dadurch aus der Anonymität reißen, in die sie von den Nationalsozialisten gestoßen wurden,
- indem wir Ihnen durch ihre Namen und



SEIT 2014 WIRD IN DER KREUZKIRCHE NAMENTLICH AN DIE 1017 OPFER DER SOGENANTEN "EUTHANASIE"-VERLEGUNGEN AUS DER EHEMALIGEN PROVINZIALHEIL-ANSTALT GÜTERSLOH ERINNERT.

Ihre Lebensgeschichten die Menschenwürde zurückgeben.

- indem wir mit der Gedenkstätte - besonders mit dem Stein des Gedenkens und dem „Raum der Namen“ in der Kreuzkirche - die Opfer symbolisch nach Gütersloh zurückholen und sie in ihrer früheren Heimstätte wieder aufnehmen.

Durch diese öffentlichen Orte des Erinnerns und des Gedenkens wird jeder, egal ob Patient, Mitarbeiterin, Besucher oder Schülerin nachhaltig erinnert an das Wegbrechen ethischer Leitlinien in der Psychiatrie der NS-Zeit und den tiefen Fall in einen Abgrund der Unmenschlichkeit. Zugleich sind wir alle aufgerufen, dem Vergessen energisch zu widerstehen. Die Gedenkstätte soll eine Mahnung an die Menschen in der heutigen Zeit sein, die Würde des Menschen, insbeson-

dere die Würde des Außenseiters, des Benachteiligten und des Stigmatisierten in unserer Gesellschaft zu achten.

Nur wer die Vergangenheit kennt und aus ihr lernt, kann die Zukunft gestalten. Der LWL hat sich seiner Verantwortung aus der Vergangenheit nicht entzogen. Es hat zwar nach dem Ende des NS-Regimes noch 35 Jahre gedauert, aber immerhin seit Beginn der 1980er Jahre ist es ein zentrales Anliegen des LWL, die Geschichte des Provinzialverbandes Westfalen in der Zeit des Nationalsozialismus durch wissenschaftliche Forschung aufzuklären, die Verstrickung in eine rassenideologisch geprägte Politik aufzuzeigen und so das Schicksal der Opfer des NS-Regimes in Erinnerung zu rufen. Der damalige LWL-Direktor Wolfgang Schäfer hat 2003 gegenüber den überlebenden Opfern und Betroffenen eine persönliche Entschuldigung ausgesprochen, als symbolische Anerkennung des von ihnen erlittenen

Leides, als Anerkennung der Schuld der damals handelnden Personen und der eigenen Verantwortung heute.

In fast allen LWL-Kliniken, die bis 1945 als Provinzialheilstätten des Provinzialverbandes Westfalen Träger und Orte der psychiatrischen Behandlung und Betreuung waren, gibt es Formen des Gedenkens durch Gedenkstätten und -tafeln wie jetzt hier in Gütersloh. Hinweisen möchte ich beispielhaft auf:

- die Plastik „Der Gebundene“ des Künstlers Andrzej Irzykowski im Außenbereich der LWL-Klinik Lippstadt, ehem. Eickelborn, die in den vergangenen Jahren um Bronzetafeln mit den Namen der „Euthanasie-Opfer“ ergänzt wurde,
- das Mahnmal der Künstlerin Antje Kietzmann im Außenbereich der LWL-Klinik Dortmund zur besonderen Erinnerung an die ermordeten Kinder,
- die Gedenkstätte in der Treise-Kapelle der LWL-Klinik Warstein, die im vergangenen Jahr um ein namentliches Gedenken erweitert wurde.
- Zudem habe ich letzte Woche gesprochen zum Festakt „150 Jahre LWL-Klinik Lengerich“. Auch dort ist in naher Zukunft eine Gedenkstätte für die Euthanasie-Opfer geplant.

Wir haben aus der jüngeren Geschichte unsere Lehren gezogen - in Deutschland, aber auch beim LWL als größtem Träger psychiatrischer Leistungen in Westfalen-Lippe. In Deutschland wird beispielsweise - jetzt auch wieder ganz aktuell - zu Recht besonders kontrovers und ernsthaft über das Thema aktive Sterbehilfe diskutiert. Wenn ich einige Jahre zurückgehe, stoße ich auf die Psychiatrie-Enquete von 1975. Auch als Lehre aus dem Ausgeliefertsein von Menschen in der Psychiatrie der NS-Zeit wurde in den 1970er Jahren vehement gefordert, das System der psychiatrischen Versorgung in das bestehende System der allgemeinen Gesundheitsvorsorge zu integrieren, somatisch und psychisch Kranke gleichzustellen und eine gemeindenahe Psychiatrie zu verwirklichen. Die Einrichtungen des LWL-Psychiatrieverbundes Westfalen haben die Psychiatrie-Enquete aufgegriffen und stellen heute den Menschen mit all seiner seelischen Verletzlichkeit und Schutzbedürftigkeit in den Mittelpunkt ihres Behandlungsauftrages. Die Klinik ist kein Ort der

Verwahrung, sondern ein Ort des therapeutischen Geschehens. Psychiatrische Behandlung findet nicht auf der „grünen Wiese“ oder hinter hohen Mauern statt, sondern mitten in der Gemeinde. Dort, wo die Menschen leben und arbeiten, dort werden sie im Falle ihrer psychiatrischen Erkrankung auch behandelt.

Als großer Gesundheitsdienstleister mit über 130 Einrichtungen und Außenstellen bietet der LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen heute spezialisierte, wohnortnahe Behandlung und Betreuung in seinen Kliniken, Tageskliniken, Ambulanzen, Reha-Einrichtungen, Wohnverbänden und Pflegezentren. Damit ist er der bedeutsamste Grundpfeiler bei der psychiatrischen Versorgung der über 8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in unserem Landesteil. Etwa die Hälfte aller psychiatrischen Versorgungsleistungen in Westfalen-Lippe werden unter dem Dach des LWL angeboten. Diese wenigen Zahlen zeigen: die LWL-Kliniken haben aufgrund ihrer Geschichte, aufgrund ihrer öffentlichen Trägerschaft und aufgrund ihrer Größe eine besondere Vorbild- und Schrittmacherfunktion, wenn es darum geht, Lehren aus der schmerzlichen Vergangenheit in heutiges Handeln zu übersetzen. Ziel des gemeinsamen Handelns ist dabei stets ein höchstmöglicher Patienten- und Bewohnernutzen im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Dabei verstehen wir uns als Wegbereiter zurück in ein eigenständiges Leben. Neben der fachlichen Kompetenz sind zwei Themen für uns entscheidend: Respekt und Vertrauen. Ohne Vertrauen können wir unsere Arbeit kaum erfolgreich betreiben und ohne Respekt entsteht kein Vertrauen. Dies gilt auch für den Umgang miteinander. Ich bin froh, dass es in der modernen Psychiatrie ganz selbstverständlich ist zu sagen: Respekt beginnt mit Offenheit sowie Toleranz und basiert ganz wesentlich auf Transparenz. Die aktive Information des Patienten und Bewohners ist eine zentrale Aufgabe, die wir aktiv und umfassend zu erfüllen haben. Wir streben darüber hinaus die vielfältige Einbeziehung der Patienten und Bewohner sowie deren Angehöriger als aktive Partner „auf Augenhöhe“ in den Therapieprozess an.

Diese seit einiger Zeit als „Triadik“ bezeichneten Ansätze und Einstellungen stellen nach meiner festen Überzeugung eine wesentliche Bereicherung zur Wiederherstellung von psychischer Gesundheit oder zum gelingenden Umgang mit der eigenen psychischen Erkrankung

dar. Ein wichtiges Ziel psychiatrischer Behandlung und Versorgung ist das Erreichen eines guten psychosozialen Funktionsniveaus beruflicher und privater Natur („fit für den Alltag“), was dann subjektiv als gute Lebensqualität empfunden wird. Damit dürfte auch ein konkreter Beitrag zur Entstigmatisierung psychiatrischer Störungsbilder sowie der betroffenen Personen verbunden sein. Das führt - in einem übergreifenden Kontext - zur Inklusion der Betroffenen in einer modernen Gesellschaft und damit zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Die dialogischen Kompetenzen wird der LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen daher weiterentwickeln.

Ich glaube deshalb sagen zu können: ja, wir haben aus der Vergangenheit gelernt. Und ja, wir gestalten die Zukunft - zum Wohle der uns anvertrauten Patientinnen und Patienten und zum Wohle der Menschen in Westfalen.

Aus all diesen Gründen stehen wir heute hier an den Orten des Erinnerns und des Gedenkens. Herr Prof. Walter und Herr Meißner werden uns zu ethischen Fragestellungen und zur histori-

schen Einordnung der Euthanasie vortragen. Der anschließende Rundgang über den historischen Pfad des unter Denkmalschutz stehenden Friedhofs der ehemaligen Provinzialheilanstalt Gütersloh gibt uns heute und in Zukunft die Gelegenheit zur Erinnerung - zur Erinnerung an die ermordeten Psychiatriepatienten und Behinderten von Gütersloh.

Ich danke den Mitgliedern der Projektgruppe, die sich zusammensetzte aus vielen Verantwortlichen wie Mitarbeitern des Stadtmuseums Gütersloh, der LWL-Denkmalpflege, des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte, der Kirchen, Angehörigen psychisch Kranker, der Betriebsleitung und Beschäftigten des LWL-Klinikums Gütersloh. Ganz besonderer Dank gilt auch Herrn Mario Haase, der die Gedanken und Ergebnisse der Projektgruppe visuell umgesetzt und der dadurch einen würdevollen Ort der Erinnerung und Begegnung geschaffen hat und Herrn Dipl.-Ing. Christhard Ehrig, der die Ideen zur landschaftsarchitektonischen Umsetzung gegeben hat.

Grußwort anlässlich der Einweihung der öffentlichen Gedenkstätte zur Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes am 29. Oktober 2014 im LWL-Klinikum Gütersloh

von Maria Unger

Fassungslos stehen wir auch nach Jahrzehnten vor dem Leid und dem Unrecht, das Menschen geschehen ist, die in psychiatrischen Kliniken Hilfe und Heilung gesucht haben. Die eiskalte Geschäftsmäßigkeit, mit der Menschen, die jeden Schutz der Gesellschaft und der Medizin hätten beanspruchen dürfen, in den Tod geschickt wurden, macht uns stumm. Die Verstrickung so vieler - auch namhafter - Mediziner und Psychiater in diese Maschinerie erschüttert ebenso wie die fehlende Auseinandersetzung mit diesem Handeln in der jungen Bundesrepublik.

Es ist aber auch wiederum das Verdienst vieler Angehöriger aus allen Fachrichtungen der Psychiatrie, dass diese Aufarbeitung schließlich begonnen hat. In Gütersloh sind ihre Anfänge eng mit dem Namen von Dr. Dr. Klaus Dörner verbunden. Ich erinnere mich, dass bereits in den 80er Jahren eine Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihre Fragen an die Geschichte des eigenen Hauses gestellt hat mit dem Ziel, einen Ort zu schaffen, an dem diese Geschichte dokumentiert ist.

1997 haben wir die Dokumentarfilmerin Barbara Lipinska-Leidinger mit dem Kulturpreis der Stadt Gütersloh ausgezeichnet - für das einfühlsame Porträt einer Langzeit-Patientin der Gütersloher Klinik und ihrer bewegenden Geschichte, die uns ebenfalls in die Zeit des Nationalsozialismus führt. Und auch bei den Gütersloher Fortbildungswochen stand die Auseinandersetzung mit der Psychiatrie im Dritten Reich auf der Agenda. Doch dort, wo wir heute stehen, sind wir bisher nie angekommen - Orte zu schaffen des Erinnerns und des Gedenkens, die Namen der Opfer zu nennen, die von hier aus in den Tod geschickt wurden.

Warum ist es wichtig, diese Orte des Erinnerns



■ EINE DER ERLÄUTERUNGSTAFELN DES GEDENK-KOMPLEXES. IM HINTERGRUND DIE FRÜHERE FRIEDHOF-SKAPELLE, HEUTE ATELIER UND RAUM FÜR ERGOTHERAPIE.

und Gedenkens zu haben? Weil sie uns schmerzlich bewusst machen, dass die große schreckliche Maschinerie des Mordens von vielen kleinen Rädchen angetrieben wurde. Weil die Namen den Menschen ihre Identität zurückgeben. Sie machen uns klar, dass wir eben nicht vor einer anonymen, unvorstellbar großen Menge stehen, sondern dass es Menschen aus unserer unmittelbaren Umgebung waren, die vernichtet wurden. Dieses Bewusstsein können nur lokale Orte des Gedenkens schaffen.

Die LWL-Klinik ist seit über 100 Jahren mit der Geschichte der Stadt Gütersloh verbunden. Sie war und ist keine Enklave. Deshalb danke ich allen, die ihren Anteil daran haben, dass wir heute hier stehen und drei Orte des Gedenkens und Erinnerns vorstellen können. Mit der Einbeziehung von Dr. Rolf Westheider ist auch eine

unmittelbare Verbindung zur historischen Forschung in der Gesamtstadt Gütersloh gesichert. Mir ist aber auch bewusst: dies ist nur ein erster Schritt. Es gilt, diese Erinnerungskultur auch für die nächsten Generationen fassbar zu machen. Das ist eine große Aufgabe. Doch ohne Erinnerung haben wir keine Zukunft.

„Wege der Auseinandersetzung mit langen Schatten“.
Rede anlässlich der Einweihung der öffentlichen Gedenkstätte zur Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes am 29. Oktober 2014 im LWL-Klinikum Gütersloh

von Bernd Meißner

Herr O. war von 1936 bis 1995 Patient in der Provinzialheilanstalt und arbeitete täglich in der Anstalt. Er zog mit einem Handkarren durch die Klinik und sammelte Müll ein um diesen anschließend zu trennen. Mit 92 Jahren wurde Herr O. entlassen, zog in eine Wohngruppe und fuhr das erste Mal in seinem Leben in den Urlaub nach Mallorca. Er war verwundert, dass er 60 Jahre in der Klinik arbeiten musste und keinen Tag Urlaub bekam. Ein Zustand, der für uns heute unvorstellbar, ja geradezu unerträglich ist. Herr O. ist mit 94 Jahren verstorben. Seine Grabstätte finden Sie auf dem Rundgang über den Friedhof. Beim Lesen der Krankengeschichte von Frau A., die sich über 40 Jahre als Patientin in der Klinik befand, war in der Krankenakte über mehrere Jahre hinweg eingetragen: „nichts besonderes gewesen“. Unvorstellbar für uns heute, dass über viele Jahre unseres Lebens nichts Besonderes passiert.

So lesen sich viele Krankengeschichten ehemaliger Patientinnen und Patienten dieser Institution. Sie verloren über die vielen Jahre der Institutionalisierung ihr Gesicht, ihre Würde, ihre Individualität und wurden zu einer anonymisierten Menschengruppe, untergebracht in Bettensälen, getrennt nach Geschlecht, nach Kriterien „tauglich für die Arbeit“ oder nicht. So unvorstellbar dies aus heutiger Sicht auch klingen mag, das Ziel der Betreuung von körperlich und geistig schwer kranken Menschen war bis in die 80er Jahre hinein nicht die Verbesserung ihres Zustandes, sondern die „geschlossene“ Unterbringung am Rande der Zivilgesellschaft außerhalb jeglicher Öffentlichkeit.

Warum nun diese Orte des Erinnerns und des Gedenkens? Die Begegnung mit der Geschichte dieser Klinik führt zur Aufdeckung von Tabus. Sie benennt Themen und bringt die Erkenntnis, dass sie nicht „erledigt“ sind sondern weiterhin Gestalt annehmen. Diese Orte der Erinnerung sind

nach Freud eine Voraussetzung, um den Zwängen der Geschichte ein Ende zu bereiten. Wie unter Zwang muss der Mensch das wiederholen, was seine Vorfahren ihm unverarbeitet und unbewältigt weitergegeben haben. Es hat lange gedauert, bis eine direkte Auseinandersetzung mit der Psychiatrie im Nationalsozialismus, mit den Opfern und Tätern, begann. Bis in die 80er Jahre hinein sind Angehörige, die sich nach ihren ermordeten Familienmitgliedern erkundigen wollten, von Klinikdirektoren häufig abweisend und oft auch falsch informiert worden.

So zeigt auch dies das Schicksal von Frau T., die auf dem Friedhof ihre letzte Ruhe fand. Ihre Angehörigen schrieben mehrfach die Klinik an, um sich nach dem Schicksal der Patientin zu erkundigen und forderten Begründungen ein, warum sie nicht nach Hause könne. Sie wurden abgewiesen bzw. ihre Briefe nicht beantwortet. Frau T. blieb über 60 Jahre in der Anstalt und ist schließlich ohne jemals entlassen zu werden in der Klinik verstorben.

Erst Ende der 60er Jahre wurde die Unerträglichkeit der Verhältnisse in den Psychiatrischen Großinstitutionen so öffentlich, dass dies schließlich der Anstoß zur Einrichtung einer Enquete Kommission war, ausgelöst von betroffenen Angehörigen. Die Psychiatrie Enquete brachte schließlich eine bis heute währende Reform der gesamten psychiatrischen Versorgung mit sich. Vor allem die Ärzte mussten lernen, dass Gegenstand ärztlichen Handelns ausschließlich das Wohl und die Bedürfnisse des einzelnen Kranken sind, dass die Beziehung zum Kranken partnerschaftlich gestaltet werden muss und dass in allen therapeutischen Entscheidungen Sie bzw. wir Profis persönlich verantwortlich sind.

Diese Entwicklung erfuhr auch die Psychiatrische Klinik in Gütersloh. Mit der Umsetzung der Psychiatriereform durch zunächst Herrn Prof. Winkler und dann durch Herrn Prof. Dörmer be-



BRÖSKAMP TOURISTIK INTERNATIONAL

- Urlaubs- & Erholungsreisen
- Rund- & Erlebnisreisen
- Fluss-Kreuzfahrten
- Radwanderreisen
- Städtereisen
- Kurz- & Clubreisen



Bitte fordern
Sie unseren aktuellen
Reisekatalog an
Zusendung kostenlos!

- EVENT-Reisen
- Musicals und Tagesfahrten
- Vereins- & Gruppenreisen
- Reisebusse mit 17-80 Sitzplätzen

Berliner Ring 53 • 33428 Harsewinkel

Telefon (0 52 47) 92 31-0 • Telefax (0 52 47) 92 31-31

Internet: www.broeskamp-online.de • E-Mail: info@broeskamp-online.de

gann auch in Gütersloh die Auseinandersetzung mit der Psychiatriegeschichte der Klinik im Nationalsozialismus und war mit Anstoß zur Gründung des Arbeitskreises zur Erforschung der Nationalsozialistischen Euthanasie und der Zwangssterilisation auf Bundesebene im Jahre 1983.

Der Patient mit seiner Biographie und seiner Krankengeschichte rückte in den Fokus therapeutischen Handelns und unweigerlich kam dann die Frage auf, was jeder einzelne Betroffene unabhängig von seiner Krankengeschichte benötigt für ein würdevolles Leben innerhalb der Gesellschaft.

Insgesamt wurden zwischen 1981 und 1996 435 Langzeitpatienten mit zum Teil Verweildauern in der Klinik von über 60 Jahren entlassen. Diese

Entlassungen konnten nur gelingen, in dem für jede einzelne Person eine Auseinandersetzung mit ihrer persönlichen Kranken- und Lebensgeschichte begann. Klaus Dörner und seine Mitarbeiter begannen dort wo es sich scheinbar am wenigsten lohnte, bei den Schwächsten. Und dies immer unter der Prämisse, dass das was für diese Personengruppe geschaffen wird auch von Vorteil für all die Anderen, die weniger schwer Erkrankten, ist. Diese Auseinandersetzung mit der Krankengeschichte gab den einzelnen Patientinnen und Patienten ihre Würde und ihre Lebensgeschichte zurück und den Profis die einmalige Chance an der zukünftigen Lebensgestaltung dieser Personen teilhaben zu können.

Auf dem Friedhof sind viele dieser ehemaligen Patientinnen und Patienten beerdigt und stellen

einen Teil der Geschichte dieser Klinik dar. Ihr Schicksal, ihre Lebens- und Krankengeschichte dient uns heute als Mahnung und gleichzeitig als Signal und Impulsgeber, dass es sich lohnt eben dort anzufangen wo es sich scheinbar am wenigsten lohnt. Heute werden wir mit solchen Themen konfrontiert, wenn wir die UN-Behindertenkonvention für Menschenrechte ernst nehmen und den Inklusionsauftrag der gleichberechtigten Teilhabe in der Gesellschaft konkretisieren.

Wohin mit Menschen, die viel Unterstützung benötigen, wohin mit Kindern, die ein Recht auf Bildung haben, aber schwerst psychisch und körperlich eingeschränkt sind. Wo ist der richtige Platz für die zunehmende Zahl der Älteren, der Demenzen, der Unterstützungs- und Pflegebedürftigen. Dies sind brandaktuelle Themen, die uns zum Teil ratlos stimmen, wo die passende Lösung nicht auf dem Tisch liegt und wo eine Gesellschaft durch den Gedanken der Ökonomisierung, des Pragmatismus und der Institutionalisierung verführt wird Individuen zu anonymisieren.

Vor kurzem wurde vom nordrhein-westfälischen Landtag das neue Alten- und Pflegegesetz verabschiedet, in dem es auch darum geht, wie sich ein menschenwürdiges Altwerden in unserer modernen Gesellschaft darstellt. Das Grundbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger und ich meine damit unser aller Grundbedürfnis, ist klar: wir wollen dort alt werden, wo wir vertraute Menschen treffen und das an dem Ort, der uns bekannt ist. Gerade hier hilft uns die Auseinandersetzung mit der Geschichte, mit unserer Geschichte. Es geht darum, das zu tun, was sich gehört. Es ist der Respekt vor der Würde des Menschen, des Anderen, der nicht immer genau so ist wie wir, manchmal fremd, manchmal anders. Der nicht immer denkt wie wir und nicht immer so handelt wie wir es uns wünschen, wie es die Gesellschaft akzeptieren würde. Nach Viktor Frankl heißt „Mensch sein“ niemals, nun einmal so und nicht anders sein müssen. „Mensch sein“ heißt immer, stets auch anders werden zu können. Mit der Integration chronisch psychisch Kranker in die Gesellschaft haben wir im Kreis Gütersloh bereits vor vielen Jahren diese öffentliche Auseinandersetzung begonnen und ermöglicht, dass heute Menschen mit psychischen und körperlichen Einschränkungen in ambulanten Strukturen in Wohngruppen und Hausgemeinschaften in ihrem Quartier alt

werden können. Anderenorts hat dieser Prozess erst jetzt - wenn überhaupt - begonnen.

Mit den Orten des Erinnerns und Gedenkens wollen wir einen Beitrag leisten zur steten Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und diese und die betroffenen Menschen würdigen. Wir alle haben die Verantwortung hierfür und insbesondere darauf zu achten, dass Ereignisse und Prozesse nicht abgeschlossen sind. So sind auch die Orte der Erinnerung zu verstehen.

Die heutige Auseinandersetzung mit der Geschichte von damals heißt für die Psychiatrie, eine Psychiatrie unter den Augen der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Eine Psychiatrie, die auch wehtun kann, die sich immer wieder der öffentlichen Debatte stellen muss. Eine Psychiatrie, die ihren Blick auf die Chronisch- und Schwersterkrankten richtet oder wie Klaus Dörner es sagt „dort beginnt, wo es sich am wenigsten lohnt“. Wie Viktor Frankl sagt, geht es nicht an, Menschen in Ecken abzuschieben in denen sie und ihre Probleme übersehen werden.

Ich bin sehr dankbar, dass es immer wieder die Angehörigen der Patientinnen und Patienten und interessierte Bürgerinnen und Bürger sind, die die Institutionen und uns Profis auf die Vergangenheit aufmerksam machen, die Anfragen stellen über den Verbleib ehemaliger Patientinnen und Patienten. Und so war es auch das Interesse eines Bürgers, dass uns zu dieser Projektarbeit, deren Ergebnis Sie heute mit uns einweihen, brachte. Immer wieder erreichen uns Briefe mit Fragen zu ehemaligen Patientinnen und Patienten, die wir nur noch sehr eingeschränkt beantworten können. Krankenakten sind vernichtet oder es ist einfach nichts dokumentiert. Aber dennoch ist es eine immer wiederkehrende Chance in einen öffentlichen Dialog zu treten. Was im Dritten Reich hier und anderenorts passierte, ist aus unserer heutigen Sicht unvorstellbar, aber nicht einmalig. Und so werden wir bis heute immer wieder mit unvorstellbaren Ereignissen konfrontiert, die uns wach halten und aufrütteln in der Auseinandersetzung mit der Geschichte. Dies zeigen uns die einzelnen Schicksale ehemaliger Langzeitpatienten dieser Klinik oder auch die Patiententötungen durch den Krankenpfleger Herrn L. im Jahre 1990 hier in der Klinik, die für uns unvorstellbar erschienen. Als vor drei Jahren in der Gerontopsychiatrie ein schwerst dementer Patient einen anderen demenzerkrankten Patienten ermordete, waren wir konfrontiert mit einem Ereignis



■ DIE GRANITSTELLE AM RANDE DES FRIEDHOFES.

das nicht vorhersehbar war, für das wir bisher keine Vorstellung hatten.

Mit der Aufarbeitung der Psychiatriegeschichte in der NS-Zeit begannen bis heute viele Aktivitäten, die uns zusätzliche Chancen der Auseinandersetzung mit solchen unerträglichen und unvorstellbaren Momenten bietet. So besteht seit Mitte der 90er Jahre ein Arbeitskreis „Tödliches Mitleid“, in dem Psychiatrie Gütersloher Schülern begegnet. Seit vielen Jahren besuchen Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Gütersloher Schulen die Klinik aber auch Träger der psychosozialen Versorgung um mit ihrer „ungeprägten“ Art psychisch Kranken zu begegnen. Sie bekommen einen schonungslosen Einblick in die Klinik, begegnen so der Psychiatrie und den Menschen mit besonderen Lebensgeschichten und können ihr Erstaunen und ihre Empörung äußern. Ich freue mich sehr, dass auch hier unter den Gästen Schülerinnen und Schüler sowie Lehrer anwesend sind. Darüber hinaus besteht seit über sechs Jahren in der Zusammenarbeit mit der Klinik in Paderborn ein Ethikkomitee. Mitarbeiterteams, Betroffene und Angehörige haben die Möglichkeit, dieses Gremium als Ort der Reflexion und Auseinandersetzung mit solchen Unvorstellbarkeiten und Grenzsituationen zu nutzen.

Auch zukünftig werden uns Themen im privaten und beruflichen Kontext begegnen, wo wir die Auseinandersetzung benötigen. So steht mit dem neuen Finanzierungssystem in der Psychiatrie auch wieder die Debatte um Ökonomisierung und Ressourcenverteilung an. Oder die aktuelle Diskussion um die Sterbehilfe („Was ist lebenswert oder lebensunwert?“) führt uns zu-

rück in unsere Geschichte, in die Geschichte der Psychiatrie im Nationalsozialismus.

Meine Damen und Herren, ich lade Sie ein, diese Auseinandersetzung und Erinnerung mit uns gemeinsam zu gestalten, daran teilzuhaben. Es ist eine existentielle Aufgabe unserer heutigen Zivilgesellschaft, dies zu tun. Wir brauchen Kreativität, um unsere Probleme und Anforderungen unserer Gesellschaft und unserer Kultur zu lösen und hierzu sind wir auf das Erinnern der Geschichte angewiesen.

Ich möchte mich im Namen der Betriebsleitung bedanken, dass es zu diesem Projekt gekommen ist. Ich möchte mich bedanken bei allen Teilnehmern der Projektgruppe, bei Frau Dr. Pankoke von der LWL-Denkmalpflege, bei Herrn Prof. Walter vom LWL-Institut für Regionalgeschichte, bei unseren Klinikseelsorgern Frau Koj und Herrn Dr. Mertin, bei Herrn Ehrig, der uns mit seiner landschaftsarchitektonischen Kompetenz begleitet hat, bei Herrn Schwager, der Mitimpulsgeber war für dieses Projekt, bei Herrn Dr. Westheider und Herrn Wedeking als Vertretern des Stadtmuseums Gütersloh, beim Personalrat der Klinik, bei den Mitarbeitern der Technik und der Gärtnerei, bei Herrn Haase für die gestalterische Beratung und Umsetzung des Projektes, bei Herrn Prof. Kronmüller und Herrn Loer sowie bei Frau Feischen. Sie alle haben in vielen z. T. sehr kontrovers geführten Diskussionen zum Gelingen beigetragen. Ich danke auch allen neugierigen Fragestellern, interessierten Bürgerinnen und Bürgern und wünsche mir, dass diese Orte des Gedenkens öffentliche Orte der Auseinandersetzung und Diskussion werden und sind.

Historische Einordnung der NS-Euthanasie.

Rede anlässlich der Einweihung der öffentlichen Gedenkstätte zur Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes am 29. Oktober 2014 im LWL-Klinikum Gütersloh

von Bernd Walter

Grundlage der NS-„Euthanasie“-Aktionen war der sogenannte Euthanasie-Erlass Hitlers vom 1. September 1939. Herr Löb hat den Kernsatz bereits zitiert. In seiner Formlosigkeit und in seinem Ermächtigungscharakter war dieser Erlass eine typische Schöpfung der Führerdiktatur Hitlers. Niedergeschrieben jenseits von juristischer Formulierungskunst und begrifflicher Präzision auf einem Briefbogen aus Hitlers Privatkanzlei mit dem Hoheitszeichen der NSDAP, schuf diese Willenserklärung des „Führers“ einen pseudolegalen Rechtszustand. Er reichte aus, um fortan eine verheerende Tötungsmaschinerie in Gang zu setzen und aufkommende juristische wie ethische Zweifel um ihre Wirkung zu bringen. Die westfälischen Patienten waren von der sogenannten Kinder-„Euthanasie“-Aktion, der Aktion zur Ermordung der jüdischen Patientinnen und Patienten, der „Aktion T4“ und den Verlegungen aus luftkriegsgefährdeten Gebieten, der sogenannten „Aktion Brandt“, betroffen.

Über 70 Jahre nach Erlass des sogenannten Euthanasie-Befehls fragt man sich überrascht, vielleicht verunsichert, dann aber mit einer zunehmenden Empörung, warum das Schicksal der vergessenen Psychiatrieopfer so spät Gegenstand unserer Erinnerungskultur wurde und noch immer wenig bekannt ist. Die wenigen Überlebenden leben heute nicht mehr und ihre Angehörigen sind häufig nach wie vor traumatisiert und stigmatisiert. Nur so kann ich es auch erklären, dass mich noch heute oder besser erst heute, fast 70 Jahre nach Kriegsende, Anfragen von Angehörigen erreichen, die etwas über das Leben und Sterben ihres Neffen, Vaters oder ihrer Tante in Erfahrung bringen wollen.

Stigmatisierung und Tabuisierung

Die rassenideologischen Wertsetzungen und die Prägung der öffentlichen Wahrnehmung von Menschen mit psychischer Erkrankung durch die

Nationalsozialisten wirkten und wirken offensichtlich sehr lange nach und haben sich tief in das Bewusstsein eingebrannt. Denn die Anwendung der Rassenfrage als zentrale Denkkategorie nationalsozialistischer Politik auf das eigene Volk und die Gesundheits- und Sozialpolitik musste von den Betroffenen und ihren Familien als Stigmatisierung empfunden werden, denn das hieß konkret: Annahme einer biologischen Ungleichheit der Menschen, Unterscheidung von rassistisch „Wertvollen“ und „Minderwertigen“ und Lebensauslese innerhalb eines Volkes durch den „Kampf des täglichen Lebens“. Dieses Menschenbild der Nationalsozialisten verlangte neue Grundsätze in der Gesundheits- und Sozialpolitik, da es die Verteilung von Leistungen unter den rassistischen Vorbehalt stellte und nur den erbgesunden, „wertvollen“ Volksgenossen zubilligte.

Als die Bundesregierung im Februar 1979 ihre Stellungnahme zur Psychiatrie-Enquête aus dem Jahre 1975 vorlegte, fragte man sich zurecht: „Woran liegt es eigentlich, dass die von der Enquête-Kommission geforderte grundlegende Reform der psychiatrischen Krankenversorgung noch in den Anfängen steckt?“ Damals wurde die geringe Durchsetzungsfähigkeit der Psychiatrie hinsichtlich der Realisierung der Reformziele in unmittelbarem Zusammenhang mit der historischen Glaubwürdigkeit der Psychiatrie gebracht, die sich seit 25 Jahren um den nationalsozialistischen Teil ihrer Geschichte herumgemogelt habe. Der Reformstau in der Psychiatrie wurde also auch mit der Tabuisierung ihrer Geschichte in der NS-Zeit erklärt.

Diese Tabuisierung, die in der Nachkriegszeit durch die politisch motivierte Gnadenpraxis in der Arbeit der Justiz und im öffentlichen Bewusstsein gefördert wurde, hatte wie die Stigmatisierung der Betroffenen ebenfalls nachhaltige Folgen. Sie hatte aus dem Bewusstsein getilgt, wie stark die Gesundheitsämter und Ge-

richte, das Personal der Anstalten und des Provinzialverbandes als Anstaltsträger Verantwortung trugen bei der Realisierung der konkreten Maßnahmen zur Erb- und Rassenpflege wie den Zwangssterilisationen und den Anpassungen der psychiatrischen Versorgung an rassenhygienische Grundsätze bis hin zur sogenannten Euthanasie. Aber warum hat die Durchführung dieser Maßnahmen nahezu reibungslos funktioniert und bei den Handelnden nur im Einzelfall Widerstand ausgelöst? Ich möchte Ihnen anhand weniger Beispiele zeigen, wie bewusstseinsmäßige Kontinuitäten, aber auch die allmähliche Radikalisierung durch Politik und Krieg bewirkten, das Lebensrecht der Menschen mit psychischer Erkrankung und Behinderung immer mehr einzuschränken und letztlich ganz in Frage zu stellen.

Die Zwangssterilisationen

Die Durchführung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 zeigt exemplarisch, dass trotz der politischen Epochenengrenze von 1933 soziale, ökonomische und bewusstseinsmäßige Kontinuitäten aus der Weimarer Republik wirksam blieben. Die Erfahrung, dass mit der Weltwirtschaftskrise und der Krise des Wohlfahrtsstaates ab 1929 auch das psychiatrische Versorgungssystem funktionsunfähig wurde, entlud sich in einer grundsätzlichen Kritik an den Grundlagen des Wohlfahrtsstaates und mündete in der Forderung nach eugenisch-rassenhygienischen Handlungskonzepten. Angesichts des „hoffnungslosen Elends“ und der begrenzten Ressourcen in der Krisenzeit bekam das Volk mit seiner Überlebensfähigkeit als Kategorie und Wert den Vorrang vor den Bedürfnissen des Individuums. Die Eugenik avancierte zur Leitwissenschaft für das gesundheitspolitische und fürsorgliche Handeln. Ohne Beachtung dieser Kontinuitäten ist die fast reibungslose Umsetzung des Sterilisationsgesetzes nicht zu verstehen. Der politische Wille der nationalsozialistischen Rassenhygieniker traf auf einen weitgehenden eugenischen Konsens in der westfälischen Ärzteschaft, so dass die Politik so gut wie keine Überzeugungsarbeit zu leisten brauchte.

Vor den Erbgesundheitsgerichten in Westfalen wurden von 1934 bis 1944 rund 36.500 Verfahren verhandelt, von denen sich 3.700 gegen Patienten aus den westfälischen Provinzialheilanstalten richteten und bei ca. 3.500 Patienten mit einer Anordnung der Sterilisation endeten. Die

vor allem aus erbbiologischen und ökonomischen Gründen getroffene Entscheidung, bei der Durchführung des Sterilisationsgesetzes mit den Anstalten zu beginnen, ist als Katalysator für die Durchsetzung rassenhygienischen Denkens in der Ärzteschaft und im Gesundheitssystem kaum zu unterschätzen.

Rassenhygienische Grundsätze in der psychiatrischen Versorgung

Die Ausrichtung der psychiatrischen Versorgung nach rassenhygienischen Grundsätzen begann, als die quantitative Entwicklung der Erbgesundheitsgerichtsverfahren bereits ihren Zenit überschritten hatte. Den entscheidenden Anstoß gab die Verkündung des „Vierjahresplanes“ im August 1936, der die Ausrichtung der Wirtschaft auf die Kriegsziele des Hitler-Regimes einleitete und alle Bereiche auf strenge Ausgabendisziplin und strikte Bewirtschaftung des vorhandenen Kräftepotentials einzwang. Der Provinzialverband verpflichtete alle Anstalten auf eine bessere Ausnutzung der Belegkapazität und auf eine Verteilung der ohnehin knappen Finanzmittel nach einem differenzierten Versorgungskonzept. So diente auch die Rückverlegung von ca. 800 Patienten aus den Anstalten in konfessioneller Trägerschaft in die Provinzialanstalten der wirtschaftlichen Anstaltsführung.

Wie Herr Löb bereits angesprochen hat, richtete sich die Versorgung der sogenannten Geisteskranken, Idioten und Epileptischen nach den Heilungschancen und der körperlichen Leistungsfähigkeit. Wurden sie gänzlich gemeinschafts- und arbeitsunfähig, so war die Fürsorge in einfachster Weise geplant. Die Behandlung dieser Kranken wurde jedoch als Frage von grundsätzlicher Bedeutung betrachtet. Hier wurde bereits 1937 die Frage der sogenannten Euthanasie aufgeworfen. Es war nichts Ungewöhnliches, dass auf der westfälischen Anstaltsdirektorenkonferenz, die am 16. Juni 1937 unter der Leitung Kolbows, des NS-Landeshauptmanns der Provinz Westfalen, tagte, die Unterbringung von sogenannten „abgelaufenen Fällen“ zeitgleich mit der Frage der „Euthanasie“ behandelt wurde. Diese letzte Konsequenz der Übertragung rassenhygienischer Grundsätze auf die Gesundheits- und Fürsorgepolitik wurde jedoch erst unter den Bedingungen des Krieges realisiert.

Die reichsweiten „Euthanasie“-Aktionen wurden zentral durch Sonderbehörden organisiert und

gesteuert. Da sie bei der Durchführung auf die Kompetenz und Kenntnisse lokaler und regionaler Behörden angewiesen waren, stellt sich die Frage nach deren Kooperationsbereitschaft. Ich kann hier nur einige wenige Aspekte, insbesondere zur Verantwortung der regionalen Verwaltung aufgreifen.

Die Kinder-„Euthanasie“-Aktion

Zunächst möchte ich die Durchführung der Kinder-„Euthanasie“-Aktion ansprechen, obwohl dieses Geschehen die Anstalt in Gütersloh nicht berührte. Es zeigt jedoch beispielhaft, wie im Handeln des Einzelnen ideologische und individuelle Motive zum Ausdruck kommen konnten. Dem Aufbau einer sogenannten Kinderfachabteilung in Niedermarsberg zur Beobachtung und Ermordung behinderter Kinder ging im Sommer 1940 ein Gespräch zwischen Kolbow und einem Vertreter der Berliner Zentrale voraus. Kolbow verhielt sich zunächst unter Hinweis auf die bereits in Süddeutschland laufende „Aktion T4“ äußerst ablehnend, schwenkte aber um, nachdem man ihm die Methoden und Prinzipien des

Reichsausschusses näher erklärt hatte. Kolbow befürchtete offenbar weitere kritische Reaktionen und Proteste, die der Beginn der Erwachsenen-„Euthanasie“ provokiert hätte. Nachdem die angemeldeten Bedenken ausgeräumt waren, verhielt er sich konstruktiv. Er empfahl die Anstalt in Niedermarsberg als geeignete Anstalt für den Reichsausschuss.

In seinen Tagebüchern berichtet Kolbow über eine Besichtigung der Marsberger Abteilung am 11. März 1941. Vor allem der Anblick eines zweijährigen Mädchens erschütterte ihn sehr, da diese Erfahrung überhaupt nicht zu Kolbows Vorstellungen über „fröhliche, derbgesunde und rassisch edle Kinder als Krone des Lebens“ passte. Kolbow, selbst Vater zweier Töchter (vier und neun Jahre alt), fühlte sich durch dieses Erlebnis „ganz und gar mit einer schweren Aufgabe ausgesöhnt“, die ihm die KdF auferlegt hatte: „Ich habe gesehen und mich überzeugt, daß alles in Marsberg vorbildlich gehandhabt wird, und nun will ich von mir aus doppelt dazu helfen, viel schweres Leid in unserm Volk zu lindern und dem Tode, der als gütiger Freund und



DER GRABSTEIN VON DR. HERMANN SIMON MIT EINER VON ZEHN NEUEN ERLÄUTERUNGSTAFELN



■ AUCH AUSGEWÄHLTE PATIENTENGRÄBER WURDEN MIT ZUSATZTAFELN VERSEHEN.

Erlöser naht, dankbar den Weg zu bereiten. Das Volk, das durch so viele Irrlehren der Kirchen falsch geführt wird, muss durch den Nationalsozialismus mit väterlicher Strenge dahin gebracht werden, daß es sich einsetzt in seinem Wirken und Streben nach dem Richtspruch „Der Sieg des Lebens ist der Sinn der Welt.“

Nachdem Kolbow seine Skrupel überwunden hatte, vertraute er aufgrund der klinischen Atmosphäre auf eine verantwortungsbewusste Handhabung durch die Ärzte, ohne sich mit den tatsächlichen Entscheidungsabläufen und Selektionsvorgängen zu befassen. Dass die Akzeptanz des „Erlösungs“-Motivs bei der Tötung der behinderten Kinder die Befürwortung der Erwachsenen-Euthanasie vorbereitet oder erleichtert hat, ist eher unwahrscheinlich.

Die „Aktion T4“ in Westfalen

Die „Aktion T4“, die ebenfalls der Kanzlei des Führers zur Umsetzung übertragen wurde und

der von Januar 1940 bis August 1941 reichsweit über 70.000 Geistesranke zum Opfer fielen, wurde von Kolbow von Beginn an unterstützt, da er die „Bewahrung unwerten Lebens“ als eine für einen Nationalsozialisten unerträgliche Aufgabe bewertete, erst recht, wenn es sich um sogenannte „abgelaufene Fälle“ handelte. Als er auf einer Wanderung im September 1941 mit der Aufregung der ländlichen Bevölkerung über die Tötung der Geisteskranken konfrontiert wurde, versuchte er vergeblich einem Bauern zu erklären, „dass es kein Verdienst des Staates sei, qualvolles Leben ohne Selbstbewusstsein des Kranken künstlich gegen den Willen der Natur zu erhalten und zu verlängern.“

Aus den Heilanstalten der Provinz Westfalen wurden vom 24. Juni bis 26. August 1941 2.890 Patienten in hessische Zwischenanstalten verlegt, von denen bis zum Stopp der „Aktion T4“ Ende August 1941 1.334 in der Gaskammer von Hadamar den Tod fanden. Die übrigen entkamen zwar dem Gas-Tod, aber nicht den folgenden, mit anderen Methoden durchgeführten „Euthanasie“-Maßnahmen. Aus der Anstalt Gütersloh waren von der „Aktion T4“ 350 Patientinnen und Patienten betroffen. Bereits im September 1940 hatte man 18 jüdische Frauen und Männer mit Ziel der Ermordung abtransportiert. Die Steuerung der Erfassungs-, Selektions- und Transportvorgänge lag in der Hand von Landeshauptmann Kolbow, das operative Geschäft vor Ort erledigten die Anstalten oder eine Kommission von Fachbeamten. Der Freiraum, der ihnen gewährt wurde, steht für die aktive Unterstützung der „Aktion T4“ durch die Verwaltungsspitze und unterstreicht deren Mitverantwortung.

Die Zentrale der Provinzialverwaltung in Münster hatte auch die Aufgabe, aufkeimende Proteste abzufedern. Selbst ein Protestschreiben des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen vom 26. Juli 1941, das durch eine geheime Mitteilung des Provinzialverbandes an die Anstalt Münster über bevorstehende Verlegungen ausgelöst wurde, beeindruckte Landeshauptmann Kolbow wenig. Auf einer Mitteilung des Oberpräsidenten Meyer, in der Angelegenheit zunächst nichts zu unternehmen, vermerkte er: „... daß ich sowieso nicht die Absicht gehabt hätte, mich durch den Brief des Bischofs ... irgendwie beirren zu lassen: die Aktion sei in Westfalen in flottem Fortschreiten und in 2 bis 3 Wochen beendet.“

Verlegungen im Rahmen der „Aktion Brandt“

Mitte 1943 wurde der Provinzialverband Westfalen im Rahmen der sogenannten „Aktion Brandt“ mit weiteren Forderungen zur Verlegung von Psychiatriepatienten konfrontiert. Mit der Verschärfung des Luftkrieges über Deutschland bildeten die Heil- und Pflegeanstalten unter der Regie des Generalkommissars für das Sanitäts- und Gesundheitswesen Karl Brandt die Manövriermasse bei den Katastrophenschutzplanungen zur Einrichtung von Hilfs- und Ausweichkrankenhäusern. Von den Maßnahmen zur Sicherung der Krankenhausversorgung in luftkrieggefährdeten Gebieten waren 2.846 westfälische Patienten betroffen, die im Zuge einer neuen Verlegungselle von Juni bis November 1943 nach Hessen, Süd-, Mittel- und Ostdeutschland verlegt wurden. In den meisten Zielanstalten führten Lebensmittelkürzungen, Überfüllung, Kälte und Krankheiten zu einem Massensterben, in einigen Anstalten wie in Hadamar, Meseritz-Obrawalde und Tiegenhof/Gnesen wurden Patienten massenhaft mit Medikamenten getötet. Aus Gütersloh waren von dieser Aktion 649 Patientinnen und Patienten betroffen.

Kolbows Bemühen, einen eigenen Handlungsspielraum bei den regionalen Planungen durch die Abwehr der Eingriffe zentraler Stellen zu sichern, wurde schnell von der Realität des Bombenkrieges eingeholt. Die geräumten Anstalten behielten lediglich so viel arbeitsfähige Kranke, dass sie den Anstaltsbetrieb mit seinen neuen Aufgaben weiterführen konnten. Von den ursprünglichen Funktionen blieb lediglich die Aufnahmemöglichkeit für Neuerkrankte aus den Aufnahmebezirken. Im April 1944, vier Monate vor seiner Amtsenthebung, musste Kolbow trotz ständiger Verteidigungsbemühungen gegen fremde Zugriffe eine ernüchternde Bilanz ziehen: „Von den 11.207 Anstaltsplätzen der Provinz habe ich bisher 9.450 geopfert, so dass nur noch 1.757 geblieben sind.“ Und diese teilten sich rund 5.500 Kranke. Deutlicher konnte die Erosion des psychiatrischen Versorgungssystems und damit auch einer der Kernaufgaben des Provinzialverbandes nicht zum Ausdruck gebracht werden.

Der Umgang mit den Opfern in der Nachkriegszeit

Die Geschichte der Nachkriegspsychiatrie war zunächst von Kontinuitäten geprägt. Natürlich markierte der 8. Mai 1945 das Ende eines Regimes und einer Psychiatrie, die sich mit mörderischer Konsequenz in den Dienst einer menschenverachtenden Ideologie hatte stellen lassen. Insoweit wird man zu Recht von einer Zäsur sprechen können. Aber die sogenannte Stunde Null hat es in der psychiatrischen Versorgungsstruktur so wenig gegeben wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Vielmehr springen Kontinuitäten ins Auge, die zum Teil zweckrational erklärt werden können, zum Teil aber den bitteren Beigeschmack des Skandalösen besitzen. Angesichts der äußeren Zerstörungen der Heilanstalten ist ohne weiteres nachvollziehbar, dass sich ihr Wiederaufbau an traditionellen Modellen orientierte. Angesichts der inneren Verwüstungen befremdet jedoch das Festhalten an bestimmten Personen, an überkommenen Konzepten und Leitbildern.

Im Gegensatz zu den Menschen, die aus rassischen, religiösen, politischen oder sozialen Gründen verfolgt, gefoltert und ermordet wurden, sprach man den Opfern von Psychiatrie-Verbrechen häufig den Opferstatus ab. Das lag daran, dass nur Wenige die „Euthanasie“-Aktionen überlebt hatten, und die „Euthanasie“-Opfer generell mit dem Stigma der erblichen „Geisteskrankheit“ belegt waren. Selbst in Gerichtsurteilen, die in „Euthanasie“-Prozessen nach dem Krieg ergingen, wurden sie zuweilen als „minderwertig“ diffamiert, und das Bundesentschädigungsgesetz von 1956 zählte sie nicht zu dem Kreis der NS-Verfolgten.

Die von mir dargestellten Fakten historischer Forschung, unser symbolisches Handeln hier in der Kirche oder Entschädigungsbemühungen sind aber im Grunde nur Teilziele. Es kommt darauf an, in welcher Weise die Erinnerung an das tausendfach erlittene menschliche Leid in der praktischen Arbeit heute gegenwärtig ist.



Bestattungen Lohmann

www.Bestattungen-Lohmann.de

Friedhofstraße 33

33330 Gütersloh

Tel. 05241/38202

Fax. 05241/533576

info@Bestattungen-Lohmann.de

Wir sind Tag und Nacht für Sie erreichbar und stehen Ihnen bei allen Entscheidungen und Formalitäten zur Seite.

Wir beraten Sie kostenlos über Möglichkeiten zur Bestattungsvorsorge.



- Organisation von Erd-, Feuer-, See- und Naturbestattungen
- Erledigung sämtlicher Formalitäten - eigene Abschiedsräume - Raum für Trauerfeiern
- Bestattungsvorsorge - Überführungen - Trauerdruck - Sarglager

Dorf - Minderstadt - Stadt

Zu den Entwicklungsphasen Güterslohs¹

von Friedrich Bernward Fahlbusch

Die heutige Stadtgeschichte arbeitet mit einem kombinierten Stadtbegriff, d. h. sie fragt mittels eines Kriterienbündels, ob in den Bereichen Recht/Verfassung, Differenzierung der Wirtschaft, Schichtung und Anzahl der Bewohner, Kultur sowie Topographie hinreichend urbane Kriterien erfüllt sind, um funktional und rechtlich von einer Stadt sprechen zu können. Modern gesprochen fragt man auch nach dem Grad an Zentralität. Werden nicht alle dieser Kriterien oder alle nur teilweise erfüllt, spricht man von einer Minderstadt, die sich allerdings deutlich von dorftartigen Siedlungsformen abgrenzen lässt.²

Es ist üblich, geschichtliche Abläufe in Epochen zu teilen, aber die allgemeinen Epochen der nationalen oder auch der europäischen Geschichte decken sich nur zu oft nicht mit den Entwicklungsepochen einer einzelnen Stadt. Für Gütersloh mag folgende Periodisierung seiner Geschichte hilfreich sein:

- die Zeit vor ca. 1200 - Entstehung im Dunklen
- ca. 1200 bis ca. 1500 - Mittelalterliche Dorfentwicklung
- ca. 1500 bis ca. 1850 - Das rhedaische Großdorf
- ca. 1850 bis ca. 1910 - Entwicklung moderner Urbanität und industrieller Durchbruch

- ca. 1910 bis ca. 1970 - Konsolidierung der Mittelstadt
- ab ca. 1970 - Der Weg zur „großen“ Stadt

Entstehung im Dunklen

Gütersloh entstand verkehrtlich abseits, eine günstige Furlage an überregionalem Straßenzug fehlte. Die nähere Umgebung ist nicht gerade fruchtbar zu nennen, durchschnittlich 27 Bodempunkte weisen eher auf Heidesand hin. Keine der konkurrierenden (politischen) Gewalten der Region wählte Gütersloh (oder seine nächste Umgebung) zum Herrschaftsmittelpunkt; ein Faktor, der etwa in Rietberg, Rheda, Wiedenbrück, Lippstadt oder Bielefeld Entstehung und Entwicklung einer Stadt begünstigte. Dennoch muss eine lokale Gewalt Interesse gehabt haben, denn sonst wäre eine Kirche unnötig gewesen. Ihr Pankrazpatrozinium deutet (nicht sicher) auf eine Entstehungszeit im späten 11., eher im 12. Jahrhundert, hin. Die Wahl des Patrons verweist deutlich auf einen adeligen Fundator hin. Man hätte also eine für die Zeit völlig typische adelige Eigenkirche ohne aber diese Adelsfamilie zu kennen.

Erst 1201 ist die Kirche als Pfarrkirche sicher bezeugt und erst 1241 ist der Meierhof (man darf annehmen mit Mühle) belegt. Ende des 12. Jahrhunderts sind (Zehnt-)Rechte des Osnabrücker Bischofs sicher greifbar, dem 1241 unstrittig der Meierhof gehört. Diese wenigen Fakten lassen zwei Erklärungsversuche zu: entweder gehen Kirche und Meierhof anfangs auf den Osnabrücker Bischof zurück oder dieser wird im 12. Jahrhundert Rechtsnachfolger einer Adelsfamilie, deren festes Haus der spätere Meierhof ist und die vor 1173 die Kirche begründet. Das Patrozinium deutet auf die zweite Möglichkeit hin.

¹ Dieser Skizze liegt ein Vortrag zugrunde, der am 25. November 2014 in der Apostelkirche gehalten wurde. Anlass war die Präsentation des Buches F. Bernward Fahlbusch, Gütersloh, Historischer Atlas Westfälischer Städte, Bd. 5 (=Westf., der Hist. Kommission für Westfalen, Nr. 24), Münster 2014. Die nachstehenden Ausführungen sind aller Vortragspunkte und aller Erläuterungen zum vorgenannten Werk entnommen. Sie verfolgen zwei Zwecke: einmal Gütersloh in die vergleichende Stadtgeschichtsforschung einzubetten, zum anderen der weiteren Forschung zur Geschichte Güterslohs Impulse zu geben, deren im Rahmen der Atlasarbeit nicht näher nachzugehen war. Die Belegangaben sind möglichst knapp gehalten; ausführliche Belege finden sich im o. g. Werk.

² Vgl. Franz Irzinger: Was machte eine mittelalterliche Siedlung zur Stadt?, 2003. Nachdruck in: Miscellanea: Franz Irzinger, Festgabe zum 65. Geburtstag, hg. von Volker Herrn u. a., Trier 2006, S. 469-486. Mindeststadt: siehe den Artikel „Minderformen, städtische“ im Lexikon des Mittelalters, in: Bd. 6, München 1992, Sp. 433f., dort weitere Schrifttumsangaben.

Eine dritte Hypothese kann nicht ausgeschlossen werden: ihr zufolge ginge die Kirchgründung direkt auf Ludolf von Oesede zurück, und da dieser seine (nicht näher bekannten) Rechte im Raum Gütersloh vom Osnabrücker Bischof Arnold von Berg bekam, revanchierte er sich damit, dass er das Pankrazpatrozinium für seine Kirchgründung wählte, einen Hauspatron der Familie von Altena-Berg und zudem ein passendes Adelspatrozinium. In diesem Fall wäre die Frühgeschichte Güterslohs in direkte Verbindung zur Entwicklung der Territorialpolitik der Osnabrücker Bischöfe gegen die Ansprüche Heinrichs des Löwen zu setzen.³ Nach dem erbenlosen Tod Widukinds von Rheda 1190 werden sich zudem weitere Möglichkeiten für den Osnabrücker ergeben haben.

Sicher ist: auf dem Meierhof muss eine Ministerialenfamilie die Rechte der Oesede bzw. die Rechte des Osnabrücker wahrgenommen haben. Von dieser Familie fehlt jede Spur - es sei denn, man mustert den örtlichen Niederadel und möchte diese Rolle von den Vorgängern der Avenstroths gespielt sehen.

Mittelalterliche Dorfentwicklung

Um 1200 ist alles vorhanden, was eine normale Dorfentwicklung als Voraussetzung bräuhete: eine Kirche, vermutlich als adelige Eigenkirche gegründet, d. h. auch ein Grundherr, dem die Siedlung am Herzen liegen sollte, ein Meierhof, eine Mühle, ein Territorialherr in der Person des Osnabrücker Bischofs, der versucht seine Herrschaftsrechte, v. a. Steuern und Gericht, zu systematisieren und auszubauen. In dieser Zeit findet in West- und Mitteleuropa ein ganz erheblicher Bevölkerungszuwachs statt. Zwischen ca. 1000 und ca. 1300 stieg die Einwohnerzahl Deutschlands recht sicher geschätzt um über 200%. Folgen waren zunächst die Siedlungsverdichtung, dann das Entstehen von Städten, dann die Ostsiedlung: Nichts spricht dagegen, diese „normale“ Entwicklung auch für Gütersloh anzusetzen, ausreichende Quellen liegen aber nicht

vor. Ob und inwieweit die klimatischen Rückschläge im frühen 14. Jahrhundert, ab Mitte dieses Jahrhunderts die Pestwellen und dann ab etwa 1365 die Fehdezustände zwischen Tecklenburgern, Lippern und Osnabrückern diese Dorfentwicklung beeinträchtigten, ist unbekannt. Einzelbelege, wie der Rietberger Besitz eines Hauses in Gütersloh 1223 oder die Kirche als Urkundsort, v. a. aber die deutlich bezeugten Baumaßnahmen an der Kirche im 15. Jahrhundert lassen eine Dorfentwicklung einschließlich einer dörflichen Selbstverwaltung, die sich in den Kirchherren repräsentiert, sicher erscheinen. Das 1516 bezeugte Gemeindehaus fällt ebenso wenig plötzlich vom Himmel wie der für 1520 bezeugte Speicherring. Erscheint eine Dorfentwicklung also spätestens ab dem ausgehenden 12. Jahrhundert sicher, so lässt sich über deren Größe und topographische Ausformung nichts sagen, außer dass man die Kirche, den Meierhof, den Speicherring, das Gemeindehaus und den Wedemhof verorten kann.⁴

Das rhedaische Großdorf

Heinz Stob prägte 1956 den von der Stadtgeschichtsforschung sofort übernommenen Begriff der „Minderstadt“ für diejenigen Siedlungsformen, die nicht mehr Dorf im eigentlichen Sinne, aber auch (noch) nicht Stadt im vollständigen Sinne der oben genannten Kategorien waren.⁵ Carl Haase legte 1960 ein unverändert grundlegendes Werk vor, betitelt mit „Die Entstehung der westfälischen Städte“. Er teilt die Zeit der Stadtentstehung in Westfalen von den Anfängen bis 1950 in zehn Schichten, die sich allerdings etwas unglücklich an den Epochendaten der allgemeinen Geschichte orientieren. Gütersloh taucht erst in der achten Schicht (1803 - 1871) auf. Haase rechnet die vielfältigen ab dem 14. Jahrhundert entwickelten minderstädtischen Formen zu den Städten. Das sind Siedlungen wie Vermold, Halle, Werther, Borgholzhausen.⁶ Hätte Haase sich näher mit Gütersloh befasst, so hätte er nach seinen eigenen Kriterien Gü-

tersloh als Minderstadt wahrgenommen und Gütersloh mutmaßlich seiner sechsten (1520 - 1648) oder siebten Schicht (1648 bis 1803) zugefügt, denn was spätestens nach 1491, dem offiziellen Ende der Auseinandersetzungen zwischen Lippe und Tecklenburg, unter Rhedaer Ägide begann, ist etwas, das die Bezeichnung „Entwicklung zur Minderstadt“ verdient.

In überschaubarer Zeit von gut 70 Jahren verstehen es die Rhedaer Herren, v. a. Konrad II. (geb. 1557) durch Maßnahmen der Territorialisierung sowohl ihre grundherrlichen, wie landesherrlichen Rechte gegen die konkurrierenden Interessen des Osnabrücker Bischofs zu konsolidieren und auszubauen. Der Bielefelder Vertrag von 1565 rundet diese Politik rechtlich ab - mit der Folge, dass sich das Kirchspiel Gütersloh nun auf zwei Territorien verteilte.⁷

Manche der Maßnahmen des Rhedaers sind gut bezeugt (v. a. wenn es Widerstand gab), wie die Errichtung der Neuen Mühle 1526 am Unterlauf der „Dahlke“, der Erwerb der Varenseller Erbschaft 1530, die Einführung der Reformation, also der Griff nach der Kirche, der Zugriff über einen ortsansässigen Vogt, die Aufsiedlung der Venne. Andere, wie die Aufsiedlung des Katthagens kann man nur erschließen, aber sicher belegt ist ein recht ansehnliches Ansteigen der Bevölkerungszahl.⁸

Folge der steigenden Bevölkerungszahl muss zwingend eine erhöhte Bautätigkeit, ebenso eine Differenzierung und ein Wachsen des Produktionssektors gewesen sein. Nicht damit Schritt hielt die rechtliche Entwicklung, v. a. die Weiterentwicklung der rudimentären Selbstverwaltung, und schon einmal gar nicht kam es zur Ausprägung eines eigentlich städtischen Aussehens in Grund- und Aufriss.

Zwei Umstände mögen dazu geführt haben, dass Carl Haase Gütersloh nicht als minderstädtische Siedlungsform erfasste. Es mag Zufall sein, dass sich kein Wigbold-Beleg wie für Harsewinkel 1592 und keine Weichbildgerechtigkeitsverleihung wie für Vermold 1654 archivisch erhalten hat. Wahrscheinlicher ist aber, dass es so etwas auch nie gegeben hat, weil der Rhedaer Herr sich keinen Nutzen davon versprechen konnte,

dem Dorf Gütersloh mehr (und freiere) Rechte zuzugestehen. So blieb die Siedlung rechtlich ein Dorf und entging dem scharfen Blick Carl Haases. Ob das Plädoyer für einen minderstädtischen Charakter Güterslohs Bestand haben wird, muss der Gang der Detailforschung zeigen.

Entwicklung moderner Urbanität und industrieller Durchbruch

Mit dem Vorgesagten ist man in eine Grauzone gestoßen: ab wann ist Gütersloh denn nun wirklich in jeder Beziehung, auch kulturell, als Stadt anzusehen? Kein Zweifel kann daran sein, dass die hier schlaglichtartig skizzierte mehrhundertjährige Entwicklung zur Stadt um 1850 in jeder Hinsicht abgeschlossen ist, was die Wahl dieses eher unerwarteten Einschnitts begründet. Jetzt ist dieser Prozess auch (endlich) rechtlich abgeschlossen: 1843 wird ein Bürgermeister, werden drei Stadt(verwaltungs)räte amtseingeführt. Und natürlich braucht die nun neue Selbständigkeit ein Symbol, ein Wappen, ein Siegelbild. Und das wird verliehen: unmittelbar nach Amtsantritt beantragt der Magistrat bei der zuständigen Regierung in Minden ein Wappen und begründet seinen Wunsch, ein Spinnrad zu bekommen mit „Rücksicht auf die feine Garnspinnerey, welche auch jetzt noch den Haupterwerbszweig Güterslohs bildet.“ Diesem Spinnrad soll als Zeichen des Fortschritts ein Falke zugefügt werden und das Motto „numquam retorsum.“⁹ Diese beiden Wünsche werden allerdings versagt - warum? Nun, für den Fortschritt war denn doch inzwischen der preußische Adler zuständig und die Devise „numquam retorsum“ war eine klare Frechheit, sozusagen bürgerliche Auflässigkeit, war dies doch die Wappendevise nicht nur der Welfen, sondern auch des Königreichs Westfalen gewesen, beides natürliche Feinde des preußischen Staatswesens; das eine bereits 1813, das andere dann 1866 besiegt (und einverleibt).

Bloße Ungeschicklichkeit oder doch eher verschleierte Protest gegen den neuen preuß-

³ Arnold v. Berg-Altena, 1173-1190 (geb. auf dem Kreuztag), Bf. von Osnabrück gehörte zur Koalition gegen Heinrich den Löwen. Eine Monographie zu Ludolf v. Oesede oder zur gleichnamigen Familie ist ein desiderat. Die urkundlichen Belege zu Ludolf lassen aufgrund ihrer Zeitdifferenz vermuten, dass es sich um wenigstens zwei Personen handelt.

⁴ Vgl. Fahlbusch, wie Anm. 1, Abb. 10, S. 6.

⁵ Vgl. Heinz Stob, Minderstädte. Formen der Stadtentstehung im Spätmittelalter, in: VSWG 46, 1959, S. 1-38.

⁶ Vgl. Carl Haase, Die Entstehung der westfälischen Städte, Münster 1960 (Veröff. des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde, Reihe 1, Heft 11), 4. Aufl. mit neuem Vorwort, 1984, S. 128f., 160, 204.

⁷ Vgl. dazu die Karte in: Fahlbusch, wie Anm. 1, Tafel 4: Das Kirchspiel Gütersloh zwischen der Herrschaft Rheda und dem Fürstbistum Osnabrück (Ant. Reckenberg) bis 1803.

⁸ Vgl. Erich Post, Gütersloh. Wenden und Wachsen, Gütersloh 1984.

⁹ Vgl. Stadtarchiv Gütersloh E 934 (unföldert). Dazu auch: Fahlbusch, wie Anm. 1, Anm. 44.



■ AUSSCHNITT AUS DEM URKATASTER VON 1822, 1:2500, NACH: FAHLBUSCH, WIE ANM. 1, TAFEL 1.

schen Landesherren, der 1815 Halle mit gerade einmal 1070 und Wiedenbrück mit 1833 Einwohnern zu Kreisstädten gemacht hatte - gegenüber Gütersloh mit deutlich mehr, nämlich 2300 Einwohnern? Möglich, wenn man berücksichtigt, dass die politische Grundausrichtung der tonangebenden Funktionsebenen eher vormärzlich-liberal zu nennen war. Dies allerdings ändert sich um 1850 unter dem Einfluss der Erweckungsbewegung recht gründlich, d. h., die Zäsur um 1850 wird auch mentalitätsgeschichtlich unterstrichen.¹⁰ Der Urkataster von 1822 (Abb. 1) und das Urmesstischblatt von 1844 zeigen noch deutlich den überschaubaren Baubestand am Anfang der vierten Epoche.

Diese ist v. a. durch private wie öffentliche Bautätigkeit gekennzeichnet, durch die verkehrliche Erschließung, letztlich durch den industriellen Durchbruch mit einer nun weit über Gütersloh vertriebenen, differenzierten Produktpalette. Gerahmt wird diese Epoche durch die Gebietserweiterungen, v. a. die Eingemeindungen von 1910. Im Halbjahrhundert von ca. 1860 bis 1910 werden die Einrichtungen moderner Kommunalfürsorge geschaffen: Wasserwerk, Kanalisation, E-Werk, städtische Sparkasse, Krankenhäuser. Zugleich bekommt das öffentliche Schulwesen die Grundzüge einer neuen Struktur - und mit dem Evangelisch Städtischen Gymnasium entsteht 1851 die erste überörtliche Einrichtung.

Von 1820 bis 1909 wächst die Einwohnerschaft um 326%, in Wiedenbrück nur um 228% - dabei hatte Wiedenbrück den Vorteil der Ansässigkeit der zentralen Administration. Fehlte dieser, so kam es wie in Rietberg nur zu 158% Wachstum, während es in Bielefeld 1197% Wachstum waren. In Rheda wächst die Einwohnerschaft um 260%. Diese unterschiedlichen Zahlen weisen auf zwei Faktoren hin, die ab jetzt kennzeichnend sind: die Industrialisierungswellen und der verkehrliche Anschluss. Das gegenüber Wiedenbrück größere Wachstum Rhedas kann direkt auf den Bahnanschluss, das gegenüber Gütersloh größere Wachstum Bielefelds in erster Linie direkt auf die eher begonnene Industrialisierung zu-

rückgeführt werden. Topographisch findet dieses Wachstum in Gütersloh v. a. seinen Ausdruck in der Gründung einer Vielzahl protoindustrieller Betriebe - in hohem Maße noch in Innenstadtlage. Die räumliche Enge führt zu Gebietserweiterungen, 1868 im Osten, in großem Stil dann 1910, bei gleichzeitiger Änderung der Verwaltung. Stadt und Amt Gütersloh werden nun eine Einheit.¹¹ Der wirtschaftliche Aufschwung, v. a. nach 1870, belegt sich auch durch eine im 19. Jahrhundert im regionalen Vergleich überproportional große jüdische Gemeinde.¹²

Konsolidierung der Mittelstadt

Das bis zum 20. Jahrhundert kaum gelenkte Wachstum der Stadt setzte sich fort, jetzt allerdings begleitet von den ersten Versuchen einer Stadtplanung. Befindet sich um 1900 noch ein Großteil der produzierenden Betriebe in Innenstadtlage, so ist in den Folgejahren eine Abwanderung in die Außenquartiere festzustellen. Beispielhaft dafür sei die Firma Bertelsmann genannt, die von der Münsterstraße über den Kirchplatz und die Eickhoffstraße ab 1975 schließlich endgültig den eigentlichen Stadtkern verlässt. Dem steht ein Funktionswandel des Zentrums gegenüber, in dem immer weniger produziert, aber immer mehr versorgt und verwaltet wird. Kriegszerstörungen und Sanierungsmaßnahmen führten zudem zu einer deutlichen Neuformung der Bausubstanz wie des Straßennetzes. In diesem Zeitraum treten zudem überörtliche Funktionen, erst als deutscher, dann als britischer Garnisonstandort hinzu, aber auch als Ansiedlungsort für die „Provinzialheilanstalt für evangelische Gemütskranke“. Als den formalen Abschluss mag man das Bielefeld-Gesetz betrachten, das zum 1. Januar 1973 Gütersloh (endlich) zur Kreisstadt macht, nachdem sich bereits zum 1. Januar 1970 durch die Neugliederung der Gemeinden in den Kreisen Bielefeld, Halle und Wiedenbrück erhebliche Änderungen der administrativen Grenzen ergeben hatten.¹³

¹⁰ Siehe dazu die sehr instruktive Arbeit von Katrin Wörner, Die Stadt und ihre Bürger, in: Geschichte der Stadt Gütersloh, hg. von Werner Freitag, Bielefeld 2001, S. 239f.

¹¹ Dies zeigen die Karten in: Fahlbusch, wie Anm. 1, Tafel 5: Wandel von Industrie und Gewerbe (in Auswahl) seit ca. 1900, 1:7500, Abb. 16, S. 10: Öffentliche Einrichtungen in Gütersloh seit ca. 1830.

¹² Näheres (inkl. Schriftumsverzeichnis): Helmut Göttem, Art. Gütersloh, in: Hdb. der jüdischen Gemeinden in Westfalen, Bd. Reg. Bez. Detmold, Münster 2013, S. 390-398.

Der Weg zur „großen“ Stadt

Zwar ist das terminologisch festgelegte Wort „Großstadt“, zumal die 100000-Einwohner-Grenze tatsächlich noch nicht erreicht wurde, zu vermeiden, aber allein der Bevölkerungsanstieg von 1970 bis 2011 um knapp 30% belegt, dass Gütersloh den Durchschnitt einer Mittelstadt längst verlassen hat – wozu nicht nur die weltweit engagierten Firmen beitragen, sondern auch die inzwischen weiter fortgeschrittene Differenzierung der Bevölkerungsstruktur, der Ausbau und die Differenzierung des Schulwesens, die Umgestaltungen des Innenstadtraums, die kulturelle Aufrüstung mit Stadtbibliothek und Stadttheater sowie weitere Aspekte. Auch mentalitätsbezogen deuten sich in kurzer Spanne gewaltige Veränderungen an: waren z. B. 1970 nur 3,7% der Bewohner ohne oder nicht-christlicher Religion, so stieg dieser Anteil bis 2000 auf 28%, sicherlich ein Menetekel für die lange erbittert sich hier gegenüberstehenden, dennoch bis 1890 auf die Pankraz-Kirche als Simultaneum angewiesenen Protestanten und Katholiken. Die dahinter stehenden Wandlungsprozesse aber sind

hier nicht mehr auszuführen. Das tägliche Ependlersaldo von 12000 ist wohl der beste Ausdruck der erreichten zentralörtlichen Funktionen Güterslohs.

Zum Schluss: Warum ist und sollte Gütersloh ein Fall für die vergleichende Stadtgeschichtsforschung sein? Gütersloh besitzt eine in weiten Teilen noch unklare Frühgeschichte, die sich durch intensive prosopographische Forschung und landesgeschichtliche Einbindung durchaus erhellen ließe. Gütersloh im 16. und 17. Jahrhundert ist ein gutes Beispiel für Siedlungsförderung in einem Kleinstterritorium, die letztlich in einer Stadtwerdung endet. Gütersloh ist für die Konfessionsgeschichte, nicht nur der frühen Neuzeit, sondern auch noch für das 20./21. Jahrhundert (v. a. Syrisch-orthodoxe Kirche von Antiochia) ein sehr instruktives Beispiel. Gütersloh weist in der Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts typische, zugleich auch untypische Züge auf. Vor allem aber: Gütersloh ist im 18. Jahrhundert funktional als Minderstadt einzuordnen, eine These, die der Prüfung und Verfeinerung bedarf.

Schlammkohle und gute Worte

Wie Schule sich 1945 neu erfand, am Beispiel der Volksschule Sundern II

von Wilfried Diekmann



SCHULE SUNDERN II (Bild: Stadtarchiv Gütersloh)

Im Herbst 1945 begann für mich die Schule. Dieses individuelle Ereignis wäre kaum nennenswert, würde es nicht in den Beginn einer neuen Zeit fallen.

Nach Jahren des Krieges und heftigen Bombennächten war Frieden eingekehrt. Amerikanische Soldaten saßen auf der Miele-Brücke, warfen bunte Bonbons in die Tiefe und schauten in un-

sere erstaunten Gesichter. Ich kam in die Schule Sundern II¹, die in Sichtweite des mächtigen Schornsteins der Firma Ruhentrost lag. Woran erinnere ich mich besonders? Kaum an das Gebäude, an diesen roten Backsteinbau, der uns für viele Jahre einen täglichen Anblick bot, auch nicht an die Uhr mit dem altertümlichen Zifferblatt, eher an den dunklen Eingang und das Innere eines Raumes, der gefüllt war mit Kindern

¹ Überblick: Rolf Lindemann, Der Kreis Gütersloh - Wirtschaftsraum und Identität, in: Der Kreis Gütersloh (Städte und Gemeinden in Westfalen, Bd. 11), Münster 2006, S. 23ff., hier S. 25-31, bes. Karte S. 32. Theres Sudbrück, Regionale Identität im Kreis Gütersloh - Die Auswirkungen der Gebietsreform 1973, Bielefeld 2004.

¹ Da die alte Volksschule in der Bauerschaft Sundern für die zunehmende Zahl der Kinder zu klein geworden war, entschloss man sich, den Schulbezirk zu verleinern und in Stadtnähe an der Oststraße einen Neubau zu errichten, der 1898 bezogen werden konnte. Diese neue Schule Sundern II war von Anfang an größer ausgerichtet als die bisherige und entwickelte sich schnell weiter: Zu den anfänglich vier Klassenräumen kamen in wenigen Jahren weitere vier hinzu. 1939 bekam die Schule eine Turnhalle auf einem Grundstück, das von Bauer Brügger geschenkt worden war. Erster Schulleiter wurde Lehrer Gubel.

und Eltern. So viele Kinder! Und Lehrer dazwischen, die dies und das regelten, nach Namen fragten und ob man Hefte hätte oder Schiefertafeln. Ein wenig Chaos alles. Eine Schiefertafel wäre mein größtes Glück, dachte ich, aber ich hatte nur ein Schreibheft. So musste es auch gehen, und so ging es auch. Mehr als an dieses erinnere ich mich nicht. Ich fand es anstrengend, nun jeden Tag in die Schule gehen zu müssen, schon der Kindergarten gefiel mir nicht, aber gegen die Schule könne man sich nicht wehren, sagten die Eltern, und das Gute wäre, dass ich in einem Jahr Lesen und Schreiben können würde. Vielleicht noch ein Wort zu dieser Schule. Sie hatte schon ihre Eigenheiten. Sie war geteilt in eine große evangelische und eine kleine katholische Abteilung mit gesonderten Eingängen und jeweils eigenen Schulhöfen wie auch speziellen Lehrpersonen. Und dann noch etwas: aus der Turnhalle war ein Kino geworden. Draußen prangten verführerische Plakate und kündeten von großen Abenteuern, von „Tom Mix dem Feuerteufel“ und dem „Tiger von Eschnapur“. Niemals durften wir bis an die Plakate heran, sondern mussten am Schulzaun stehenbleiben, sonst wäre der Schulleiter grimmig geworden. Natürlich gingen wir nachmittags manchmal ins Kino, wenn wir durch Sammeln von Altpapier oder Schrott das nötige Geld hatten und erlebten dann unsere Zauberwelten.

Das so spärlich erinnerte erhält eine starke Anreicherung durch die im Stadtarchiv Gütersloh aufbewahrten Dokumente aus dieser Zeit, die in der Akte E 1042 gesammelt sind. Jetzt kenne ich auch mein Einschulungsdatum genau: es war der 6. Oktober 1945. Nach dem Ende des schrecklichen Krieges und einer Phase des Chaos ordneten sich die Dinge langsam wieder. Mit einem Schreiben vom 5. Dezember 1945 erging die Meldung des Schulrats Westerbarkey an die Bürgermeister: „Alle Volks- und Mittelschulen des Kreises sind wiedereröffnet“. Diese Mitteilung wird mit einem Hinweis auf die genehmigten Unterrichtsfächer versehen.³ Vor diesem offiziellen Datum war aber eine Fülle von Vorbereitungen nötig, um so etwas wie Schule und Unterricht wieder entstehen zu lassen.

Die Schule Sundern II war gleich nach der Beset-

zung der Stadt am 2. April 1945 von den Amerikanern beschlagnahmt und als Strafgefangenenlager für die eigene Armee benutzt worden. Offiziell freigegeben wurde sie erst wieder am 1. September 1945.⁴ Im Bericht eines Augenzeugen werden Einzelheiten der Ereignisse genannt: „Das gesamte Schulgrundstück war sofort mit einem hohen Stacheldrahtzaun umgeben. Niemand hatte Zutrittsverlaubnis, auch nicht vorher zur Sicherstellung der wichtigsten Einrichtungen und Lehrmittel. Sämtliche Einrichtungsgegenstände wurden demoliert, verbrannt oder in den Luftschutzgräben vernichtet, ebenso alle Lehrmittel und Akten. Darum waren später auch keinerlei Aufzeichnungen über die Geschichte der Schule mehr vorhanden. Als das amerikanische Straflager verlegt wurde⁵, zog eine englische Einheit ein⁶, die zur Bewachung des in den Fabrikräumen Ruhenstroth eingerichteten Durchgangslagers für Zivilrussen eingesetzt war“.⁷

Für die Weiterführung der Schularbeit war es natürlich ein schwerer Schlag, dass sämtliche Akten vernichtet waren, auch Schülerlisten und Zeugnisse und Berichte über die Schule waren verloren. Das Wissen über den Zustand der Schule aus dieser Zeit entstammt mündlichen Angaben, die später schriftlich festgehalten wurden.⁸ Schon Monate vor Ende des Krieges war der Unterricht durch sich häufende Luftangriffe empfindlich gestört worden. Anfangs wurden nur die in der Nähe wohnenden Kinder bei Vollalarm nach Hause geschickt, die anderen gingen in den Luftschutzkeller der Turnhalle, später wurden die Kinder schon entlassen, wenn nur „Luftgefahr“ angesagt wurde. Beim ersten schweren Luftangriff auf Gütersloh am Totensonntag 1944 starben auch Kinder aus dem Schulbezirk. Bei weiteren Angriffen, besonders am 14. März 1945, kam auch die Schule zu Schaden und wurde geschlossen, weil kein Unterricht mehr möglich war. Die Kinder aus den oberen Klassen mussten helfen, Bombentrichter zuzuwerfen oder Straßen auszubessern.

³ Am 2. Dienstag, dem 2. April 1945, nahm die amerikanische Armee die Stadt ein und setzte den bisherigen Bürgermeister Josef Bauer ab und richtete eine Militärregierung im Rathaus. Leiter der Militärregierung und Stadtkommandant wird der US-Major Olsen. Ende Juni 1945 übergaben die Amerikaner die Stadt an die Engländer, die damit Hoheitsrechte haben.

⁴ Ende Mai 1945.

⁵ Mitte Juni bis Ende August 1945.

⁶ Wahrscheinlich Bericht des Lehrers Schramm.

⁷ Siehe Vermerk des späteren Rektors Ernst Verleger vom 1. Mai 1947. Danach stützen sich die Angaben über den Zustand der Schule auf Berichte der Lehrerin Romundt, des Lehrers Schramm, des Hausmeisters Pade und des Lehrers Obau.

Über zwei Monate konnten sich die Lehrer und Lehrerinnen nicht um die Kinder kümmern, weil Schule schlicht verboten war. Dafür mussten sie als Hilfskräfte in der Stadtverwaltung arbeiten und Lebensmittelkarten ausfüllen. Ende Mai 1945 organisierte die Kirche Religionsunterricht, der in Räumen der Fabrik Niemöller & Abel und im Konfirmandensaal an der Kirchstraße gehalten wurde. Hinzu kam im Juni die erste Kartoffelkäfer-Suchaktion, an der sich Lehrer wie Schüler beteiligten und bald darauf begann die Betreuung der Kinder wieder, aber nicht offiziell als Schule, sondern nur zum Singen und Spielen in der nicht zerstörten Nachbarschule Sundern I. Über die außerschulischen Tätigkeiten der Lehrerinnen und Lehrer während der Monate April bis August hatte die Schulverwaltung dem Bürgermeister Thöne⁹ gegenüber penibel Rechenschaft abzulegen.¹⁰

Am 18. August zogen die Engländer aus der Schule aus und gaben sie frei. Hausmeister Pade, der schon vorher davon erfahren hatte, war „sofort zur Stelle“, wie er schreibt und konnte gegen 10.30 Uhr mit Schutzmann Meier die Schule betreten. Sein Bericht klingt ziemlich dramatisch und zeugt von der Not der Zeit und der Verrohung der Sitten.

„Es bedurfte einer ernstlichen Drohung des Polizisten, um die vielen Zivilisten von einer Durchstöberung des Schulgebäudes abzuhalten. Und doch ist noch manches verschwunden. Der Filmapparat und das Radio waren nicht mehr aufzufinden. Auch 7 oder 8 der Wandtafeln, die Herr Strathoff in Reserve hatte, waren nicht mehr zu finden. Später noch wurde das Holz aus den Luftschutzgräben, das ich auf dem Hofe aufgestapelt hatte, von Leuten aus der Umgebung weggeholt“.¹¹

Als Augenzeuge kann später ein Lehrer diese Angaben noch ergänzen und deutlich machen, wie wenig der Schule geblieben war, um ihre Aufgaben zu erfüllen: „Die Schulbänke (waren) unter dem Dach der Turnhalle und auf dem Schuldach-

boden wild aufgetürmt. Ein Teil derselben in den Kochherden der Turnhalle verfeuert. Schränke und Pulte zertrümmert! Die Lehrmittel und die Bücherei waren schon Ende 1944 im Luftschutzkeller der Turnhalle sichergestellt. Die Kisten aber waren von den Arrestanten erbrochen, die Bücher und Lehrmittel zerrissen, auf dem Dachboden durcheinander geworfen und zum Teil zum Anfeuern gebraucht. Der Luftschutzkeller unter Wasser gesetzt!“¹²

Bevor der Unterricht wieder aufgenommen werden konnte, hatten Lehrer und Schüler des 7. und 8. Jahrgangs mehrere Wochen im Schulgebäude aufgeräumt. Nachdem die größten Schäden beseitigt waren, konnte an eine langsame Aufnahme des Schulbetriebes gedacht werden. Diese Phase wurde eingeleitet durch die Anmeldung der Schulneulinge in den Tagen vom 20. bis 22. August. Offizielle Eröffnung war dann am 1. Oktober 1945 mit den unteren Klassen. Die Lehrerin Romundt schrieb dazu:

„Erst am 6. Oktober 1945 begann der regelmäßige Unterricht in der Schule Sundern II mit der Unterstufe. Lehrkräfte waren Herr Oblau, Frä. Herkströter, Frau Warns und ich (Romundt). Am 1. November kam noch Frä. Weber hinzu, so daß wir nun auch die Mittel- und Oberstufe für einige Stunden kommen lassen konnten. Wir begannen ohne jedes Lehrmittel und ohne Bücher, bis zum 1. Dezember auch ohne Heizung.“¹³

Die Leitung der Schule wurde zunächst von Lehrer Oblau übernommen. Oblau war gerade Lehramtsanwärter geworden und konnte später scherzhaft sagen, dass er ein Schulleiter ohne Lehrerberaub gewesen war. Der Unterricht begann also wieder, aber als Fächer waren zunächst nur Religion, Heimatkunde und Rechnen gestattet, bald kam auch Deutsch hinzu, aber Geschichte und Erdkunde blieben verboten.

Die Unterrichtsbedingungen waren äußerst ungünstig. Es gab keinen Lehrplan, keine Lehrmit-

⁸ Paul Thöne (1910 - 1949), SPD, erster Nachkriegsbürgermeister in Gütersloh.

⁹ Anfrage des Bürgermeisters vom 23. August 1945 und Antwort des Lehrers Schramm. Danach wurden folgende Arbeitstätigkeiten der Lehrer genannt: Religionsunterricht, Kartoffelkäfersuche, außerschulische Beschäftigung der Kinder, Annahme der Anmeldungen der Schulkinder, Einsatz bei der Ausgabe von Lebensmittelkarten, laufende Verwaltungsaufgaben.

¹⁰ Bericht des Hausmeisters Pade über die Freigabe der Schule.

¹¹ Bericht von Herrn Schramm.

¹² Bericht Romundt.

² Brief des Schulrats an die Bürgermeister des Kreises zur Weiterführung an die Schulen vom 15. Dezember 1945, Stadtarchiv Gütersloh, E 1042.



■ EINE KLASSE DES EINSCHULUNGSJAHRGANGS 1945 IM JAHR DARAUF MIT LEHRERIN WINKLER

tel, keine Bücher, keine Hefte. Die Kinder schrieben auf Schiefertafeln oder hatten zusammengekauft Papier bei sich. Da manchen Kindern ordentliche Fußbekleidung fehlte, kamen sie bei schlechtem Wetter gar nicht erst zur Schule. Lehrer Oblau notierte:

„Das Dach der Schule war beschädigt; es regnete an verschiedenen Stellen durch. Zu Beginn des Winters war kein Brennmaterial vorhanden. Bei starker Kälte konnten deshalb die Hausaufgaben nur nachgesehen und neue aufgegeben werden. Die Lehrkräfte mussten trotzdem mehrere Stunden in der Kälte aushalten, da sie ja mehrere Klassen zu betreuen hatten. Im Dezember gab es zwar etwas Koks, aber der reichte nur bis Weihnachten. In den Weihnachtsferien wurden dann die 4 Westklassen mit Gasheizkörpern versehen, die aus der Turnhalle Kattenstroth-Nord ausgebaut wurden. Unsere eigene Turnhalle konnte nicht benutzt werden.“¹³

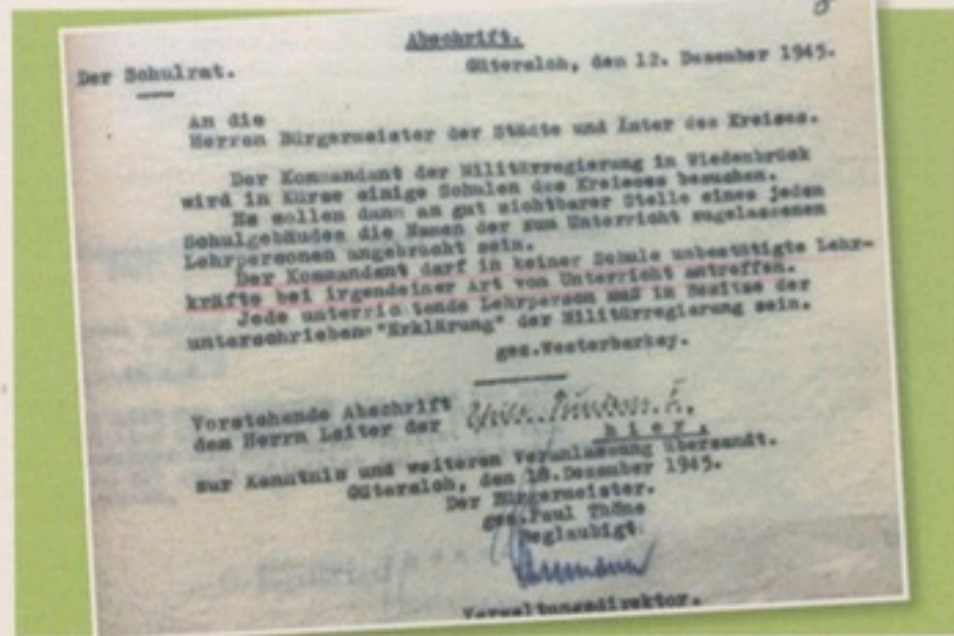
¹³ Aus dem Bericht des Lehrers Oblau über die erste Unterrichtszeit.

Scharfe Bestimmungen der Militärregierung mussten befolgt werden: jeder Wohnungswechsel war verboten¹⁴, nationalsozialistisches Lehrmaterial wurde eingesammelt und abgeliefert, die Namen aller tätigen Lehrkräfte mussten außen am Schulgebäude angebracht sein, denn ohne besondere Genehmigung der Militärregierung durfte niemand unterrichten. Der Kommandant besuchte die Schulen gelegentlich und kontrollierte die Einhaltung der Vorschriften.¹⁵

Erst ein Jahr nach Wiederaufnahme des Unterrichts konnte die Schule eine dauerhafte Leitung bekommen. Nach seiner Rückkehr aus französischer Kriegsgefangenschaft wurde dem Lehrer Ernst Verleger¹⁶, der seit 1926 schon zum Kolle-

¹⁴ Als Erläuterung zu diesem Erlass diente ein Schreiben der Militärregierung an die Schulkinder vom 28. November 1945. Darin wird deutlich, wie ablehnend das Verhalten der Einheimischen gegenüber Flüchtlingen war. In Abschnitt 2 heißt es: „Diese Maßnahme wird rückgängig gemacht werden, sobald das deutsche Volk gezeigt hat, daß es tatsächlich Interesse daran nimmt und fähig dazu ist, seinen weniger glücklichen Mitbürgern zu helfen. Die Hilfe, die durch Befolgung dieser Vorschrift gewährt wird, wird dazu dienen, die Lage zu verbessern, in der sich Hunderttausende befinden, die auf den winterlichen Straßen ohne jede Hoffnung umherwandern, ausgenommen das Vertrauen auf die Freundlichkeit ihrer deutschen Brüder.“

¹⁵ Siehe das Schreiben des Schulrats vom 12. Dezember 1945 an die Bürgermeister.



■ SCHREIBEN DES SCHULRATS AN DIE BÜRGERMEISTER (Bild: Stadtarchiv Gütersloh)

gium gehörte, mit Wirkung vom 16. Oktober 1946 die kommissarische Leitung der Schule vom Kreisschulrat Westerbarkey übertragen. Verleger war ein kritischer und energischer Kopf, dem das Wohl der Schule und der Kinder sehr am Herzen lag, obwohl seine raue Schale das nicht vermuten ließ. Als Verleger seinen Dienst antrat, hatte die Schule 546 Schüler in 13 Klassen, die in 6 Räumen unterrichtet werden mussten.¹⁷ Eine gewaltige Aufgabe in jenen Zeiten! Zu den täglichen Anforderungen kamen Diskussionen um gesellschaftliche Ordnungen. Die Neuausrichtung der politischen Landschaft hatte zur Folge, dass alte Besitzstände wieder angemahnt wurden. Es wurde besonders von katholischer Seite gefordert, an Stelle der bisherigen Ge-

¹⁶ Ernst Verleger (18. Januar 1905 – 7. April 1983), seit 1926 Lehrer an der Schule Sondern 2, von 1950 – 1964 dort Rektor. Die Schule erhielt 1954 den Namen Volksschule. Verleger war Mitbegründer des Allgemeinen Lehrerverbands und Lehrerverbandes in Gütersloh, dessen Mitglied er seit 1949 war.

¹⁷ Eigentlich hatte das Gebäude 8 Klassenräume, aber zwei davon mussten an die katholische Abteilung abgetreten werden.

meinschaftsschule die konfessionellen Volksschulen wieder herzustellen. Vor allem der Bischof von Paderborn war einer ihrer Fürsprecher. Und als eine Elternbefragung¹⁸ auf evangelischer Seite eine ebensolche Option ergab, war der Weg zurück zu den konfessionellen Schulen offen. Verleger hätte lieber eine „christliche Gemeinschaftsschule“ gehabt und war damit seiner Zeit weit voraus. Gegenüber Pastor Gronemeyer¹⁹ sprach er sich aus und erfuhr, dass das auch die Linie der evangelischen Kirche gewesen wäre bis eben zur katholischen Entscheidung. So wurde an der Schule Sondern II eine katholische Abteilung eingerichtet.²⁰

Ein anderes Ärgernis für Verleger war die Um-

¹⁸ Verleger kritisierte die Elternbefragung als unzulässig, weil es den Lehrern nicht erlaubt gewesen war, über den wahren Sachverhalt aufzuklären. So hätten die Eltern den Eindruck gehabt, sie müssten zwischen christlicher und unchristlicher Schule entscheiden und nicht zwischen christlicher Gemeinschaftsschule und Konfessionsschule. So wird hier eine falsche schulpolitische Weichenstellung vollzogen, die erst eine Generation später und unter schweren Kämpfen geändert wurde.

¹⁹ Paul Gronemeyer (1887 – 1976), geb. in Bödinghausen, seit 1931 Pfarrer in Gütersloh.

²⁰ Gütersloh hatte damit 8 evangelische und 2 katholische Volksschulen.



LEHRER ERNST VERLEGER IN JUNGEN JAHREN

wandlung der Turnhalle zu einem Kino. Sein Einspruch bei der Stadt erbrachte nur eine bissige Antwort des Kämmerrers:

„Wollen Sie uns die durch das Kino eingehenden Steuern bezahlen? – Die Stadt braucht Geld. Das Kino wird uns monatlich über 3000.- RM bringen; die Turnhalle tut das nicht; sie fordert sogar Aufwendungen für Pflege und Unterhaltung.“

Verleger deutete diese Ignoranz als das Zeichen einer Zeit, die „finanztechnische Gesichtspunkte“ über das Wohl der Kinder stellte. Der neue Schulleiter hatte noch lange mit den Unzulänglichkeiten einer demolierten Schule zu kämpfen. Pulte und Schränke standen ohne Türfüllungen da, Schlösser waren unbrauchbar, Tintenfassern fehlten. Die Handwerker kamen nicht. Lehrmaterialien und Bücher fehlten fast vollkommen, und in der Regel mussten sich mehrere Kinder ein Lesebuch teilen. Die Heizung war ein Problem, obwohl schon vier der Räume auf Gasheizung umgestellt waren. Aber der Gasdruck war oft so niedrig, dass an kalten Tagen nicht mehr als 10 bis 12 Grad erreicht wurden.

„Bei den Öfen“ – so schrieb Verleger – „mussten wir uns das Heizmaterial selbst besorgen. Aber es war trotz Geld und guter Worte nur Schlammkohle zu haben.“

Was an Pfählen und Brettern auf dem Schulhof zu finden war oder auch an alten Möbeln auf dem Dachboden, wurde zu Brennholz gemacht, auch Bäume des Schulhofs gefällt und mit der Firma Ruhenstroth gegen Feuerholz getauscht. Die Weihnachtsferien im Winter 1946/47 wurden um 14 Tage verlängert und auch danach konnte wegen der Kälte kein Unterricht stattfinden. Die Kinder kamen nur, um angefertigte Hausaufgaben abzuliefern und neue in Empfang zu nehmen. Auch eine interessante Art, Schule zu machen.²¹

Trotz dieser Verhältnisse bestand die Regierung darauf, die wenigen Monate Unterricht als ganzes Schuljahr anzurechnen, in der Hoffnung, das Versäumte würde man nachholen können. Die seit 1941 bestehende Herbststeinschule wurde abgeschafft und der Schuljahresbeginn wieder auf Ostern gelegt. Oblau sah in diesen Umständen

„die Ursache für die mangelnden Leistungen der Schüler in den folgenden Jahren.“

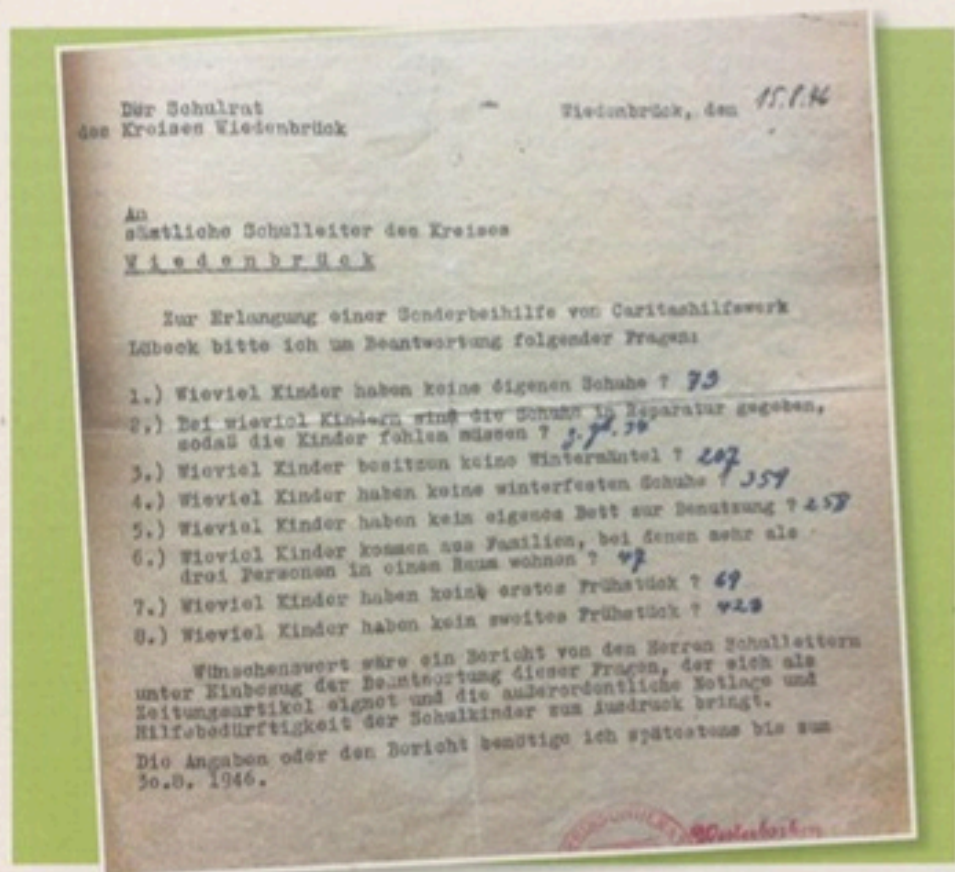
Zum Ende hin aber wurde doch noch alles gut, weil der Einschulungsjahrgang 1945 ein 9. Schuljahr anhängen konnte und bis 1954 blieb.

Die allgemeine Lebenssituation der Kinder war teilweise bedrückend. Auf eine spezielle Anfrage des Schulrates zur Situation der Kinder antwortete die Schulleitung: 73 Kinder haben keine eigenen Schuhe, bei 34 sind die einzigen Schuhe zur Reparatur, 207 Kinder besitzen keine Wintermäntel, 359 haben keine winterfesten Schuhe, 258 kein eigenes Bett, in 47 Familien wohnen mehr als drei Personen in einem Raum, 69 Kinder kommen ohne Frühstück, 423 haben kein zweites Frühstück.²²

Ein besonders gravierendes Problem für die Kinder war in der Tat der Mangel an Fußbekleidung. An Regentagen fehlten immer viele Kinder, so dass Verleger Ende November 1946 bei der Stadtverwaltung um Hilfe nachsuchte, aber mit

²¹ Dieses Verfahren wurde vom Landratsamt Wiedenbrück in einem Telefongespräch an den Stadtdirektor in Gütersloh vom 1. Februar 1947 angeordnet. „Betrifft Unterricht in Volksschulen und der Kreishauptschule. Die erforderlichen Kohlen zur Heizung der Schulen während der Frostperiode sind nicht vorhanden. Ab 3. Februar ist der Schulunterricht während der Dauer der Frostperiode deshalb in der Weise abzuhalten, daß die Schulkinder sich regelmäßig in ihren Schulen einfinden, um Hausaufgaben zu empfangen und erledigte Aufgaben abzugeben.“

²² Schreiben des Schulrats an die Schulleiter des Kreises Wiedenbrück vom 15. August 1946. Ziel der Erhebung war die Erlangung einer Sonderbeihilfe von Caritaswerk Lübeck.



SCHREIBEN DES SCHULRATS WESTERBARKEY AN DIE SCHULLEITER (Stadtarchiv Gütersloh)

nur geringem Erfolg. Dafür sprang überraschend der Fabrikant Wolf ein.

„Er kompensierte 29 Paar Holzschuhe und stellte sie zur Verfügung.“

Wo die Eltern sie nicht bezahlen konnten, übernahm die Schulkasse die Kosten.²³ Das grundsätzliche Problem war damit natürlich nicht gelöst. Bei der Stadtverwaltung häuften sich weiterhin Klagen, die das Fehlen von Kindern mit mangelnder Fußbekleidung begründeten. Die Stadt bemühte sich sehr, diesem Übel abzuhelfen und ließ nicht ab, genaue Zahlen zu bekommen. Kurz vor Weihnachten schrieb der Stadtdirektor an die Schule:

„Ich bitte, durch unauffälliges Beobachten feststellen zu wollen, ob und ggf. welche Kinder Ihrer Schule nicht im Besitze

guten oder einigermaßen guten Schuhwerks sind und aus diesem Grunde ohne Gefahr für die Gesundheit nicht zur Schule kommen können. Die Kinder dürfen von Ihren Feststellungen nichts merken. Ob und evtl. wie geholfen werden kann, vermag ich noch nicht zu sagen. Ich hoffe aber, daß sich ein Weg zur Hilfe finden lassen wird.“²⁴

²³ Eine solche Kasse durfte es eigentlich nicht geben, weil eine Schule ja kein Wirtschaftsvorhaben ist, aber die Zeitumstände brachten es mit sich, dass sich in den letzten Kriegsjahren aus den Erlösen der Altkamerabestimmungen beträchtliche Gelder angehäuft hatten, die auf mehreren Sparkonten deponiert waren, so dass jetzt bedürftige Kinder unterstützt werden konnten.

²⁴ Schreiben des Stadtdirektors der Stadt Gütersloh an den Herrn Leiter der Schule Sundern II vom 21. Dezember 1946, gez. Paul Thöne.

So konnte die Schule immerhin die Namen und Schuhgrößen von bedürftigen Kindern übermitteln. Ob die Stadt Abhilfe schaffen konnte, ist nicht dokumentiert. Auch wenn der Krieg vorbei war, normale Zeiten waren das noch lange nicht. Besonders angespannt blieb auch die personelle Situation. Manche der alten Lehrer waren nicht zurückgekehrt oder bekamen keine Unterrichtserlaubnis.²⁵ Von den neuen Kräften war nahezu die Hälfte im Lehramtsanwärter-Status und ohne besondere Schulerfahrung. 1947 kam durch Krankheitsausfall die Schule in eine „sehr mißliche Lage“, zeitweise standen für 563 Schüler nur 6 Lehrkräfte zur Verfügung, so dass nicht einmal die Hälfte des Stundensolls erreicht wurde.

„Von einem normalen Unterricht war da schlechterdings nicht mehr zu sprechen, und der Ostern 1947 abgehenden Klasse konnte deswegen nur in den Hauptfächern eine Zensur gegeben werden.“²⁶

Die Lage besserte sich nur langsam. Selbst dem Abgangs-Zeugnis des kommenden Jahres musste noch die Bemerkung hinzugefügt werden:

„Infolge zeitbedingter Umstände hatte die Klasse in den letzten Jahren stets nur 2/3 der zustehenden Unterrichtsstunden.“

Zu den innerschulischen Problemlagen kamen von außen weitere hinzu. Seit einigen Jahren trat der Kartoffelkäfer vermehrt auf und es drohten Ernteauffälle, die die sowieso sehr angespannte Ernährungslage noch verschärften. Die Schulen wurden deshalb verpflichtet, an der Kartoffelkäferbekämpfung teilzunehmen und ihre Schülerinnen und Schüler zu den Suchaktionen zu schicken. Ab dem 1. Juni 1946 wurden regelmäßig an einem Tag der Woche von 15 bis 18 Uhr Kartoffelkäfer gesucht. Die nötigen Weisungen für diese Aktion wurden im Rathaus erteilt. Dort wurde auch ein Suchplan erstellt, der möglichst eingehalten werden sollte. Bei un-

günstigem Regenwetter wurde die Aktion auf den nächsten Wochentag gelegt. Die Schule Sundern II hatte regelmäßig 15 Kinder abzustellen und am Ende jeden Suchtages erhielt der Stadtdirektor einen Bericht über den vorgefundenen Schädlingsbefall. Die drei besten Sammler der Schule erhielten eine erhöhte Brotration. Das Sammeln wurde bis 1950 durchgeführt und bedeutete für den Schulbetrieb eine gewisse Belastung und war manchmal auch bei den Bauern ohne „zustimmende Freude“, wie Rektor Verleger kommentierte.

Um die Gesundheitslage der Kinder zu verbessern, wurde von der Militärregierung schon Anfang 1946 in verschiedenen Städten die Schulspeisung eingeführt, und sie kam im Mai des kommenden Jahres auch nach Gütersloh. Nach dem Bericht des Rektors nahmen im ersten Jahr alle Schüler - bis auf 17 - an der Speisung teil. Die anteiligen Kosten wurden von den Eltern getragen, nur Flüchtlinge und Wohlfahrtsempfänger waren ausgenommen, bei anderen Bedürftigen sprang die Schulkasse ein, die immer wieder - so Verleger - durch den Fabrikanten Wellenbrink aufgestockt wurde. In den Monaten Mai bis Juli 1947 zahlte die Schulkasse 71,80 RM an Zuschuss. Die Gerichte wurden in großen Behältern geliefert und bestanden aus Gemüsesuppen/Erbsensuppen und süßen Speisen, die unterschiedlich beliebt waren.

„Zunächst wurden alle Speisen - auch die Erbsensuppen - mit Heißhunger verzehrt. Später wurden nur die süßen Suppen gern gegessen, und schließlich waren die Sonderzuteilungen an Schokolade und Fruchtstangen für sehr viele Kinder das Hauptzugmittel.“

Anfang Dezember 1947 wurde die Speisung beschränkt auf die Kinder mit Untergewicht, das vom Gesundheitsamt festgestellt werden musste. Für die Schule Sundern II nennt der Rektor Zahlen. Von 604 Schülern hatten 265 ein Untergewicht von 20% und 122 von mindestens 10%, so dass nahezu 2/3 der Kinder bedürftig waren.

So war Schule damals in den Zeiten des erstaunlichen Friedens nach dem hässlichen Krieg. Viel Besonderliches geschah und viel Gutes wurde getan. Auch wenn die Tage mit großen Problemen und Unsicherheiten beladen waren, kam der Schule in dieser wirren Zeit eine stabilisie-

rende Wirkung zu. Schon allein dadurch, dass Kinder in Ordnung zusammenkamen und sich gemeinsamen Aufgaben widmeten. Schule war auch ein Instrument der Integration. Flüchtlinge, Vertriebene und Einheimische lernten das Miteinander. Schule war zudem ein Garant für eine humane Kultur, die gleichwohl verschüttet, doch in Umrissen wieder sichtbar wurde.



Bring
Farbe
in dein
Leben

Maler- und Tapezier-
arbeiten vom Fachmann



**HAMBRINK
GRABKE**

GmbH & CoKG

Düppelstr. 3 · 33330 Gütersloh
Tel. 052 41/20898 · Fax: 052 41/25689
Email: hambrink-grabke@telnor.net

²⁵ Lehrerinnen 1940: 1. Frä. Gertrud Remundt, techn. Lehrerin, seit 1. Januar 1911 an der Schule, für den allgem. Unterricht eingesetzt, 2. Frau Gertrud Werns, Gemeindefürsorge, ab 10. Oktober 1940 im allgem. Unterricht eingesetzt, 3. Frä. Ruth Herkströter, Lehramtsanwärterin, ab 1. Oktober 1940, 4. Herr Obbau, Lehramtsanwärter, ab 1. Oktober 1940. Nach Internierung Herr Schramm von 23. Oktober bis Januar 1946 mit der Leitung der Schule beauftragt, 5. Frä. Lisa Weber, Lehramtsanwärterin, ab 1. Januar 1940, 6. ab Januar 1946 übernahm Lehrer Ludwig Trickert die Leitung der Schule Nordhorn die Leitung der Schule, 7. Frau Graden, Kindergärtnerin, ab Januar 1946 als Schulleiterin im allgemeinen Unterricht eingesetzt.

²⁶ Siehe Bericht Verleger.

Die Teilung der Gemeinheiten in Blankenhagen

Ein Beitrag zur bäuerlichen Geschichte Güterslohs

von Friedrich Bernward Fahlbusch

Heute können wir uns kaum noch vorstellen, dass früher große Teile der Landschaft nicht kultiviert, also in bäuerlicher Nutzung als Acker- oder Weideland, sondern Heide-land war. Diese Flächen wurden von den anliegenden Bauern gemeinschaftlich (daher Gemeinheiten, in Süddeutschland Allmende, genannt) zur Hude, also zum Weiden der Schafe, und zur Plaggenmaht, also zur Düngung der bewirtschafteten Flächen, genutzt. Übrigens kam es häufig zwischen den Bauern zum Streit, z. B. über die Trift, sprich Treibrechte (wer will eine Schafherde daran hindern, während des Treibens, d. h. der Trift, zu fressen?). Dies belegen eindrucksvoll die Strafeintragungen in den seit etwa 1640 vorliegenden Amtsstubenprotokollen der Herrschaft Rheda.

Der preußische König Friedrich II. hatte von der in England Ende des 17. Jahrhunderts mit großem Erfolg betriebenen Übergabe solcher Flächen in Privateigentum erfahren und dies zu einem für ihn wichtigen Thema gemacht. Das belegen zahlreiche Schreiben des Generaldirektoriums Berlin an die preußische Verwaltung in Minden, genannt Kriegs- und Domainenkammer, die in der Regel mit dem Satz enden:

„auf Seiner Majestät allerhöchsten Spezialbefehl.“

Friedrich war der Meinung, dass nur Privateigentum die Verbesserung der „Landescultur“ bewirken kann. Man erinnere sich an sein „Toleranzedikt“, dass er, gerade König geworden und 28 Jahre alt, im Jahre 1740 als Randnotiz an ein Gesuch um den Bau eines jüdischen Gotteshauses schrieb:

„und wenn Türcken und Heiden kämen und wollten das Land pöpliren (bevölkern, siedeln), so wollen wir ihnen Mosquien und Kirchen bauen.“

Ständig wurden die Beamten ermahnt, die Teilung der Gemeinheiten voranzutreiben. Der König drohte, dass sie bei Nichtbefolgen seiner Befehle in Ungnade fallen würden. Das letzte Schreiben dieser Art sandte Berlin an Minden im Jahre vor Friedrichs Tod.

Als Beispiel für die Vergabe an die Bauern in unserer Nähe nenne ich die Röhrheide in Isselhorst, damals zum Amt Brackwede und somit zu Minden-Ravensberg gehörend. Oberste Verwaltungsbehörde war die bereits genannte Kammer in Minden. Die Aufteilung geschah mit Datum vom 3. Juli 1775, betraf nur drei Bauern, nämlich Nieder- und Oberröhrmann sowie Reckmann und umfasste 119 Morgen. Nichts davon in der Herrschaft Rheda, zu der ja Gütersloh und mithin die Bauerschaft Blankenhagen seit 1565 gehörte.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts - ich beziehe mich auf den Kartensatz „Gütersloh im Kartenbild um 1822“, herausgegeben von der SpaDaKa in Verbindung mit dem Heimatverein - hatte die Bauerschaft Blankenhagen eine Größe von 4.410 Morgen. Davon wurden 3.351 Morgen von 61 Bauern bewirtschaftet, den Rest (1.059 Morgen) bildeten die aufzuteilende Lutterheide, die Schmeelingsheide und weitere kleine Heideflächen. Diese machten also etwa ein Viertel der Gesamtgröße der Bauerschaft aus.

Damit dürfte Blankenhagen vermutlich, sowohl was die Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche (aktueller Begriff: LNF) als auch die Größe der Gemeinheiten anbelangt, vor Sundern (2.540 Morgen), Kattenstroth (2.496), Pavenstädt (2.314) und Nordhorn (2.062) die größte Bauerschaft sein. Leider liegen genaue Zahlen zu den LNF der Bauerschaften Sundern bis Nordhorn nicht vor. Nimmt man die oben genannten etwa 25 Prozent - ein Satz, der in etwa dem ent-

spricht, den auch Brakensiek (Agrarreform und ländliche Gesellschaft. Die Privatisierung der Marken 1750 bis 1850, Diss. Paderborn 1991) verwendet - so kommt man für alle fünf Bauerschaften in Gütersloh auf 12.763 Morgen LNF (diese Zahl ergibt sich aus dem Kartensatz) und 4.034 Morgen Heideflächen, zusammen rd. 17.000 Morgen, 42,5 qkm. Heute hat Gütersloh eine Fläche von etwa 112 qkm.

Bereits im Jahre 1816 hatte der Meier zur Langert, Franz Victor Edeler, bei der Behörde den Antrag auf Teilung der Heideflächen gestellt. Langert war nach der Karte von 1822 der größte Hof mit 558 Morgen, also etwa 17 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Der Antrag wurde zurückgestellt, weil die Wiedenbrücker Landratsverwaltung noch im Aufbau begriffen war. Im Jahre 1822 wurden die, wie es hieß, von dem Ortsbeamten benannten Interessenten schriftlich über die bevorstehende Teilung informiert, die übrigen konnten der Lippstädter Zeitung, dem Paderbornschen Intelligenzblatt und dem Mindener Amtsblatt die amtliche Bekanntmachung entnehmen.

Die Vermessung der für die einzelnen Bauern vorgesehenen Parzellen (es nahmen aber nur 41 teil, davon fünf Bauern außerhalb Blankenhagens, z. B. Pomberg, Nordhorn Nr. 9, später Körnerstr. Ecke Brinkstr.) wird verständlicherweise einige Zeit in Anspruch genommen haben. Jedenfalls fand die Schlussverhandlung am 17. Mai 1828 in „Welpmanns Behausung“ statt (Blankenhagen Nr. 7), wie es im Protokoll heißt. Auf 75 Seiten wurde alles niedergeschrieben und detailliert dargestellt.

Allein die Beschreibung der neu anzulegenden Fuhr- und Fußwege wurde in 65 Punkten abgehandelt. Interessant ist, dass bei jedem teilnehmenden Bauern der Name des Grundherrn angegeben ist. Dazu eine kurze Erläuterung: obwohl die Bauern über viele Generationen das Land bewirtschafteten, waren sie nicht Eigentümer im heutigen Sinne, sie waren Eigenbehörige und damit abgabepflichtig an ihren Grundherrn (meist Adelige oder die Kirche resp. Klöster). Wollten Sie wegziehen, z. B. aufgrund einer Eheschließung, brauchten sie die Zustimmung des Grundherrn oder wurden mit einem anderen Grundherrn getauscht. Der Grundherr konnte den Bauernhof belasten oder an einen

anderen Grundherrn ohne Zustimmung des Bauern verkaufen. Die Aufhebung der Grundherrschaft geschah in Preußen nach verschiedenen nicht erfolgreichen Aktionen in großem Stil erst aufgrund eines Gesetzes von 1850. Gleichzeitig gründeten die Preußen eine Spezialbank in Münster, weil es zu dieser Zeit weder Genossenschaftsbanken noch Sparkassen gab. Die Ersteren entstanden weitgehend erst in den 1880er Jahren, die Kreissparkasse Bielefeld 1852 und die damals Städtische Sparkasse in Gütersloh erst im Februar 1863.

Von den 36 teilnehmenden Bauern aus Blankenhagen waren zwei Höfe frei, Stertkamp und Wulfhorst. Der Erstgenannte wurde in einer Abgabeliste aus dem Jahr 1637 als „tho Ohr“ als zum Hause Ohr (heute von Oer) in Legden im Kreis Borken gehörend, bezeichnet. Es waren noch andere adelige Häuser als Grundherren in Blankenhagen vertreten, nämlich die von Hove-stadt (bei Lippstadt), die von Ledebur, eine nicht ganz unbekannt Ministerialen-Familie in Minden-Ravensberg (Friedrich von Bodelschwingh war mit einer von Ledebur verheiratet) und die Familie von Wendt zu Crassenstein, ursprünglich nur als von Wendt aus der Gegend um Lemgo, später mit dem Zusatz zu Crassenstein auf dem heute noch bestehenden Schloss in der Nähe von Diestedde. Von dem Hof Wulfhorst ist die frühere Zugehörigkeit zu einem Grundherrn nicht bekannt. Der Meyerhof Langert gehörte zur Grafschaft Rietberg. Der mit deutlichem Abstand kleinere Meierhof Rassfeld (290 Morgen laut Karte von 1822) gehörte zum Kloster Marienfeld. Da aber 25 der 61 Höfe nicht teilnahmen, und zwar nicht unbedingt die kleinsten (z. B. Nr. 4, Kornfeld, mit 140 Morgen), kann man nicht sagen, wie viel von den genannten 3.351 Morgen zu Marienfeld bzw. zur Herrschaft Rheda gehörten. Der Zugewinn an Fläche für die Bauern war sehr unterschiedlich: Langert hatte die Teilung zwar ins Rollen gebracht, aber nur einen Zugewinn von 10 Prozent der bisherigen Größe. Meier Rassfeld erhielt 20 Prozent hinzu, Benkert sogar 30 Prozent. Nicht berücksichtigt habe ich hier die Bodenqualität: es gab drei Klassen.

Das Vertragswerk ist mit 75 Seiten sehr umfangreich. Allein die anzulegenden Wege werden in 65 Punkten abgehandelt. Die Urkunde schließt ab mit den Unterschriften der Bauern. Vertrags-

beteiligte, die nicht unterschrieben haben, sondern sich mit drei Kreuzen, bestätigt durch den Bürgermeister Haage, verewigt haben, bezeichnen sich nicht etwa als des Schreibens unkundig, sondern als im Schreiben „unerfahren“.¹ Übrigens hat der „Herr Fürst Emil von Bentheim-Tecklenburg Durchlaucht zu Rheda“, wie er im Text genannt wird, die Urkunde nicht selbst unterschrieben. Das besorgte für ihn der Fürstliche Domainen-Rentmeister Rötteken, und zwar in der Rhedaer Wohnung des Special- und Oeconomie-Commissairs Küntzel, am 22. Mai 1828.

Der vorliegende Aufsatz soll nur eine Hinführung zum Thema sein und macht die Lektüre des Vertragstextes nicht entbehrlich. Es wäre zu wünschen, dass er als Anregung verstanden wird, die im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Ostwestfalen, Detmold, vorhandenen Akten zu den Gemeinheitsteilungen in den anderen Bauerschaften zu bearbeiten.

¹ Im benachbarten Preußen galt seit 1717 die allgemeine Schulpflicht, in der Herrschaft Rheda gab es eine solche nicht. Die Kinder konnten die in Gütersloh bestehende Schule besuchen (siehe Eichhoff, Geschichte der Gemeinde Gütersloh, Faksimiledruck, Tigges, Gütersloh 1969, S. 248). Für eine Schule in Blankenhagen wurde im Rezess eine Fläche von 9 Morgen reserviert.

Lebensgeschichte meines Urgroßvaters Johann Heinrich Hornberg

von Walter Holtkamp

Johann Heinrich Hornberg wurde als Sohn des Erbpächters Franz Henrich Hornberg (* 23. Mai 1812) und Marie Agnesa Kampmann (* 26. März 1815) am 28. Juni 1842 in Hollen Nr. 1, heute Reithallenweg 62, 33334 Gütersloh, geboren. Seine Vorfahren väterlicherseits sind immer Landwirte bzw. Erbpächter oder Colon gewesen und lassen sich laut beigefügter Ahnentafel bis 1660 zurück nachweisen.

Johann Heinrich heiratete am 23. April 1871 Catharine Louise Flöttmann (* 20. August 1843). Die Trauung fand in Gütersloh statt. Aus der Ehe gingen fünf Kinder hervor, und zwar

1. Johann Heinrich Hornberg (* 7. Juni 1873)
2. Maria Louise Hornberg (* 30. April 1876)
3. Johanne Caroline Hornberg (* 6. Januar 1878, später Ehefrau von Heinrich Friedrich Holtkamp)
4. Marie Sofie Hornberg (* 15. November 1880)
5. Heinrich Friedrich Hornberg (* 18. Juni 1885)

Er erwarb bereits im oder vor dem Jahr 1874 an der heutigen Straße An der Insel 4 (früher Gütersloh 783, später Gartenstraße 47b, später verlängerte Baumstraße 47b) ein Baugrundstück von ca. 1200 qm (siehe Originalhandzeichnung des königlichen Katasteramtes vom 5. September 1901). Bereits am 25. November 1874 stellte er an das „wohlwöbliche“ Magistrat der Stadt Gütersloh den Bauantrag oder „Gesuch“, an der Gartenstraße ein Wohngebäude errichten zu dürfen (siehe Bauakte des Hauses An der Insel 4 im Stadtarchiv). Schon am 15. Dezember 1874 wird ihm die Genehmigung erteilt. Die Bauakte gibt ebenfalls darüber Auskunft, dass er im Jahr 1877 hinter dem erbauten Haus



■ JOHANN HEINRICH HORNBERG

eine Bretterbude ohne Genehmigung gebaut hat, die er laut Anordnung der Polizeibehörde (heute Baubehörde) im Jahr 1878 wieder abreißen sollte. Aufgrund seines Antrages vom 25. September 1878 wurde ihm jedoch nachträglich die Genehmigung von Bürgermeister Mangelsdorf (im Amt von 1874 bis 1908) erteilt, sodass er die Bretterbude stehen lassen durfte. Mit Zeichnung des Maurermeisters Aug. Voss vom 6. November 1893 beantragt Johann Heinrich den Bau einer Wagenremise und Grenzmauer. Nach Fertigstellung der Remise legt sein Nachbar Sessbrügger, Gütersloh 662, mit Schreiben vom 25. November 1893 Einspruch ein, der mit Schreiben vom 31. November 1893 negativ be-

A

us Leidenschaft für Ihren Alltag.

Persönlich, zuverlässig und nah
- Ihre Stadtwerke Gütersloh.

schieden wird. Ein Dachausbau, beantragt mit Zeichnung vom 24. September 1894, wird allerdings vom Stadtbauamt abgelehnt (revidiert). Mit Zeichnung des Maurermeisters Fritz Wiedeking aus Kattenstroth vom 4. Dezember 1903 beantragt er den Neubau einer Werkstatt (spätere Malerwerkstatt meines Großvaters Heinrich Holtkamp und meines Vaters Walter Holtkamp). Diese Zeichnung erhielt am 10. Dezember 1903 den Prüfungsvermerk des Stadtbauamtes und wurde gebaut. Damit endet die Bautätigkeit des Johann Heinrich Hornberg.

Weitere An- und Umbauten wurden später durch seinen Schwiegersohn Heinrich Holtkamp durchgeführt, dem er die Bauten vererbt hat. Aus den Bauakten und anderen Dokumenten sind auch die verschiedenen Berufsbezeichnungen des Johann Heinrich Hornberg zu entnehmen. Im Baugesuch vom 25. November 1874 nennt er sich selbst „Tagelöhner“. In der Baugenehmigung vom 15. Dezember 1874 wird er vom Bürgermeister mit der Berufsbezeichnung „Maschinenwärter“ angeschrieben. Hochinteressant ist eine weitere Berufsbezeichnung. In seinem Genehmigungsantrag hinsichtlich der Bretterbude vom 25. September 1878 unterschreibt er mit „Flurschütz“, auch in dem Genehmigungsschreiben vom 7. Oktober 1878 wird er vom Bürgermeister Mangelsdorf mit „Flurschütz“ Hornberg angeschrieben.

In diesem Zusammenhang erscheint wichtig, dass im Stadtarchiv Gütersloh ein handgeschriebenes Dokument des Bürgermeisters Mangelsdorf vom 24. April 1878 existiert, welches exakt die Aufgaben des Flurschützen beschreibt. Diese „Instruction für den in Stadt Gütersloh anzustellenden Flurschützen und Wegewärter“ beschreibt den Beruf wie folgt (auszugsweise):

- Der Flurschütz gehört zur Klasse der unteren Polizeibeamten.
- Er beaufsichtigt und sichert die Gärten, Äcker, Wiesen und deren Früchte gegen Entwendung und sonstige Beschädigung.
- Die Übertreter der Feldpolizeiordnung hat er nach Feststellung ihrer Persönlichkeit zum Rathaus zu bringen und dem Polizeibeamten zu übergeben.
- Bei Feld- oder Gartendiebstahl hat er die entwendeten Gegenstände nebst zu deren Fortschaffung dienenden Gefäße, Körbe, Kannen, Wagen, usw. zu beschlagnahmen.

- Er hat die Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu befolgen bei Vergehen gemäß § 370: unbefugte Entfernung von Erde, Steine oder Rasen von öffentlichen oder privaten Wegen, oder aus Grundstücken, welche einem anderen gehören; Abgrabung von Erde, Lehm, Sand, Gras oder Mergel, Hauen von Plaggen oder Bülden, Wegnahme von Rasen, Steinen oder ähnlichen Gegenständen.
- Er hat sich außerdem als Wegewärter mit der Herstellung und Instandhaltung der ungepflasterten Wege nach Maßgabe der ihm von Seiten des Bürgermeisters oder eines Rats Herrn zu erteilenden Anweisungen zu beschäftigen.
- Die zu den Wegearbeiten erforderlichen Utensilien wie Harke, Sparten, Schaufel, usw. werden dem Wegewärter von der Stadt geliefert.
- Überhaupt hat der Flurschütz und Wegewärter alles unweigerlich, pünktlich und treu zu tun, was ihm innerhalb seines Berufs von seinem Vorgesetzten aufgetragen wird.
- Als Dienstabzeichen trägt der Flurschütze und Wegewärter auf der linken Brust über dem Rock ein Messingschild mit der Inschrift „Flurschütz Stadt Gütersloh“. Seine Dienstmütze besteht aus schwarzem Tuch mit dunklen Kopfstreifen, an der Schirmseite der Mütze hat er einen schmalen Messingstreifen mit der oben genannten Inschrift zu tragen.
- Der Flurschütz und Wegewärter wird auf vierjährige Kündigung angestellt.

Da diese „Instruction“ des Bürgermeisters im April 1878 geschrieben und Johann Heinrich Hornberg in der Baugenehmigung vom 7. Oktober 1878 durch den Bürgermeister mit der Bezeichnung Flurschütz angeschrieben wurde, gilt es als sicher, dass er der erste Flurschütz der Stadt Gütersloh war. Dieses wird ebenfalls nach seinem Tod in einem Nachruf der Stadt Gütersloh in der Gütersloher Zeitung vom 23. Februar 1925 deutlich:

„Veteran Heinrich Hornberg ist gestern morgen infolge Altersschwäche verschieden. Der Verstorbene war eine stadtbekannt Persönlichkeit. Bei fast allen seinen Kriegskameraden, die ihm im Tode vorangingen, gab er auf dem Friedhofe mit Böller den Ehrenschat ab. In seinen jüngeren Jahren war er als Flurschütz bei der Stadt angestellt. Nach einem arbeitsreichen Leben möge er in Frieden ruhen. Ehre seinem Andenken.“

Die Böller erinnern mich an die Erzählung meines Vaters Walter Holtkamp (* 1906), Enkel von Johann Heinrich Hornberg, dass er bei dem jährlich stattfindenden Landwehrfest auf dem Dreiecksplatz ebenfalls beim Absenken der Fahne Böllerschüsse abgegeben hat. Die Böllerkonone stand allerdings weit entfernt vom Dreiecksplatz auf der Anhöhe der alten Brauerei über den Brauereikellern. Da zu dieser Zeit eine Verständigung per Handy nicht möglich war, wurde das Signal zum Böllern von drei an jeder Straßenecke stehenden Männern durch Wedeln mit einem weißen Taschentuch angezeigt. Auf diese Weise war auch schon um die Jahrhundertwende 1900 eine Verständigung ohne Sprachübermittlung möglich.

Johann Heinrich Hornberg überlebte seine Frau Luise, die am 10. Oktober 1913 verstarb, um fast 12 Jahre. Er starb am 22. Februar 1925 in

Gütersloh im Hause An der Insel 4. Auch in der Familienanzeige, die in der Zeitung erschien, heißt es:

„Nach Gottes heiligem Willen verschied in der Frühe des Sonntags infolge Altersschwäche unser lieber guter Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater, der Veteran Heinrich Hornberg im 83. Lebensjahre.“

Quellen

Der Text basiert auf Erzählungen meines Vaters Walter Friedrich Heinrich Holtkamp und überlieferten Dokumenten aus dem Familiennachlass sowie auf Dokumenten, die das Stadtarchiv Gütersloh freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.

Ludwig Friedrich Ruhenstroth

Schafzüchter und Gastwirt in der Neuen Welt oder ...
Warum es in Nevada eine Feuerwehr Ruhenstroth gibt

von Edmund Ruhenstroth

LinkedIn brachte es ans Licht! Dieses Facebook-ähnliche Netzwerk bescherte uns jetzt unerwarteten Familienzuwachs aus den USA, genauer gesagt, zunächst einmal den Kontakt zu den Nachfahren der Familie von Ludwig Friedrich Ruhenstroth. Shannon Tadlock hatte im LinkedIn-Netzwerk den Namen Ruhenstroth entdeckt und schrieb uns, sie sei eine Nachfahrin besagter Familie. Diese überraschende Mitteilung löste natürlich bei uns hektische Nachforschungen aus. Gern haben wir Shannon geholfen, ihre Familie bis auf den Hof Ruhenstroth, Sundern Nr. 5, zurückzuerfolgen.

Die uns jetzt bekannt gewordene Geschichte von Ludwig Friedrich Ruhenstroth und seiner Familie in Amerika beginnt eigentlich mit Jake Rodenbach, einem 18jährigen Deutschen, der nach Carson Valley in Nevada kam, um reich zu werden. Und er war einer der ersten, die in den Pine Nut Mountains Gold fanden. Das geschah fünf Jahre bevor Nevada amerikanischer Bundesstaat wurde. Später führte er einen der größten Silberabbaubetriebe in Douglas County und lieferte zudem Kohle an die Prägeanstalt in Carson City sowie andere Minenbetriebe. Dann baute er ein Rasthaus, in dem Reisende einkehren und ihre Pferde getränkt werden konnten bevor sie sich auf den Weg zu dem nach ihm benannten Berg machten. Als in den 1890er Jahren der Bergbau zum Erliegen kam, befasste sich Jake Rodenbach auf seiner Farm mit der Schafzucht und dem Anbau von Alfalfa. Nach dem Tod von Jake und seiner Frau Delilah kaufte dann der deutsche Einwanderer Ludwig Friedrich Ruhenstroth das Anwesen (Farm und Rasthaus) für den damals stolzen Betrag von 20.000 Dollar.

Ruhenstroth, geboren am 20. April 1857 in der Gütersloher Bauerschaft Sundern, brach Ende des 19. Jahrhunderts in die so genannte Neue

Welt auf und wurde später in Gardnerville, Nevada, sesshaft. Über seine ersten amerikanischen Jahre wissen wir wenig, vielleicht ging er ebenfalls auf Gold- oder Silbersuche oder fand zumindest Arbeit in diesem Metier. Am 9. Mai 1900 heiratete er in Alpine County (Kalifornien) Ida Marie Sophie Bassmann, die am 11. Oktober 1879 geboren wurde und am 29. Dezember 1958 in Nevada verstarb. Nach der Heirat bewirtschafteten die beiden eine Farm in der Nähe von Centerville Lane und widmeten sich der Schafzucht und dem Anbau von Alfalfa. Das Ehepaar hatte neun Kinder, darunter auch Viola, die Großmutter der eingangs erwähnten Shannon Tadlock.

Die Eltern von Ida Bassmann waren Heinrich Bassmann aus Hannover (1845 - 1925) und Marie Christine Wilhelmine Elges aus Steinhagen (1855 - 1917). Die Schwiegereltern von Ludwig Friedrich Ruhenstroth sind ebenfalls nach Nevada ausgewandert, denn wir wissen, dass sie in Minden, Nevada, eine Besitzung hatten. Hier lebte Ida nach dem Tod ihres Mannes Ludwig Friedrich etliche Jahre bevor sie kurz vor ihrem Tod in das Ruhenstrothsche Haus zurückkehrte und von ihren Töchtern Jennie und Lois gepflegt wurde. Aber zurück zu Ludwig Friedrich Ruhenstroth, einem Sohn der Eheleute Peter Hinrich Ruhenstroth und Catharina Charlotte Fritzenkötter. Über diese Eltern ist die Verbindung zum Hof Ruhenstroth (heute BIO-Hof Höner) in Sundern aktenkundig. Und damit ist Ludwig Friedrich Ruhenstroth natürlich auch ein interessanter Fall für die Familiengeschichte dieser bekannten Gütersloher Sippe.

Mit dem Kauf der Rodenbach-Farm hatte die Familie Ruhenstroth nun zwei Anwesen. Das eine lag am Fuße der Sierra Nevada und das andere erstreckte sich von den Pine Nut Mountains bis zum Carson River. Mit geschickter Arbeitsteilung

versuchte die Familie die Raststation zu betreiben und gleichzeitig mehrere tausend Schafe zu halten sowie die Alfalfa-Felder zu bewirtschaften. Das aber war zu viel und so wurde die Raststation 1917 geschlossen. Nach 1909 wurde ein zweigeschossiges Haus aus roten Ziegelsteinen gebaut, die Kosten betragen 7.000 Dollar. Sohn Louis, der bis dahin immer auf der Ranch gearbeitet hatte, kam 1948 bei einem Motorrad-Unfall ums Leben. Das traf die Familie schwer. Sein Bruder Henry übernahm nun die Führung der Ruhenstroth-Ranch und verlegte sich ausschließlich auf den Anbau von Alfalfa. Die Schafzucht wurde eingestellt. Unter Henrys Leitung wurde eine Scheune auf der Ranch zur Unterkunft für die Arbeiter umgebaut und die Remise zu einem Gästehaus umgestaltet. Im Zweiten Weltkrieg war Henry Flugzeugpilot gewesen und gleichzeitig im Tal als guter Kühlschrank-Reparateur bekannt. Er hatte zwar keine entsprechende Ausbildung, wurde aber stets gerufen, wenn irgendwo ein Kühlschrank streikte. „In seinem Kopf müssen immer die Geschäfte laufen“ erinnern sich alte Einwohner von Carson Valley. Die Ruhenstroths waren fleißige und grundehrliche Leute und brachten es zu Wohlstand und Ansehen. Milton Manoukian, der Anwalt von Henry, Jennie und Lois Ruhenstroth sagte einmal:

„Sie waren sehr sparsam, ultrakonservativ und sehr rechtschaffen. Ich wäre pleite gewesen, wenn alle meine Klienten so gewesen wären wie die Ruhenstroths. Wenn sie dir vertrauten, dann kam man ins Geschäft. Und wenn ich ihnen tatsächlich mal eine Rechnung schickte, dann bezahlte Henry gleich am nächsten Tag. Jede Woche hielten sie ein Geschäftstreffen in Gardnerville ab.“

Wie berichtet hatten Ludwig Friedrich Ruhenstroth und Ida Bassmann neun Kinder. Zwei von ihnen, Eva-Grace und Warren, starben bevor sie zwei Jahre alt wurden. Die anderen halben fleißig mit, die beiden Farmen zu bewirtschaften. Als sie jedoch nach und nach heirateten und wegzogen, wurden die Arbeitskräfte auf den Anwesen immer weniger. Ludwig Friedrich Ruhenstroth, in seiner neuen Heimat als Louis Frederik bekannt, starb im Dezember 1935 im Alter von 78 Jahren. Er liegt auf dem Friedhof in Gardnerville begraben. Die älteste Tochter, Luwine, heiratete Henry Bassmann und zog nach Petaluna,



■ DIE GRABSTÄTTE VON LUDWIG FRIEDRICH RUHENSTROTH UND IDA MARIE SOPHIE, GEB. BASSMANN AUF DEM FRIEDHOF IN GARDNERVILLE (NEVADA/USA)

Kalifornien, wo beide eine Hühnerfarm hatten. Rubel wurde mit ihrem Ehemann Alfred Nibe in Cotati, Kalifornien, sesshaft. 1964 wurden die beiden Farmen verkauft, Henry, Jennie und Lois zogen nach Carson City, während Viola nach Gardnerville ging. Man besuchte sich fast wöchentlich. Die beiden jüngsten Töchter, Jennie (mittlerweile 98 Jahre alt) und Lois (95 Jahre alt) leben immer noch (Stand: Oktober 2011) allein in ihrem Haus in Carson City. Ihre Großnichte Shannon schreibt dazu: *„Keine von beiden hat jemals geheiratet und sie haben keine Kinder. Mein Mann und ich versorgen sie, soweit sie das zulassen; denn sie sind sehr stur und eingefahren in ihren Gewohnheiten.“*

Vielleicht kann man dies als westfälische Note bezeichnen. 2007 wurde von ihnen berichtet: *„Sie verbringen ihre Zeit damit, in der Bibel zu lesen, Jeopardy und Glücksrad im Fernsehen anzuschauen und sie lieben es zu backen und Verwandte zu besuchen.“*

Zu diesen Verwandten zählen in erster Linie die Vettern Billy und Alvin Stodieck. Die beiden alten Damen sind übrigens die letzten noch lebenden Trägerinnen des Namens Ruhenstroth in dieser Familie.



■ LOIS UND JENNIE RUHENSTROTH IN IHREM HAUS IN CARSON CITY (NEVADA/USA) (im Oktober 2011 95 bzw. 98 Jahre alt)

Die Familie gründete den „Ruhenstroth Family Treuhandfonds“ und wandelte einen Teil des Besitzes in eine Schenkung um. Heute steht dort das Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Ruhenstroth. Und so bleibt der Familienname in Nevada, wenn schon nicht durch Personen, so doch wenigstens durch die örtliche Feuerwehr erhalten. Und - mal ganz ehrlich - wer hat denn schon eine Familienfeuerwehr?

Zum Schluss dieser kleinen Familiengeschichte sei eine persönliche Bemerkung erlaubt: Ludwig Friedrich Ruhenstroth war nicht der einzige Güterlöser Auswanderer. Geschichte und Geschichten derer, die aus der Dalkestadt in die Welt hinaus zogen, sind interessant und spannend. Sie sollten erforscht, aufgeschrieben und erhalten werden. Sie sind zu wertvoll, um einfach vergessen zu werden.



■ DIE FREIWILLIGE FEUERWEHR RUHENSTROTH IN GARDNERVILLE (NEVADA/USA)

Quellen

Daten, Fakten und Fotos erhielten wir via internet von den Nachfahren der Familie Ruhenstroth aus Nevada. Der Detailgenauigkeit wegen wurden einige kurze Passagen wörtlich übernommen.

Anhang

(Mit den Eltern von Ludwig Friedrich Ruhenstroth wird die Verbindung zum Hof Ruhenstroth, Sundern Nr. 5, aktenkundig)

Ruhenstroth, Peter Hinrich
* 13. März 1817, † 19. Juni 1871

1. Januar 1857
Fritzenkötter, Catharina Charlotte
* 10. Januar 1835

Die amerikanische Familie

Ruhenstroth, Ludwig Friedrich
* 20. April 1857, † 28. Dezember 1935

9. Mai 1900 in Alpine County (Kalifornien)
Bassmann, Ida Marie Sophie
* 11. Oktober 1879, † 29. Dezember 1958

(Die Eltern von Ida Bassmann waren Heinrich Bassmann aus Hannover und Marie Elges aus Steinhagen)

Die Kinder

1. Ruhenstroth, Luwine
* 15. September 1901
(Heirat mit Henry Bassmann)

2. Ruhenstroth, Henry William
* 11. Februar 1904
(Heirat mit Lucille Daird)

3. Ruhenstroth, Viola
* 21. Mai 1906
(Heirat mit Fred McMasters
am 25. Dezember 1932)

4. Ruhenstroth, Eva Grace
* 22. März 1908

5. Ruhenstroth, Rubel
* 23. August 1909
(Heirat mit Alfred Nibe
am 5. September 1942)

6. Ruhenstroth, Ida Jennie
* 4. September 1913

7. Ruhenstroth, Lois Esther
* 27. Mai 1917

8. Ruhenstroth, Louis Roy
* 5. Januar 1919

9. Ruhenstroth, Warren
* 7. Juni 1921

Kontaktpersonen im Oktober 2011

Shannon Tadlock,
Enkelin von Viola Ruhenstroth

Millie Nibe,
Tochter von Rubel Ruhenstroth



Jetzt
beraten
lassen!

„Ist Geld anlegen
ohne Zinsen nicht
wie Kämmen ohne
Haare?“

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Vermögen braucht eine gute Beratung!

Egal, ob Sie anlegen, ansparen oder für die Zukunft vorsorgen möchten, wir haben eine passende Lösung für Sie. Wir informieren Sie ausführlich über neue Möglichkeiten. www.volksbank-bi-gt.de/geldanlage



Volksbank
Bielefeld-Gütersloh eG

"Wir hüten Traditionen und machen Geschichte greifbar. Als Förderer der Kunst- und Kulturszene hilft uns die Sparkasse, die Identität der Stadt Gütersloh zu bewahren."

Stephan Grimm
Stadtarchivar

Dr. Rolf Westheider
Museumsleiter

Gut für uns – Gut für Gütersloh und Harsewinkel

Stabilität und Sicherheit können nur aus Nähe, Vertrauen und sozialer Verantwortung erwachsen. Deshalb sind die Werte der Sparkasse Gütersloh seit 150 Jahren darauf ausgerichtet, Privatkunden und Unternehmen mit individueller Beratung auf Augenhöhe bei ihrer Finanzplanung und Zukunftssicherung zu unterstützen. Diese besondere Kundenbindung als zentraler Bestandteil unserer Unternehmensphilosophie trägt dazu bei, Gütersloh und Harsewinkel nachhaltig zu stärken – als Finanzpartner, Wirtschaftsfaktor und Förderer von Kultur, Bildung und Sport.

Wenn's um Geld geht

 **Sparkasse
Gütersloh**